Mittwoch, 15. August 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 190 - 33.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Estland: Aus Protest gegen die Russifizierung Estlands hat sich der ehemalige stellvertretende Justizminister der estnischen Sowjetrepublik, Valdo Randpere, mit seiner Frau in den Westen abgesetzt. Er nutzte einen Besuch in Finnland zur Flucht nach Schweden, wo er um Asyl bat. (S. 8)

Festnahme: Ein 34jähriger Ost-Berliner, für dessen Ausreise am Montag zwei Verwandte in West-Berlin am Grenzübergang Checkpoint Charlie demonstriert hatten, ist gestern verhaftet worden. (S. 4)

Flugzeugentführung: Nach den Gerichtsurteilen gegen die iranischen Luftpiraten, die einen „Airbus" nach Rom entführt hatten, werden in Italien Schwierigkeiten mit der iranischen Rgierung befürchtet. Einer der Täter war freigesprochen, der andere zu siebeneinhalb Jahren verurteilt worden. (S. 5)

Afghanistan: „Über 200 000" Afghanen haben nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Bachtar in Kabul gegen die vorübergehende Besetzung der afghanischen Botschaft in Bonn in der vergangenen Woche demonstriert. (S. 8)

Gentechnologie: Die vom Bundestag eingesetzte Enquêtekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie" hat sich gestern konstituiert.

Anschlag vereitelt: Nur wenige Augenblicke vor dem Zündzeitpunkt konnte im Bus der türkischen Olympia-Mannschaft auf dem Flughafen von Los Angeles eine Rohrbombe entschärft werden. Die Sportler hatten den Bus bereits verlassen, zurück waren nur Wachleute geblieben.

USA unterlegen: Gegen die Stimmen der USA und Israels hat der Hauptauschuß der Weltbevölkerungskonferenz beschlossen, einen Passus in das Schlußdokument aufzunehmen, in dem die israelische Besiedlung des Westjordanlandes kritisiert wird. (S. 4)

Präventivmaßnahme: Die israelischen Besatzungsbehörden im Westjordanland und im Gaza-Streifen wollen politische Organisationen der Palästinenser verbieten. Damit soll verhindert werden, daß sich eine neue lokale Führung bildet, die mit der PLO zusammenarbeitet.

Einigung? Die NATO-Staaten stehen nach Angaben aus Bündniskreisen vor einer Einigung über das umstrittene Infrastrukturprogramm. Der mit 7,85 Milliarden Dollar ausgestattete Plan werde wahrscheinlich nächsten Monat gebilligt werden. (S. 8)

Maghreb: Libyen und Marokko haben einen Zusammenschluß vereinbart. Er muß noch von der Bevölkerung gebilligt werden.

ZITAT DES TAGES



„Durch die gute Abstimmung zwischen Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik ist heute wieder ein Maß an Preisstabilität erreicht, wie es zuletzt in den sechziger Jahren anzutreffen war. Im Juli lag der Anstieg der Lebenshaltungskosten im Jahresvergleich bei 2,2 Prozent"

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Der Ausstoß im produzierenden Gewerbe lag im 2. Quartal streikbedingt um rund 4,5 Prozent unter dem Niveau des 1. Quartals, teilte der Bundesverband deutscher Banken mit. (S. 9)

Autoindustrie: Japans Autoproduktion stieg 1983 um 3,5 Prozent auf 11,112 Millionen Einheiten. Damit blieb das Land weltgrößter Autoproduzent.

Automation: Mit der Konzentration der Roboterforschung in einem eigenen Kombinat strafft die „DDR" ihre auf östliche Technologiemärkte gerichteten Exportanstrengungen.

Buchungsgebühren: Als erste Großbank wird die Commerzbank ab Oktober ein neues vereinfachtes Gebührensystem für die Privatkundschaft einführen. Es soll nur noch eine Monatspauschale von drei DM je Konto berechnet werden, dafür fällt die Verzinsung für Guthaben unter 3000 DM weg. (S. 9)

Börse: Von Sonderbewegungen abgesehen, gab es an den Aktienmärkten nur wenig Veränderung. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 144,1 (144,0), Dollarmittelkurs 2,8951 (2,9175) Mark. Goldpreis pro Feinunze 354,00 (343,50) Dollar.

KULTUR

Ausstellungen: Bayern schickt im Herbst eine Ausstellung mit 40 bedeutenden Werken der europäischen Malerei des 17. und 18. Jahrhunderts nach Moskau und Leningrad. Die UdSSR zeigt die Ausstellung „Gold der Skythen" in München. (S. 13)

Medizin: Gegen die äußerst schmerzhaften Bandscheibenvorfälle können neuerdings Spritzen helfen, die den vorgefallenen Bandscheibenkern auflösen. Bei dem Mittel handelt es sich um ein Enzym aus dem Saft der Papaya-Pflanze. (S. 13)

SPORT

Schach: Der frühere Schach-Weltmeister Tigran Petrosjan (UdSSR) ist nach langer Krankheit im Alter von 55 Jahren gestorben. Den Weltmeistertitel hielt der in Tiflis geborene Großmeister von 1963 bis 1969.

Olympia: Willi Daume und rund 2000 Schaulustige empfingen auf dem Frankfurter Flughafen das deutsche Olympia-Team. Wegen einer Krankheit konnte Daume die Spiele in Los Angeles nur am Fernseher erleben.

AUS ALLER WELT

Krebs-Bilanz: Etwa 25 Prozent aller Sterbefälle in der Bundesrepublik – oder 160 000 jährlich – sind heute krebsbedingt. Das sind zehn Prozent mehr als vor 30 Jahren. (S. 4)

Freie Fahrt: Am kommenden Dienstag wird die „Europaspur" am deutsch-österreichischen Grenzübergang Salzburg-Autobahn eröffnet. Eine Woche später heißt es dann auch „freie Fahrt" an den restlichen Übergängen zwischen beiden Ländern.

Wetter: Wechselnd bewölkt, vereinzelt Schauer. 22 bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Trend „weg von der Ehe" wird besorgniserregend

Auch die Geburtenrate sinkt / „Zunehmende Instabilität"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Auf einen „besorgniserregenden Trend" hat Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) aufmerksam gemacht: Immer mehr Bundesbürger lassen sich scheiden. Gleichzeitig gehen die Zahlen der Eheschließungen und der Geburten deutlich zurück. Dahinter steht nach Ansicht des Ministers, daß sich „die innere Einstellung weiter Kreise der Bevölkerung zur Ehe, zur Familie und zum Kind in den letzten 20 Jahren grundlegend" geändert hat. Engelhard rief dazu auf, dieser „zunehmenden Instabilität zwischenmenschlicher Beziehungen" entgegenzuwirken.

Seine Besorgnis über den erkennbaren Trend „weg von der Ehe" belegte Engelhard gestern mit Zahlen: Danach haben sich die Scheidungen mit 58 728 im Jahre 1965 gegenüber 121 317 im letzten Jahr mehr als verdoppelt. Diese ständige Zunahme sei auch durch eine gewisse, verfahrensrechtlich bedingte Stabilisierung in den Jahren 1977 und 1978 nicht zum Stillstand gekommen. Damals hatte es aufgrund der Eherechtsreform einen gewissen „Stau" bei den Gerichten gegeben. Doch schon von 1979 an stiegen die Scheidungsziffern wieder.

„Auffällig" ist es, so Engelhard, daß nach der Statistik halb so viele Männer wie Frauen die Scheidung beantragen. So ging 1965 die Initiative zur Trennung von 39 987 Frauen gegenüber 18 741 Männern aus. 1982 waren es 71 101 Frauen und 37 161 Männer.

Parallel zu dieser Entwicklung ging die Zahl der Eheschließungen immer weiter zurück: Während 1965 noch 492 128 Ehen geschlossen wurden, waren es im vergangenen Jahr mit 369 628 fast ein Viertel weniger. Dabei nahm die Zahl der Geburten um mehr als ein Drittel ab: 1965 wurden 1 044 328 Kinder geboren. 1983 waren es nur noch 621 173. Bereits Ende 1983 hatte eine interministerielle Arbeitsgruppe in einem Bericht an das Bundeskabinett festgestellt, daß sich die deutsche Bevölkerung innerhalb von elf Jahren um fast 1,5 Millionen auf 56,87 Millionen verringert hatte und noch erheblich mehr abnehmen werde.

SEITE 2:
Wer sich zeitlich bindet

Engelhard wies gestern darauf hin, daß die in der Bundesrepublik Deutschland registrierte Entwicklung in anderen westlichen Ländern „teilweise noch dramatischer" sei. So wurden 1980 nach der Statistik pro 1000 Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland 1,6 Ehen geschieden. In Schweden waren es 2,2, in Dänemark 2,6 und in Großbritannien sogar 2,8.

Nach Ansicht des Bundesjustizministers müssen die tieferen Ursachen der Ehemüdigkeit noch sorgfältig soziologisch erforscht werden. Dies sei „eine der größten gesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit, die alle Kräfte von Staat und Gesellschaft" herausfordere.

Er warnte allerdings vor der Meinung, daß es „Patentrezepte" gebe. Es sei ein „Irrglaube, in staatlichen Maßnahmen das alleinige Allheilmittel gegen diese Erscheinung zu sehen". Dennoch soll Ende September im Bundeskabinett eine Novelle zum Scheidungsfolgenrecht verabschiedet werden.

DER KOMMENTAR

Hinterhalt?

WERNER KAHL

Wer auch immer hinter den Schüssen auf den Diensthubschrauber von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann steckt, der Vorgang wirft schwerwiegende Fragen auf. Die Sicherheitsbehörden müssen sowohl dem Verdacht nachgehen, daß Terroristen einen womöglich seit längerem vorbereiteten Anschlag in die Tat umsetzen wollten, als auch die Mutmaßung prüfen, daß vielleicht ein Waffenbesitzer aus Ärger über tieffliegende Piloten einige Schüsse auf die Panzerung des Helikopters abgegeben hat. Für die Öffentlichkeit aber ist eine andere Frage fast noch wichtiger: Wieso konnte der Hubschrauber des Generalbundesanwalts überhaupt von Schüssen getroffen werden?

Daß die Panzerhaut des Hubschraubers lediglich eine Delle davontrug, ist ein Glücksfall. Der Öffentlichkeit aber führt der gestrige Vorfall vor Augen, wie gefährdet nach wie vor der höchste Ankläger der Bundesrepublik Deutschland ist. Dennoch sind die Wege, die Rebmann benutzt, weithin bekannt – zu Lande wie in der Luft. Die für die Sicherheit verantwortlichen Behörden hätten längst aus den Erfahrungen der Attentate auf Rebmanns Vorgänger Buback und auf den Arbeitgeberpräsidenten Schleyer die Lehren ziehen müssen, zumal Lebensgewohnheiten und Beförderungswege des Generalbundesanwaltes wenigstens in einigen Punkten geändert wurden, nachdem man kürzlich festgestellt hatte, daß die Bundesanwaltschaft durch ein Kommando der terroristischen „Rote Armee Fraktion" (RAF) observiert worden war. Die Vorrang-Fahndung führte schließlich zur Entdeckung einer zu konspirativen Zwecken angemieteten Wohnung am Sitz der Bundesgerichte in Karlsruhe.

Das alles erinnert an die Mordserie des Jahres 1977, bei der Buback, der Bankier Ponto und Schleyer nach vorausgegangener Ausspähung Opfer brutaler Verbrechen wurden. Die Festnahmen der letzten Wochen lassen erkennen, daß eine Gruppe wieder im Land ist, die sich längere Zeit aus Deutschland abgesetzt hatte. Das wiederum läßt auf neue Gefahren schließen. In der Auseinandersetzung mit den Rechtsbrechern tun die Sicherheitsbehörden gut daran, sich nicht auf die Panzerhaut von Transportmitteln zu verlassen. Flexibilität gehört dazu, Routine kann lebensgefährlich werden.

Plante RAF Anschlag auf Rebmann?

Hubschrauber des Generalbundesanwalts beschossen / Polizei löst Ringfahndung aus

DW. Karlsruhe

Ein vermutlicher Mordanschlag auf Generalbundesanwalt Kurt Rebmann ist am Dienstagvormittag beim Karlsruher Bundesgerichtshof mißglückt.

Ein Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes ist beim Anflug auf den Bundesgerichtshof noch vor seiner Landung im Hof des Bundesgerichtshofes von einem benachbarten Hochhaus aus beschossen worden. Der Hubschrauber wollte General bundesanwalt Rebmann zu einer Dienstreise abholen. Die Polizei hat inzwischen eine Ringfahndung in Karlsruhe ausgelöst, wobei nach Angaben eines Sprechers auch Wohnungen durchsucht wurden.

Rebmann war während des Zwischenfalls noch nicht an Bord des Helikopters, an dessen Rumpf nach Angaben der Bundesanwaltschaft später zwei „Einkerbungen nach innen" bemerkt wurden. Durchschüsse selbst konnten nach einer Untersuchung nicht entdeckt werden, wie der Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg, Alfred Stümper, gestern nachmittag bekanntgab.

Vermutet wurde, daß der Hubschrauber aus einem Hochhaus in der Nähe des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe beschossen wurde. Der oder die Täter hätten aber offenbar ein zu kleines Kaliber gewählt, das keinen Schaden an dem Hubschrauber habe anrichten können. Stümper äußerte Zweifel daran, ob der Anschlag von Terroristen verübt worden sei.

Nach amtlicher Darstellung hatten zwei Beamte einer Polizeistreife gegen 9.45 Uhr drei Schüsse gehört, als sich der Hubschrauber auf dem Landeanflug auf das Gelände der Bundesanwaltschaft befand. Dort stieg Rebmann nach Angaben seines Sprechers Hans-Jürgen Förster mit seiner Begleitung zu und startete zu einem Besuch des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden. Die Besatzung, die von den Schüssen nichts bemerkt hatte, wurde während des Fluges von der Polizei informiert.

Die Ermittlungsbehörden rechneten seit längerem mit einem Anschlag auf den Generalbundesanwalt. Er war in Schriften der Terroristenszene als unerbittlicher Gegner der RAF zum Feindbild aufgebaut worden, der auch schuld an der sogenannten Isolationsfolter habe, der Terroristen in den Justizvollzugsanstalten ausgesetzt seien.

In den vergangenen Wochen waren bei Festnahmen von mutmaßlichen Angehörigen der RAF und bei Durchsuchungen von deren Wohnungen Pläne gefunden worden, die nach ihrer Entschlüsselung auf einen Anschlag „gegen eine Person der Bundesanwaltschaft" hinweisen.

Eine von der inzwischen in Frankfurt festgenommenen Christa Eckes in Karlsruhe angemietete konspirative Wohnung Ecke Bahnhof-/Karlstraße liegt nur wenige Meter von einer der Fahrtrouten entfernt, die Rebmann bei seinen täglichen Fahrten mit seinem Pkw von seinem Wohnsitz in Stuttgart-Vaihingen nach Karlsruhe befahren muß.

Stoltenberg beharrt auf Stufenplan zur Steuerreform

Arbeitskampf brachte „gewissen Nachfrage-Einbruch"

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Stoltenberg hat sich gestern erneut für eine Steuerreform in zwei Stufen 1986 und 1988 ausgesprochen und zugleich an die Koalitionsparteien appelliert, an diesem Ergebnis festzuhalten, das nach monatelangen Beratungen zustande gekommen sei. In einer Pressekonferenz vermied er jede direkte Kritik am Vorschlag von Wirtschaftsminister Bangemann zur Wiedereinführung des Schuldzinsenabzugs, wie er sie in der Kabinettssitzung der Vorwoche zusammen mit Bundesbankpräsident Pöhl geübt hatte.

Er habe allerdings mit Bangemann eine „intensive Diskussion hierüber und über viele andere Themen" vereinbart. Seine Kritik an dessen Vorgehen wurde jedoch aus dem Hinweis deutlich, es gehöre zu einem guten Regierungsmanagement, solche Fragen zunächst im Kabinettskreis zu erörtern. Auch in der Koalitionsspitze dürften diese Fragen diskutiert werden, allerdings ohne den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, der gerade seinen Urlaub angetreten habe.

Einen Konjunkturstützungsbedarf sieht Stoltenberg nicht. Man müsse die Entwicklung der nächsten Monate „aufmerksam beobachten" und Abstand vom Arbeitskampf gewinnen, der allerdings einen „gewissen Nachfrageeinbruch" gebracht habe. Dennoch stünden die Chancen sehr gut, wieder Anschluß an die frühere Konjunkturentwicklung zu gewinnen. Nicht ohne Anspielung auf Bangemann betonte er, er wolle „keine spekulative Vorabdiskussion anheizen", sondern zunächst die Vorlage des Sachverständigengutachtens im November abwarten.

Zur Kuponsteuer äußerte sich der Minister weniger deutlich als Bangemann nach der jüngsten Kabinettssitzung, wo er die Abschaffung praktisch als beschlossen bezeichnet hatte. Stoltenberg kündigte für September „einen Bericht und gegebenenfalls einen Beschlußvorschlag" an, machte allerdings aus seiner Haltung für die Abschaffung kein Hehl. Diese könne entweder nur für Neuemissionen oder auch für den Bestand vom Kabinett beschlossen werden. Dem müßten allerdings Gespräche mit den Koalitionsfraktionen und den Ländern vorausgehen. Zwar habe die Koalition mit dem Beschluß über die Steuerreform angekündigt, daß in dieser Legislaturperiode kein Spielraum für weitere steuerliche Ermäßigungen vorhanden sei. Doch hier gehe es in der Hauptsache darum, einen Beitrag zu leisten, um den Zinsabstand vor allem gegenüber den USA zu halten, der bei langfristigen Krediten etwa fünf Prozent betrage.

Zusammen mit der Schweiz und Japan habe die Bundesrepublik heute „die niedrigsten Zinssätze aller Industrieländer". Stoltenberg betonte seine Entschlossenheit, die auf Stabilität zielende restriktive Haushaltspolitik auch im kommenden Jahr fortzusetzen. Der für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entscheidende Zinsabstand könne „nur durch eine konsequente, weiter vertrauensbildende Konsolidierungspolitik" gehalten werden. Bei Tarifabschlüssen

● Fortsetzung Seite 8

„Berlins Position wird gefährdet"

Dregger: Apel soll seine Aussage zurücknehmen / Kritik auch aus der SPD

ms./pp. Bonn

Als eine „unglaubliche politische Dummheit" hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, die Aussage des SPD-Politikers Hans Apel qualifiziert, wonach die deutsche Frage nicht mehr offen sei. Dregger sagte gegenüber der WELT: „Diese Aussage verschlechtert unsere Position in der mittelfristigen Entwicklung in der Deutschlandpolitik. Außerdem wird dadurch die Position Berlins gefährdet. Denn die Freiheit West-Berlins, das Herr Apel regieren möchte, hängt doch davon ab, daß Deutschland fortbesteht, daß es eine deutsche Staatsangehörigkeit gibt." Dregger forderte Apel auf, seine Aussage in aller Form zurückzunehmen. „Statt sich weiter in seinem Unsinn zu verrennen, sollte er sagen: Ich habe Unsinn geredet. Ich bleibe bei der gemeinsamen Position der demokratischen Parteien in der Deutschlandpolitik."

Apel selbst hat inzwischen in einem erneuten Rundfunkinterview versucht, seine deutschlandpolitischen Äußerungen zu interpretieren und sie mit Hinweis auf eine europäische Zukunftsperspektive zu relativieren. Der SPD-Politiker wiederholte dabei seine Aussage nicht, die deutsche Frage „ist insofern auch nicht mehr offen", weil in den Beziehungen zur „DDR" wichtige Fakten geschaffen worden seien. Apel sagte nun, es seien „Tatbestände geschaffen worden, wie zwei deutsche Staaten, die füreinander nicht Ausland sind. Die zunehmende stärkere Einbindung beider deutscher Staaten in die Ost- und in die Westbindung. Und von daher gibt es eben – wenn Sie so wollen – die offene deutsche Frage. Der nationale Weg zur Wiedervereinigung, den gibt es eben nicht, sondern hier gibt es eine europäische Perspektive . . .". Das Ziel der Wiedervereinigung, so Apel gestern, sei nicht aufgegeben, allerdings sei es nach seiner Überzeugung nur im „europäischen Verbund" möglich.

Kritik an Apel kam gestern auch aus den Reihen der SPD. Der führende SPD-Theoretiker, der Berliner Politologie-Professor Richard Löwenthal, hat die deutsche Frage als „natürlich offen" gekennzeichnet, „wenn wir darunter verstehen, daß wir uns als freie Deutsche natürlich nicht auf Dauer mit dem heutigen Zustand zufriedengeben werden". In diesem Zusammenhang nannte er die Äußerungen Apels in einem WELT-Gespräch „nicht sehr glücklich" und „mißverständlich". Apel habe wohl richtig gemeint, daß die deutsche Frage erst dann Gegenstand von Verhandlungen einer neuen Politik sein könne, wenn „die West- und die Osteuropäer gemeinsam nachholen, was ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg verwehrt worden ist".

Die deutsche Frage sei weder von der Bundesrepublik Deutschland her allein zu lösen noch „allein durch bessere Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zueinander". Vielmehr gehe es „um eine gesamteuropäische, längerfristige Perspektive". Die „Aufregung" um Apels Äußerungen, so meinte Löwenthal, sei

■ Fortsetzung Seite 8

Benutzte Libyen sowjetische Treibminen?

DW./rtr, Washington/London

Erstmals seit Beginn der Explosionsserie im Roten Meer und im Golf von Suez sind nach Mitteilung der Versicherungsgesellschaft Lloyd's in London drei Treibminen geortet worden. Die Entdeckung erfolgte einen Tag vor Beginn einer Minensuchaktion mehrerer westlicher Länder und Ägyptens. Seit Juli wurden 16 Schiffe auf dieser Ölroute durch Minen beschädigt.

Die US-Fernsehgesellschaft ABC meldete, Libyen sei auch von sowjetischer Seite als Urheber der Verminung des Roten Meeres ausgemacht worden. Ein namentlich nicht identifizierter sowjetischer Diplomat habe einem westlichen Kollegen in Washington berichtet, die Regierung in Moskau sei ungehalten, daß Libyen bei der Aktion auf sowjetische Sprengkörper zurückgegriffen habe.

Präsident Herzog mahnt Knesset zur Toleranz

DW. Jerusalem

Einen Appell zur Toleranz und zur Verteidigung der Demokratie hat Israels Staatspräsident Chaim Herzog auf der Eröffnungssitzung der neugewählten Knesset an die Abgeordneten gerichtet. Herzog erinnerte an die Unabhängigkeitserklärung Israels, in der das Recht aller Bürger ohne Ansehen der Rasse, der Religion und des Geschlechts betont wird. Vorläufig wird Innenminister Burg, der älteste Abgeordnete, als Knesset-Präsident amtieren.

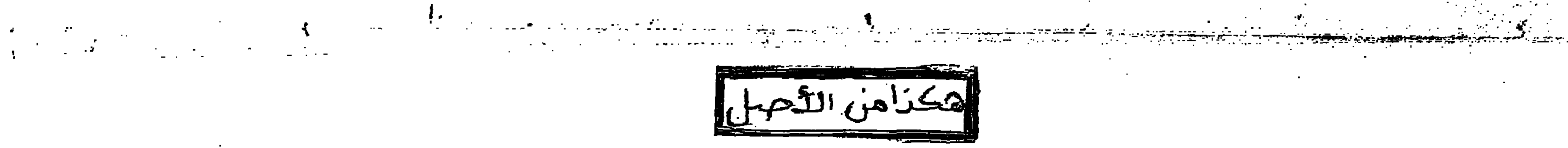
Der Chef der israelischen Arbeiterpartei, Shimon Peres, sieht sich wachsendem Druck der linken Mapam-Gruppe in der Arbeiterpartei gegen die Bildung einer Koalition mit dem Likud ausgesetzt. Peres wollte gestern bei einem Treffen klären, ob er noch auf die Unterstützung dieses Parteiflügels zählen kann.

Kohl: Unsicherheit im Kreml nach Andropows Tod

AFP, Wien

Bundeskanzlerr Helmut Kohl hat gestern die Revanchismus-Vorwürfe der sowjetischen Presse gegen die Bundesrepublik zurückgewiesen. In einem Interview mit dem österreichischen Rundfunk, das Kohl an seinem Urlaubsort St. Gilgen bei Salzburg gab, erklärte der deutsche Bundeskanzler, es gehe darum, „mehr Menschlichkeit in beiden Teilen Deutschlands zu verwirklichen, was überhaupt nichts mit Revanchismus zu tun" habe. Kohl zufolge ist „die Kampagne der Sowjetunion auf viele Gründe zurückzuführen", die vermutlich im internen Kreis der Warschauer-Pakt-Staaten zu suchen seien. Er erklärte in diesem Zusammenhang, daß „nach dem Ableben von Jurij Andropow die Entscheidungsprozesse im Kreml noch immer im Fluß" seien.

F



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Apel bleibt dabei

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Es ist ein alter Trick der politischen Tabu-Knacker, zuerst öffentlich eine schockierende These aufzustellen, um sich dann im zweiten Durchgang selber zu interpretieren. Nach dieser Methode verfährt auch Hans Apel, Spitzenkandidat der SPD für die Berlin-Wahl am 10. März nächsten Jahres.

Seine Behauptung, die deutsche Frage sei nicht mehr offen, stößt auf so viel empörten Widerstand, daß er nunmehr das Umfeld seiner These anders ordnet. Zuerst hatte Apel das Grundgesetz mit dem Wiedervereinigungsgebot auf ein hohes Podest gestellt, auf daß es dort oben auch dann stehen bleibe, wenn hienieden – wie Apel behauptete – die Fakten eine ganz andere Sprache sprächen. So erklärt man unsere Verfassung zur Hülse einer sich vorgeblich entgegengesetzt entwickelnden Verfassungswirklichkeit. Jetzt interpretiert er seine eigene Aussage so um, als habe er gemeint, es gebe nicht mehr den „nationalen Weg zur Wiedervereinigung". Das sind Kunststückchen des Hin-und-Herwendens.

Entscheidend ist, daß Apel – wie die Sprecher Moskaus, Warschaus, Prags und Ost-Berlins – gesagt hat, die deutsche Frage sei nicht mehr offen. Und dabei bleibt er. Offensichtlich betrachtet er den konstituierenden Grundsatz aller Bonner Deutschlandpolitik als ein Tabu, das er knacken will. Man fühlt sich lebhaft an Willy Brandt erinnert, der unaufgebbare Rechtspositionen unseres Volkes zum „Formelkram" erklärte, weil sie ihn in seiner Vertragspolitik behinderten.

Was erhofft sich Apel von solcher Rabulistik? Die plausibelste Erklärung wäre, er verspreche sich opportunistische Zustimmung vieler Berliner Wähler. Wenn er damit die zugewanderten Berlin-Bewohner der alternativen Szene meint, so geht seine Kalkulation wohl nicht fehl. Waschechte Berliner jedoch kriechen nicht auf diesen Leim. Sie fühlen sich beleidigt, wenn da einer herkommt, der meint, er rede ihnen nach dem Munde, indem er Honecker nach dem Munde redet. Sie haben die Lehre der SS-20-„Entspannung" Brandts noch nicht vergessen.

Gutes von Stoltenberg

Von Paul Spree

Der Rotstift ersetzt keine Politik, das Sparen sei zum Selbstzweck geworden, die Konsolidierung sei ein Baum, der keine Früchte trägt – Gerhard Stoltenberg hat es schwer, gegen diese kurzbeinigen Vereinfachungen Tatsachen zu setzen. Gestern tat er es. Das war nötig, hatte sich doch der Eindruck verbreitet, die Bundesregierung handle nach dem Grundsatz „Tue Gutes und schweige darüber".

Zwischen 1969 und 1988 wird sich die Last der Zinsen auf das Siebzehnfache erhöht haben. Zwar ist es gelungen, der Gefahr immer weiter steigender Staatskredite die Spitze abzubrechen, aber die Zinsen für die Altschulden werden eben immer wieder fällig. Auch wenn manche den Bundeshaushalt vorschnell gesundschreiben möchten – er ist es noch lange nicht. Beispielsweise suggeriert der stark gestiegene Bundesbankgewinn, den der Finanzminister jährlich einstreicht, einen zu hohen Sanierungsgrad.

Stoltenbergs Mahnung soll Minister und Bürger etwas desillusionieren. Noch ist die Zeit zur Ausschüttung neuer Wohltaten lange nicht gekommen. Gleichwohl kündigen Politiker sie an und stimmen die Bürger auf etwas ein, was seriös noch nicht zu bewerkstelligen ist. Dabei wollte der Finanzminister wohl auch das Vorurteil entkräften, Sparen sei Selbstzweck, eine Art Zwangsneurose der Regierenden. Und mit Recht mahnte er Kollegen wie den Wirtschaftsminister, nicht mit unausgegorenen Steuervorschlägen Verwirrung zu stiften.

Am Baum der Sparsamkeit wachsen jedoch bedeutsame Früchte. An erster Stelle ist die erstaunlich niedrige Inflationsrate zu nennen. Sie beschert über die steigende Kaufkraft allen höhere Realeinkommen und federt auch sozial ab, weil Stabilität vor allem denen nutzt, die am schärfsten rechnen müssen.

Nicht weniger bedeutsam sind die moderaten Zinsen. Daß es den Deutschen gelingt, sich um rund sechs Prozent vom amerikanischen Hochzinsniveau abzukoppeln, ist eine Wohltat für Wachstum und Beschäftigungschancen. Im Grunde liefert Stoltenberg ein kostbares wie seltenes Gut an. Man mag es Vertrauen oder Stetigkeit nennen. Aber auch der Begriff der geistigen Führung wäre nicht falsch.

Lehrer-Wahn

Von Peter Gillies

Es kommt in Mode, sich Gruppen des öffentlichen Dienstes herauszupicken, um sie finanziell zur Ader zu lassen. Der nordrhein-westfälische Kultusminister Schwier (SPD) brachte ins Gespräch, die Gehälter der Landesbeamten um vier Prozent zu kürzen, deren Arbeitszeit entsprechend zu verringern und dafür 6000 Junglehrer zusätzlich einzustellen. Das Modell ist so wenig originell wie der Koschnick-Vorschlag, das Weihnachtsgeld für bestimmte Beamte zu kürzen; aber die Erfinder rechnen wohl mit Beifall der nichtbeamteten Öffentlichkeit.

Der Schwier–Plan ist rechtswidrig. Ein Beamter hat die volle Arbeitskraft dem Staate zu widmen und erhält dafür eine einzigartige Gegenleistung: Unkündbarkeit und Alimentation auf Lebenszeit nach den Einkommensverhältnissen des Restes der Bevölkerung. Bestimmten Beamten Geld abzuknapsen, um anderen eine Planstelle zu verschaffen, verträgt sich kaum mit diesen Verfassungsprinzipien. Warum Polizisten bluten sollen, damit neue Lehrer eingestellt werden, die wir in einer Zeit, wo es teilweise mehr Abiturienten als ABC-Schützen gibt, gar nicht benötigen, ist unerfindlich. Was ist mit Inspektoren, Briefträgern, Lokomotivführern oder Finanzbeamten?

Der Denkansatz ist auch politisch recht billig, weil er auf den Neid derjenigen baut, die mit einem – derzeit hohen – Arbeitsplatzrisiko leben müssen. Wirtschafts- und finanzpolitisch stellt sich das Problem ausgreifender. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß die Politik Prioritäten setzen, die letztlich alle in Lohn und Butterbrot bringen, im Staatsdienst wie anderswo. Voraussetzung dafür ist, daß die wachstumschaffende Wirtschaft nicht mit einem zu schweren Staatsapparat belastet wird. Dieser Staatsanteil ist bei uns zu hoch.

Jede Maßnahme, den öffentlichen Dienst spartenweise aufzublähen, ist zu unterlassen. Sie dient einer verbesserten Beschäftigung aller, letztlich auch den Junglehrern. Politiker sollten aber auch eine Antwort auf die Frage parat haben, wie Nullrunden für Beamte sich mit überraschender Großzügigkeit für andere Gruppen vertragen. Da aber ständig irgendwo Wahlkampf ist, werden wir wohl weiter mit untauglichen und rechtlich fragwürdigen Vorschlägen wie jenem von Minister Schwier leben müssen.



Wer ist Honecker? KLAUS BÖHLE

Wer sich zeitlich bindet

Von Enno v. Loewenstern

Es ist kein Sommerlochthema, es ist das Understatement dieses Sommers, diese Deutung des Bundesjustizministers Engelhard: „Offensichtlich hat sich ein Wandel der inneren Einstellung zur Ehe und Familie vollzogen." Mit Entsetzen muß man zur Kenntnis nehmen, daß die Zahl der Scheidungen sich in knapp zwei Jahrzehnten, von 1965 bis 1983, mehr als verdoppelt hat (von 58 728 auf 121 317), während die Zahl der Eheschließungen in dieser Zeit kräftig abgenommen hat, von 492 128 auf 369 628. Die Zahl der Geburten ist in dieser Zeit gespenstisch gefallen, von 1 044 328 auf 621 173, also auf beinahe die Hälfte.

„Die Ursachen hierfür sind vielfältiger Natur", erkennt Engelhard, „und müssen sorgfältig soziologisch untersucht werden." Gewiß, aber wie kommt es, daß ein fast zwanzigjähriger unablässiger Rückgang der Substanz schlechthin unseres Volkes nicht schon längst sorgfältig untersucht worden ist? Und es irritiert nicht wenig, daß Engelhard schon eine Antwort hat und sie jeder sorgfältigen Untersuchung richtungweisend vor die Nase setzt: „Eines jedoch ist klar: Am jeweiligen Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht liegt es nicht!"

Woher er das weiß, verrät er nicht, bis auf den Hinweis: Wie die Statistik zeige, lägen nämlich die Scheidungszahlen des Jahres 1983 schon wieder weit über denen vor der Eherechtsreform 1977: „108 258 Scheidungen im Jahre 1976 gegenüber 121 317 im Jahre 1983". Irgendwo ist da ein logischer Bruch. Wenn nachher mehr geschieden wird als vorher, ist dem Normalbetrachter gerade nicht „klar", daß das nichts mit dem Scheidungsrecht zu tun haben kann. Und wenn die Scheidungsfolgen so unvergleichlich viel teurer geworden sind, so ist nicht „klar", daß das Sinken der Ehezahlen nichts mit der Angst vor dem Reinfall danach zu tun haben kann.

Und all die Jahre hat man uns versichert, daß man gerade um der Frauen willen das Scheidungsrecht „verbessern" müsse, weil der Pascha nach Belieben seine älter gewordene Gefährtin davonjage, um sich was Knackiges anzulachen. Jetzt hören wir, daß schon 1965 viel mehr Frauen den Mann verlassen wollten als umgekehrt, und zwar waren es damals verhältnismäßig mehr als heute (39 987 zu 18 741; im Jahre 1983 waren es 71 101 Frauen und 37 161 Männer). Hängt das nur mit der vielbeschworeen Brutalitätsfrage zusammen? Da ist vieles sorgfältig zu prüfen.

Es liegt nahe für einen Minister, in diesem Zusammenhang die „familienfreundliche Politik, wie sie von dieser Bundesregierung mit Nachdruck betrieben wird", zu empfehlen. Aber es ehrt ihn, daß er sich auch eine Warnung abringt „vor dem Irrglauben, in staatlichen Maßnahmen das alleinige Allheilmittel gegen diese Erscheinung zu sehen. Der zunehmenden Instabilität zwischenmenschlicher Beziehungen entgegenzuwirken, ist eine der größten gesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit, die alle Kräfte in Staat und Gesellschaft herausfordert." Es ehrt ihn doppelt, weil seine Partei die Tendenz freudig mitgetragen hat und in großen Teilen heute noch trägt, zu deren Bekämpfung er jetzt aufruft.

Die Familie ist uns seit Jahrzehnten als überholte Erscheinungsform des Daseins hingestellt worden (ihre „Aufgabenteilung" sowieso!); man empfahl uns „Zusammenschlüsse auf Zeit", „Wohngemeinschaften", die Wonnen eines „freien" Ehelebens ohne überholte kapitalistische Besitzansprüche an den Partner und die Freizügigkeit der Single-Existenz. Zumal da jeder Bindung der alles übertreffende Anspruch auf Selbstverwirklichung entgegenstehe; und: wer könne schon prüfen, wenn er sich ewig bindet, ob sich auch Herz zu Herzen findet? Kurz und schlecht, man hat die Ehe als einen Vertrag unter vielen zu kennzeichnen versucht; wenn also trotz allem noch atavistische Überreste von Gutbürgerlichkeit irgendwelche rückständigen Kreise veranlassen, vor den Standesbeamten und gar vor den Altar zu treten, dann möchte die Rechtsordnung doch bitte die glatte Auflösung dessen vorsehen, was der Heiland so beschrieben hat: „Was nun Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden" (Matth. 19, 6). Zumal dann, wenn man das Erwachsensein und damit die Selbstbestimmung zur Ehe auf das (nach Bedarf als unreif beschriebene) achtzehnte Lebensjahr herabgesetzt hat. Der Heiland aber ist allemal recht, wenn man ihn gegen Reichtum oder Raketen mißbrauchen kann, nicht aber, wenn er der teutschen Libertinage im Wege steht.



Offensichtlich ein Wandel: Engelhard FOTO: DPA

Es gibt die Frage, ob man zu leicht an die Scheidung kommt und ob manche, die sich in früherer Zeit wieder gefunden hätten, heute zu Leichtfertigkeit in der Lösung vom Partner ermutigt werden – so, wie das Vorhandensein von Schußwaffen im Hause blutige Kurzschlußhandlungen ermöglicht, die andernfalls vielleicht unterblieben wären. Aber sie ist vordergründig. Die Ehe ist der natürliche Zustand des erwachsenen Menschen und sein wichtigster Weg zum Glück; Ausnahmen bestätigen die Regel. Die Verschnödung und die Verleichtfertigung der Ehe hat vielleicht einige Unglückliche mehr befreit, dafür aber unzählige andere ins Unglück gestürzt – und nun wird sie gar ein staatspolitisches, ein Überlebensproblem. Denn, machen wir uns nichts vor: es geht nicht nur um eine Regelung, mehr Kinder zu kriegen, es geht um die Keimzelle des Staates, der Ordnung, der Fähigkeit zum Zusammenwirken und Zusammensein, ja, der allgemeinen Balance schlechthin. Das müßte man auch ohne Soziologenhilfe nachfühlen können. „Alle" Kräfte in Staat und Gesellschaft? Doucement, doucement. Ein wenig Mut zu geistiger Führung würde schon viel helfen.

IM GESPRÄCH Peter Schmidhuber

Europa oder nicht?

Von Manfred Schell

Die Diskussion über einen neuen deutschen EG-Kommissar in Brüssel hat zuweilen bizarre Züge angenommen. Der Bonner Nachrichtenmarkt ist voll von Spekulationen. Geht oder bleibt Karl-Heinz Narjes? Kommt Peter Schmidhuber, oder kommt ein anderer, der noch in Reserve gehalten wird? Entscheidungen jedenfalls werden erst nach der Rückkehr von Bundeskanzler Helmut Kohl aus dem Urlaub erwartet.

Die CSU hat ihren Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Peter M. Schmidhuber, kräftig ins Gespräch gebracht. Ob Schmidhuber diese „Öffentlichkeitsarbeit" in eigener Sache wünscht oder mißbilligt, ist einstweilen nicht bekannt. Von ihm gibt es jedenfalls keine Aussage darüber, wie er zu einem Amt in Brüssel steht. Seine Behörde hat auf Anfrage etwas sibyllinisch geantwortet. Es sei „ehrenvoll", eine solche Position angetragen zu bekommen. Mehr war nicht zu hören.

Vor oder hinter den Kulissen ist jedenfalls, ohne Zutun von Schmidhuber, ein kräftiges Fingerhakeln im Gange. Die CSU fordert kategorisch die Ablösung von Narjes, obwohl die Begründung nicht ganz ausreichend erscheint: Der deutsche EG-Kommissar habe nicht entschieden genug für die Aufrechterhaltung des Reinheitsgebotes für das Bier gekämpft. Das hört sich zwar im Einzugsbereich von Weihenstephan gut an, ist aber europapolitsch nicht der Weisheit letzter Schluß. Inzwischen hat Narjes Verteidiger und Fürsprecher gefunden.

Gleichviel aber, wie dieses politische Tauziehen ausgeht, Schmidhuber wäre gewiß ein geeigneter Mann für das harte Geschäft in Brüssel. Er ist international versiert, ein Intellektueller der praktischen Sorte. Schmidhuber beherrscht Fremdsprachen. Er hat exzellenten wirtschaftspolitischen Sachverstand unter Beweis gestellt.

Schmidhuber ist in München geboren, er ist Jurist und Diplomvolkswirt. Außerdem verfügt er über langjährige politische Erfahrung im Landtag, in der Verwaltung und im Bundestag. Seit 1978 ist der nunmehr



Zäher Verhandlungspartner: Schmidhuber FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

52jährige Bayerischer Staatsminister in Bonn. Er versucht, den Bonnern Bayerisches nahezuzbringen und an Bayern weiterzugeben, was sich in der Bundeshauptstadt vor allem für Bayern ergibt. Er übt Loyalität, aber er ist weder ein Weihrauchschwenker noch ein Minenhund, der sich von anderen ins politische Feuer schicken läßt.

Bei der ersten Begegnung erscheint Schmidhuber zunächst etwas verschlossen, aber dieser Eindruck verfliegt schnell. Er kann außerordentlich witzig, auch ironisch sein. Richtig ist, daß er in Bonn nicht die „Gastwirtrolle" spielt. Natürlich fließt in der bayerischen Vertretung nach wie vor Bier – reines Bier –, aber Schmidhuber hat andere Akzente gesetzt: Ausstellungen, Dichterlesungen, wissenschaftliche Colloquien dominieren jetzt. Er hält sich ein umfangreiches Privatarchiv. Hierzu liefern „Wall Street Journal" und „Le Monde" mehr Stichworte als der „Bayernkurier". Außerdem ist Schmidhuber ein überzeugter Europäer, der allerdings auch kritische Distanz zu Behörden und Institutionen hält. Und, was für ihn besonders sprechen würde: Er ist ein zäher Verhandlungspartner, der so schnell kein Gelände preisgibt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Zu der Erklärung des „Neuen Deutschland" über den Mauerbau heißt es hier:

Wiewohl jedermann diesseits und jenseits des Zaunes weiß, daß er die Bürger der DDR daran hindern soll, einer nach wie vor verhaßten Diktatur zu entkommen, wärmt die SED die kurzbeinigste aller Lügen auf, die Mauer habe einem bevorstehenden Angriff der Bundeswehr wehren sollen. Derlei abgewetzte Propaganda wäre kaum erwähnenswert, wenn sie nicht zu einem Zeitpunkt erneuert würde, da der Chef des Mauerstaates sich anschickt, in die Bundesrepublik zu reisen, und da die Bonner Regierungsparteien darob in eine wunderliche Euphorie verfallen. Die Bonner/Münchner Neigung, Deutschlandpolitik vorwiegend unter innenpolitischen Profilierungserwägungen zu treiben, macht manche blind für die Tatsache, daß Honecker keinen Gedanken an Liberalisierung verschwendet, vielmehr auf hiesige Avancen als kühler Rechner just so weit reagiert, wie es ihm geschäftlich nützt.

NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt meint zu den SPD-Renten-Vorschlägen:

Die Frage ist, wer das bezahlen soll. Die SPD denkt daran, dafür die Akademiker zu schröpfen, die sehr lange beitragslose Anrechnungszeiten haben. Seit es aber eine Lehrer- und Juristenschwemme gibt, kann man ja nicht mehr behaupten, daß unsere Akademiker im Berufsleben brillante Versicherungsverläufe haben und ihnen dieses Opfer zugemutet werden kann. Man sieht, daß alle Sozialpolitiker eine harte Nuß zu knacken haben. Sie können machen was sie wollen, bei der Finanzlage kann einer Gruppe nur etwas gegeben werden, wenn man einer anderen etwas wegnimmt. Die SPD ist in diesem Punkt auch nicht schlauer als Herr Blüm.

Die Presse

Zum Olympia-Boykott und der möglichen Unterbindung des Honecker-Besuchs befindet die Wiener Zeitung:

Im Osten verstärkt sich der Druck. Aus paranoider Angst vor Amerika wird an allen Fronten gemauert, wobei offenbar vergessen wird, daß zurückgehaltener Druck zu nur um so gefährlicheren Explosionen führen kann.

The Daily Telegraph

Das Londoner Blatt kommentiert die Flucht aus Estland:

Die Flucht eines estnischen Justizministers in den Westen ist ein Ärgernis für das KGB, das die Aufgabe hat, die am wenigsten bevölkerte und zweitkleinste Sowjetrepublik unter Kontrolle zu halten ... Der Minister, so heißt es, ist der höchste estnische Staatsfunktionär, der jemals entkam, und seine Ankunft in Schweden kann als so etwas wie ein Coup für die Emigrantengruppen gesehen werden, die mühsam die schreckliche Erinnerung an die Annexion der baltischen Staaten im Jahr 1940 aufrechterhalten.

Zimbabwes Marsch in den kommunistischen Einheitsstaat

Wie Robert Mugabe die westliche Aufmerksamkeit ablenkte / Von Heinz Barth

Es gibt keine zweiten Sieger in Afrika. Dieser uralte Erfahrungssatz hat sich jetzt auch für Zimbabwe erfüllt, das als britische Kronkolonie Rhodesien das vorletzte Bollwerk des weißen Mannes im schwarzen Erdteil war. Mit sechzig Jahren, nach einer Karriere, reich garniert mit taktischer Geschmeidigkeit, ideologischen Umwegen und schonungsloser Unterdrückung seiner politischen Feinde, steht Robert Gabriel Mugabe, der Sohn eines Dorftischlers, der Jesuitenzögling, der bei linksklerikalen Lehrmeistern die sozialistischen Anfangsgründe erlernte, nun am Ziel seines Machtstrebens.

Auf dem Parteitag seiner „Zimbabwe African National Union", dem ersten, seit das Land 1980 unabhängig wurde, legte er letzte Hand an die Konstruktion eines Einparteien-Regimes, das komplett nach marxistisch-leninistischem Muster mit einem von ihm kontrollierten Politbüro ausgestattet ist. Damit haben die recht behalten, die nie daran zweifelten, daß Zimbabwe unter der Herrschaft Mugabes nirgendwo anders als beim Kommunismus enden könne.

Zunächst sah es durchaus nicht danach aus. Von den westlichen Medien war er als der „starke Mann mit den leisen Tönen" gefeiert worden. Er mußte sich verwunderte Fragen gefallen lassen, warum er noch immer zwei weiße Minister in seiner Regierung habe und sogar einen weißen Oberbefehlshaber der Armee dulde. Bei Besuchen in Bonn und anderen europäischen Hauptstädten wurden ihm Milliardenbeträge, die großzügigste Hilfsaktion für ein afrikanisches Land seit der Entkolonialisierung, geradezu aufgedrängt.

Bei vielen gilt er noch heute als ein vertrauenswürdiger Sozialist, der eine intakte kapitalistische Wirtschaft erbte und Vernunft genug besaß, sie nicht auf der Stelle zu zerstören. Einmal zur Macht gelangt, fand der Pragmatiker zu einer realistischen Zusammenarbeit mit dem Teil der weißen Minderheit, der nach dem Umbruch im Land verblieben war. Er behandelte sie nach dem gleichen Prinzip des „divide et impera", nach welchem zuvor die Regierung Ian Smith die Schwarzen behandelt hatte. Das genügte für die USA, ihm das überstürzte Lob zu spenden, er habe sich strikt an die Verfassungsgrundsätze gehalten, die auf der Londoner Lancaster-House-Konferenz vereinbart und von ihm beschworen worden waren.

Ein krasseres Fehlurteil hat sich die für ihre Uninformiertheit bekannte Afrikapolitik Washingtons nicht einmal beim Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreiches geleistet. In Wirklichkeit entfernte sich Mugabe zielbewußt von dem in London verabredeten Mehrparteien-System. Durch seine relative Toleranz gegenüber der weißen Minderheit verschaffte er sich freie Hand für den Kampf gegen seinen ehemaligen Weggefährten und heutigen Erzfeind Joshua Nkomo, den Chef der „Afrikanischen Volksunion". Die neunzehn Mandate, die der Opposition in dem aus hundert Sitzen bestehenden Parlament zugeteilt wurden, haben längst jede Bedeutung verloren. Nach dem beispiellosen und vor der Weltöffentlichkeit vertuschten Völkermord an der Matabele-Minderheit im Südwesten des ehemaligen Rhodesien ist die Nkomo-Partei geknebelt und zu einem Schattendasein verurteilt.

Einen Zwei-Völkerstaat, in dem das Matabele-Volk von der Schona-Mehrheit unterdrückt und massakriert wird, zu einem Einparteien-System umzubauen, ist ein unfehlbares Rezept für endlose Jahre der politischen Verfolgung und Ausrottung. Toleranz ist nicht von einem Mann zu erwarten, der Terror-Brigaden neben der regulären Armee unterhält, eine so harmlose politische Figur wie Bischof Muzorewa, den ersten Premier Zimbabwes, ins Gefängnis steckt und „Umerziehungs-Lager" für angeblich „asoziale" Elemente einrichtet. Davon erfährt die Welt so gut wie nichts. Auslandsjournalisten werden mit Gerichtsverfahren bedroht. Ein Einreiseverbot für Reporter, die in Südafrika niedergelassen sind, ist seit 1983 in Kraft.

Ob Mugabe sich an der Spitze des neu geschaffenen Politbüros auf die Dauer halten kann, ist bei der Unberechenbarkeit afrikanischer Machtkämpfe nicht vorhersehbar. Auf dem radikalen Flügel seiner Partei sitzen gefährliche Gegner schon in den Startblöcken, denen die Revolution zu verbürgerlicht ist. Auch eine rote Diktatur unter Mugabes Führung kann den inneren Konflikt zwischen dem marxistischen Dogma und den Zwängen nicht vermeiden, die ihm die von Weißen dominierte Wirtschaft und die unentbehrliche Partnerschaft mit Südafrika auferlegen. Mit Moçambique, das durch sein wirtschaftliches Chaos zur Verständigung mit Pretoria gezwungen wurde, steht ihm dieses Dilemma mahnend vor Augen.

Vier Jahre waren nicht genug, um Zimbabwe zugrunde zu richten. Aber der Marsch in den Abgrund hat begonnen.

Zündapp – ein alter Motor ist ins Stottern gekommen

„Wer Zündapp fährt, bleibt unversehrt", reimte einst der Volksmund. Jetzt mußte das traditionsreiche Unternehmen Vergleich anmelden.

Von DANKWARD SEITZ

Sand im Getriebe ist schon seit Jahren in der deutschen Motorrad-Branche. So bekannte Namen wie Kreidler und Maico, Adler, Horex und NSU sind vom Markt verschwunden. Nun ist auch der Motor des renommierten und führenden europäischen Zweirad-Herstellers vollends ins Stottern geraten: Die Zündapp-Werke GmbH, München, mußten beim zuständigen Amtsgericht Vergleich anmelden.

Besonders unter Motorradfans löste die Nachricht vom drohenden Niedergang des Unternehmens, das groß im Motorsport engagiert ist, Betroffenheit aus. 45 Europameisterschaften, über 12 000 Medaillen und der dreimalige Gewinn der Internationalen Sechstagefahrt zeugen von den Erfolgen. Derzeit ist Zündapp Markenweltmeister der Grand-Prix-Klasse bis 80 ccm.

Daß der Gang zum Vergleichsrichter unabwendbar wurde, wird auch im Handel und bei dem letzten deutschen Konkurrenten, den zur Fichtel & Sachs-Gruppe gehörenden Nürnberger Herkules-Werken bedauert.

Die ausschlaggebenden Gründe dafür sieht man nicht in Managementfehlern, sondern macht vor allem den jahrelangen ruinösen Preiswettbewerb der Japaner verantwortlich. Als Beispiel berichtet ein Motorrad-Händler im Frankfurter Raum davon, daß ein japanischer Hersteller seine Maschinen (80 ccm) wegen überhöhter Lagerbestände zu 1200 Mark anbietet gegenüber noch 2800 Mark vor Jahresfrist.

Die japanische Übermacht und deren Dumpingpreise – und nicht das miserabel gewordene Zweiradgeschäft schlechthin – ließen schon in den letzten Jahren Zweifel aufkommen, ob die deutschen Hersteller langfristig erfolgreich überleben können. Die Zahlen von Zündapp veranschaulichen die Marktschwierigkeiten der jüngsten Vergangenheit deutlich: Die Talfahrt begann unaufhaltsam nach dem Spitzenjahr 1977, das bei einer Produktion von 115 000 Leichtkrafträdern, Mofas und Mokicks und fast 1900 Beschäftigten noch einen Umsatz von über 179 Millionen Mark gebracht hatte. Bis Ende vergangenen Jahres war die Produktion auf 42 000 Stück und der Umsatz auf 101 Millionen zusammengeschmolzen. Die verbliebenen 770 Mitarbeiter überraschte die Nachricht im Betriebsurlaub.

Doch der alte Glanz des Unternehmens war längst verblaßt. „Wer Zündapp fährt, bleibt unversehrt" hatte einst der Volksmund die viel bekannte Auto- und Motorradmarke liebevoll besungen. Eine schnittige Zündapp-Maschine war einmal der



Auch der Weg zum Motorrad mit kleinem Hubraum half der Traditionsmarke „Zündapp" nicht. FOTO: VOLLMER

Traum vieler junger Männer, bevor sie stolz und satuiert an das Steuer eines Prestigewagens wechselten.

Mitten im Ersten Weltkrieg, am 17. September 1917, war die „Zünder- und Apparatebau Ges. mbH" als Gemeinschaftsgründung dreier Firmen ins Nürnberger Handelsregister eingetragen worden. Zünder für Artilleriegeschosse waren das erste, zeitgemäße Produkt. Als nach dem Krieg die Umstellung auf zivile Fertigung notwendig wurde, erkannte der damalige Alleininhaber und spätere Geheimrat Dr. Fritz Neumeyer sehr bald den aufkommenden Trend zur Volks-

ZÜNDAPP

motorisierung und propagierte das „Motorrad für jedermann": von mittlerer Stärke, erschwinglich, strapazierfähig und narrensicher.

1921 standen die ersten fünf Exemplare der „Z 22" des nun in „Zündapp-Gesellschaft für den Bau von Specialmaschinen mbH" umbenannten Unternehmens zur Verfügung. Trotz Inflation waren von diesem Modell (Preis 1200 Billionen Reichsmark, 221 ccm Hubraum, 2,5 PS und Keilriemenantrieb) schon nach 13 Monaten die ersten tausend verkauft. Bereits 1924 ging das 10 000. auf die Reise. Weiterentwickelte und größere Modelle folgten. Eine neue Fabrik mußte 1928 gebaut werden, die lange Zeit als modernste Motorradfabrik der Welt galt.

1942 lief die 250 000. Zündapp-Maschine vom Band, und bis heute haben über drei Millionen das Werk verlassen.

Neumeyer hatte auch schon früh erkannt, daß ebenso mit einem einfachen motorisierten Vierradfahrzeug gute Geschäfte zu machen sind. 1931 lernte er jenen Ferdinand Porsche kennen, der als „Vater des Volkswagens" bekannt werden sollte. Zu Unrecht vergessen ist jedoch, daß es der Zündapp-Chef war, der Porsche vertraglich für die ersten Konstruktionen eines „Volkswagens" verpflichtete. 1932 standen die Prototypen bereit.

Doch die Weltwirtschaftskrise und die Erkenntis, daß die notwendigen Investitionen unter den damaligen Verhältnissen von einem privaten Unternehmen weder aufzubringen, noch zu riskieren waren, bewogen Neumeyer, von seinem Plan Abstand zu nehmen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg – das Nürnberger Werk, in dem 1938/39 Flugzeugmotoren gebaut worden waren, mit denen viele Weltrekorde geflogen wurden, war stark beschädigt worden – liefen 1947 wieder die ersten Motorräder aus den Hallen. 1950 kam das Münchner Werk hinzu. Der Schwerpunkt verlagerte sich immer mehr dorthin. Als die Wogen der Zweirad-Welle hochgingen, baute Zündapp von 1953 an mit wachsendem Erfolg auch Mopeds und Motorroller.

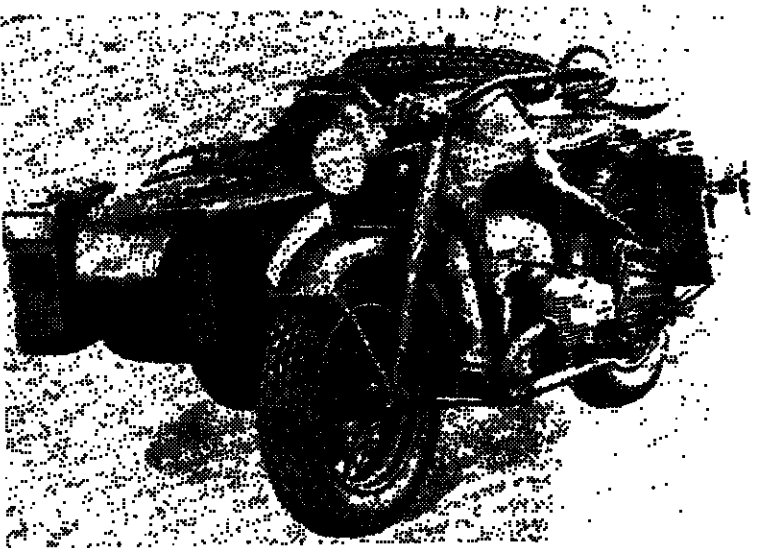
Den Traum von einem Auto hatte Neumeyer aber nie aufgegeben. 1957/58 wurde das Programm um das Rollermobil „Janus" erweitert, ein eigenwilliger Typ, bei dem jeweils zwei Sitze Rücken an Rücken angeordnet waren. Doch schon wenige Monate später, als 1958 das Stammwerk Nürnberg aufgegeben wurde und Zündapp sich auf München konzentrierte, fiel das Fahrzeug der Bereinigung zum Opfer.

Dem Markttrend folgend widmete sich die Firmenleitung dann nur noch ganz der Entwicklung kleinerer Motoren und der Produktion von Mopeds und Kleinkrafträdern bis zu 100 ccm. Größere Typen wurden ab 1964 nicht mehr hergestellt. Man schrumpfte sich mutig gesund.

Weitere Diversifikationsversuche des Unternehmens ab Anfang der 70er Jahre standen wie schon in der Vergangenheit unter einem schlechten Stern. Mitte 1982 mußte ebenso wie die Produktion von Bootsmotoren (seit 1969) die Rasenmäher-Fertigung (seit 1970) eingestellt werden. Auch scheiterte der Versuch, wieder mit einem 175-ccm-Motorrad am Markt Fuß fassen zu können.

Keinen Vorwurf wird man heute Zündapp machen können, daß man in den 60er Jahren den Sirenenklängen Gehör schenkte, die zu einer Kooperation mit anderen Firmen aufforderten. Denn schon bald hatten diese Unternehmen, die mit Zündapp paktieren wollten, selbst nicht mehr viel Freude am Zweirad. Daß sich jetzt kein Retter in der Not findet – Verhandlungen mit einem ausländischen Interessenten sollen in den letzten Wochen stattgefunden, sich aber wieder zerschlagen haben – , ist wohl eher auf den totalen Zusammenbruch des deutschen Zweiradmarktes zurückzuführen.

So wird denn in der Branche die Möglichkeit eines Anschlußkonkurses nicht ausgeschlossen, zumal auch intensive Verhandlungen des bayerischen Wirtschaftsministers Anton Jaumann vergeblich wareh. Dies wäre das endgültige Aus für ein weiteres traditionsreiches deutsches Familienunternehmen.



Ein legendäres Gespann: die Zündapp KS 750 FOTO: DIE WELT

Immer häufiger verdrängt der Apotheker den Arzt

Mißtrauen prägt oft das Verhalten der Deutschen zu Ärzten und Arzneimitteln. Gleichzeitig steigt aber das Ansehen des Apothekers, der immer mehr um Rat gefragt wird. Das zeigt eine Studie über das Verbraucherverhalten im Medizinbetrieb.

Von PETER JENTSCH

Einst galten sie als „Halbgötter in Weiß", über jeden Zweifel erhaben. Mediziner wie etwa Ferdinand Sauerbruch trugen zu diesem Image ebenso bei wie die vielen „praktischen Ärzte", denen kein Weg zu weit und keine Nacht zu kurz wurde, um ihren Patienten zu helfen. Vertrauen war denn auch die Basis für mögliche Therapieerfolge. Das galt – eingeschränkt – auch für Arzneimittel (Placebo-Effekt).

Doch mit dieser Herrlichkeit scheint es vorbei zu sein. Nach einer jetzt vorgelegten Studie der Hamburger Werbeagentur Lintas ist das Vertrauensverhältnis der Patienten zu Arzt und Arzneimittel erschüttert und „in den vergangenen Jahren zunehmend durch kritische Distanz und deutliches Mißtrauen gekennzeichnet". Die Angst vor Nebenwirkungen bei der Einnahme von Medikamenten sei seit 1978 drastisch gestiegen, hat Lintas ermittelt. Und – schlimmer noch: Der Anteil der Bürger, die anstelle des Arztes den Apotheker aufsuchen, um sich über Arzneimittel beraten zu lassen, habe sich im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt.

Das ist in aller Kürze das Ergebnis der Studie, die sich unter dem Titel „Der neue Patient" mit den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger gegenüber Arzt, Arzneimittel und Apotheker beschäftigt. Ähnliche Studien hat die Agentur schon seit 1978 erstellt, um auf wissenschaftlicher Grundlage Verbraucherverhalten zu ermitteln.

In dieser neuesten Studie ging es insbesondere um die Verwendungsintensität von Medikamenten, die nach dem Inkrafttreten der „Negativliste" vom Arzt nicht mehr auf Kassenkosten verordnet werden dürfen.

Hier stellt die Studie fest, daß nur noch 38 Prozent der Bürger bei Husten zu derartigen Präparaten greifen. 1978 waren es noch 48 Prozent. Ein ähnlich hoher Umsatzrückgang trifft auch die Schnupfenmittel; er sank von 45 Prozent 1978 auf 35 Prozent heute.

Als Grund für die Zurückhaltung bei der Einnahme rezeptfreier Arzneimittel nennt die Studie die deutlich gestiegene Angst der Patienten vor Nebenwirkungen. 1978 drückten 46 Prozent der Befragten Angst vor Nebenwirkungen aus, heute sind es bereits 58 Prozent.

Neben dem gestiegenen Gesundheitsbewußtsein der Bürger – 81 Prozent sind mit ihrer Gesundheit zufrieden, 85 Prozent versuchen, leichte Beschwerden erst einmal ohne Medikamente auszukurieren – nennt die Studie als weitere Begründung für die Abstinenz „eine deutlich kritische Distanz des Patienten zum Arzt. 36 Prozent der Befragten waren der Meinung, man müsse „dem Arzt kritisch auf die Finger sehen". Ein Viertel der Befragten läßt sich die Diagnose eines Arztes sogar von einem zweiten Mediziner bestätigen, was nicht unerheblich zur Kostenexpansion im Gesundheitswesen beitragen dürfte. Schließlich gaben mehr als 30 Prozent der Befragten zu, durchaus nicht immer alle vom Arzt verordneten Medikamente einzunehmen. Da schlummern also Millionenwerte ungenutzt in deutschen Hausapotheken oder landen auf dem Müll – und die Politiker quälen sich mit steigenden Beitragssätzen der Krankenkassen herum.

Freilich, die Studie hat auch festgestellt, daß sich der Anteil derer, die zur Selbstmedikation greifen, seit 1978 mehr als verdoppelt hat. 35 Prozent der Bürger gehen bei leichten Befindlichkeitsstörungen gar nicht erst zum Arzt, sondern kaufen die Präparate selbst in der Apotheke. Die Studie: „86 Prozent der Befragten sind der Ansicht, daß der Apotheker aufgrund seiner Ausbildung in der Lage ist, eine gute Arzneimittelempfehlung abzugeben, 46 Prozent trauen dem Apotheker sogar einen besseren Arzneimittel-Überblick zu als dem Arzt." Damit haben sie übrigens nach dem Urteil von Experten nicht unrecht, denn die pharmazeutische Ausbildung der Mediziner ist meist gleich Null.

Ungeschoren kommen aber auch die Apotheker nicht davon. Das alte Urteil vom „Apothekenpreis" hat sich erhalten: Jeder dritte Befragte glaubt, daß der Apotheker nur solche Präparate empfiehlt, an denen er am meisten verdient.

In einer Zielgruppen-Typologie versucht die Untersuchung, die Verbraucher in ihrem Verhältnis zu Arzt, Medikament und Apotheker in vier Kategorien einzuordnen:

- Die Gruppe der strikten Medizinkritiker umfaßt 28 Prozent der Bevölkerung, das sind 9,8 Millionen Personen;
- zur Gruppe der „medizinischen Experten" (was immer das heißen mag) sind 22 Prozent oder 7,7 Millionen Menschen zu rechnen;
- das Potential der „Arztgläubigen" ist nach wie vor mit 32 Prozent gleich 11,2 Millionen Menschen die größte Gruppe, während
- die „unbekümmert Gesunden" sich auf 17 Prozent, also 5,9 Millionen Personen summieren.

Daraus zieht die Studie den Schluß, daß bei Addition der Potentiale von Medizinkritikern und medizinischen Experten rund die Hälfte aller Deutschen gegenüber Arzt und Arzneimittel eine kritische Haltung einnimmt, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven.

WIE WAR DAS?

Als eine große Koalition Israel regierte

Von RAFAEL SELIGMANN

In Jerusalem geht der Poker um eine große Koalition weiter. Eine Koalition der Nationalen Einheit, die sich (so die Meinungsumfrage) die Mehrheit der Israelis wünscht, hat es schon einmal gegeben: im Jahre 1967. Damals allerdings waren sicherheitspolitische Gründe die Triebfeder.

Seit Mitte der sechziger Jahre hatten die Spannungen zwischen Syrien und Israel zugenommen. Dennoch beurteilte der damalige israelische Generalstabschef Rabin noch Mitte Mai 1967 die Sicherheitssituation als „stabil". Wenige Tage später änderte sich die Lage drastisch. Ägyptens Staatschef Nasser ordnete den Einmarsch mehrerer Divisionen in die Sinai-Halbinsel an. Israel hatte dieses Gebiet 1957 unter der Bedingung geräumt, daß es faktisch entmilitarisiert und daß die Schiffahrt nach Eilat frei bliebe. Nasser befahl nun die Sperrung der Wasserstraße für israelische Schiffe.

Dies sah Israel als Kriegsgrund an. Nasser war sich durchaus über seinen Schritt bewußt: „Eine derartige Aktion bedeutet, daß wir zum Krieg gegen Israel bereit sind. Das Hauptziel in dem Krieg ist die Zerstörung Israels." In der arabischen Welt sah man tatsächlich die Stunde der Abrechnung mit Israel gekommen: Jordaniens König Hussein trat dem militärischen Pakt zwischen Syrien und Ägypten bei, ebenso Irak.

Zu diesem Zeitpunkt war in Jerusalem allerdings bereits die Entscheidung gefallen. Es war offensichtlich geworden, daß Ministerpräsident und Verteidigungsminister Levy Eshkol der Krisensituation nicht gewachsen war. Oppositionsführer Menachem Begin hatte zunächst vorgeschlagen, daß Staatsgründer David Ben Gurion eine Regierung der Nationalen Einheit bilden sollte. Die meisten Israelis riefen aber nach Moshe Dajan, dem Generalstabschef des Sinai-Krieges (1956), der zusammen mit Ben Gurion und Shimon Peres die Rafi-Partei etabliert hatte.

In zähen Verhandlungen wurde schließlich ein Komporomiß erreicht: Eshkol blieb Ministerpräsident, Dajan wurde Sicherheitsminister, Oppositionschef Begin, der damals dem Bündnis von Herut und Liberalen vorstand, wurde ins Kabinett berufen, ebenso wie Shimon Peres. Eine Welle des Optimismus ging durch das zuvor entmutigte Land. Wenige Tage später errang Israel im Sechs-Tage-Krieg einen grandiosen militärischen Erfolg.

Die Israelis waren mit dem breiten Regierungsbündnis, das die Kraft hatte, auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, zufrieden. In den Wahlen des Jahres 1969 bestätigten sie beide große Parteienblöcke. Im folgenden Jahr brach jedoch die Koalition. Zu groß waren die Gegensätze zwischen der seit März 1969 amtierenden Golda Meir und Menachem Begin. Die Befürwortung des Rodgers-Planes war für Begin schließlich der Anlaß zum Auszug aus der Regierung.

Festnahme nach Protestaktion für „DDR“-Cousin

dpa, Berlin

Der 34 Jahre alte Ost-Berliner Walter Ostwald, für dessen Ausreise am Montagabend zwei Verwandte am Grenzübergang „Checkpoint Charlie“ demonstriert hatten, ist gestern morgen verhaftet worden. Wie der Vetter des Festgenommenen mitteilte, wurde Ostwald kurz vor sechs Uhr in seiner Wohnung verhaftet. Zuvor seien die Räume durchsucht worden.

Am Vortag hatten seine beiden Verwandten mit einem Rosenstrauß und zwei Transparenten die Grenzlinie überschritten, waren aber sofort von sechs „DDR“-Offizieren zurückgedrängt worden. Mit der Aktion wollte das Geschwisterpaar darauf hinweisen, daß ihr Cousin Walter, ein gebürtiger Österreicher, sich seit 1981 vergeblich um die legale Ausreise aus der „DDR“ bemüht.

Bangemann: Mangel in Koalitionsarbeit

AP/dpa, München

Der designierte FDP-Vorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, hat von einem Mangel an frühzeitiger Abstimmung in allen wichtigen Fragen innerhalb der Bonner Regierungs-Koalition gesprochen. In einem gestern vorab veröffentlichten Interview mit der Münchner Illustrierten „Quick“ forderte der FDP-Politiker eine bessere Zusammenarbeit in der Regierungsarbeit. „Wir müssen in dieser Koalition wieder mehr Vertrauen schaffen.“ Das sei die einzige Überlebenschance, auch für die FDP. Um ein besseres Verhältnis zwischen den Koalitionsmitgliedern zu erzielen, müßten die handelnden Personen „herunter von ihren verletzten Gefühlen“.

Bangemann betonte zugleich, das Regierungsbündnis wackele nicht. Dieses Bündnis sei sowohl für die Unionsparteien als auch für die FDP eine absolute Notwendigkeit, zudem es nach seinen Worten in den kommenden Jahren zu einer noch nie dagewesenen Konfrontation zwischen Regierung und Opposition kommen werde. Die Polarisierung werde so total sein, daß sie kein einziges gemeinsames Konzept mehr zulasse.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Josef Grünbeck hat in einem gestern veröffentlichten Brief im Namen einer nicht näher genannten Zahl von bayerischen Parteifreunden Genscher aufgefordert, seinen Entschluß, 1985 den Parteivorsitz niederzulegen, zurückzunehmen.

FDP will mit Kirche kooperieren

KNA, Bonn

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann sieht trotz traditionell distanzierter Haltung der Freien Demokraten gegenüber der katholischen Kirche zunehmende grundsätzliche Gemeinsamkeiten. Vor allem Fragen, in denen die ethische Bewertung eine wichtige Rolle spiele, seien die Ursache der gegenwärtigen Annäherung der FDP an die katholische Kirche, sagte Haussmann in einem Gespräch mit der katholischen Nachrichtenagentur. Dazu zähle „der Einbau des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen in das Grundgesetz“. Haussmann befürwortete eine gemeinsame Anstrengung von FDP und Kirche gegen das Experimentieren mit menschlichen Erbanlagen. „Hier ist es notwendig, daß Parteien und Kirchen gemeinsam eine Linie der ethischen Kontrolle einführen.“

Ein kleiner Schritt im Kampf gegen den Krebs

Minister Riesenhuber stellte in Bonn Spezialatlas vor

PETER JENTSCH, Bonn

Im Kampf gegen die zweithäufigste Todesursache der Deutschen, den Krebs, ist man in der Bundesrepublik einen kleinen, aber wichtigen Schritt weitergekommen. Gestern wurde in Bonn der Deutsche Krebsatlas vorgelegt, der in Form von Landkarten die Krebssterblichkeit für die Land- und Stadtkreise wiedergibt und im September erscheinen soll.

Bei der Vorstellung des vom Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) erarbeiteten und von der Bundesregierung finanziell unterstützten Atlanten erklärte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber: „Dieser Atlas stellt für die weiterführenden epidemiologischen Forschungsarbeiten eine wesentliche Grundlage dar.“

So macht der Atlas zum Beispiel deutlich, wo und in welchem Umfang in der Bundesrepublik welche Krebserkrankungen auftreten. Grundlage für den Krebsatlas sind die Mortalitätsraten in der Bundesrepublik auf Landkreisebene; insgesamt ist der Atlas in 328 Verwaltungseinheiten gegliedert. Er bietet einen regionalen Vergleich für die Jahre 1976 bis 1980 und umfaßt die insgesamt 24 höufigsten Krebsarten.

Aus dem Krebsatlas geht etwa hervor, daß die Lungensterblichkeit des Mannes in den Ballungsgebieten an Rhein, Ruhr und Saar, in den Stadtstaaten und in Berlin wesentlich häufiger ist als etwa in Bayern. Nikolaus Becker, einer der Autoren des Atlanten, sagte dazu: „Dieser Atlas ist ein wichtiger Schritt auf dem langfristigen und mühsamen Weg, der Krebsursache auf die Spur zu kommen. Der Atlas gibt allerdings nur Hinweise auf die derzeitige Situation. Mit seiner Hilfe kann jetzt gezielt untersucht werden, warum die Krebshäufigkeit in bestimmten Regionen höher ist als in anderen.“

Notwendig seien dazu nach den Worten von Forschungsminister Riesenhuber sogenannte Krebsregister, deren bundesweite Einführung zur Zeit noch an datenrechtlichen Problemen scheitert (nur das Saarland besitzt ein Krebsregister). Heute werden nur etwa fünf Prozent der Krebserkrankungen durch Register erfaßt, notwendig wären nach den Worten von Nikolaus Becker fünf regionale Register, wünschenswert wäre eines für jedes Bundesland. Riesenhuber: „Wir müssen bei den Ländern werben, daß hier eine vernünftige, den Datenschutz berücksichtigende Basis für die Forschung gefunden wird.“

Immerhin sterben etwa 160 000 Menschen jährlich in der Bundesrepublik an Krebs. Und nach wie vor ist die Tendenz leicht steigend. Der Anteil der Krebserkrankungen an allen Todesursachen stieg in den vergangenen 30 Jahren bei Männern und Frauen von 15 auf 25 Prozent. Dabei machen bei den Männern die Karzinome der Lunge, des Magens, des Darms und der Prostata die Haupttodesursache von zusammen etwa 60 Prozent aus. Bei den Frauen sind die häufigsten Krebstodesursachen auf Tumoren der Brustdrüse sowie auf Darmkrebs zurückzuführen.

Riesenhuber macht deutlich, daß neuere Untersuchungen gezeigt haben, daß das Auftreten vieler Krebserkrankungen mit sogenannten Risikofaktoren korrelierbar ist. Danach sind etwa 60 bis 90 Prozent aller Krebserkrankungen auf Umwelteinflüsse zurückzuführen. Andererseits sei aber bei Frauen in den ersten beiden Jahren nach einer Scheidung ein besonders signifikanter Anstieg der Krebserkrankungen zu registrieren, was auf psychische Ursachen schließen ließe. Ein weiterer wesentlicher Risikofaktor sei die Ernährung.

Nach Darstellung des Bundesforschungsministers will die Bundesregierung mit ihrer Projektförderung bestehende Forschungsaktivitäten auf diesem Gebiet ergänzen. In diesem Jahr stünden für diesen Zweck rund 150 Millionen Mark zur Verfügung. Riesenhuber: „Das ist ein Angebot, wissenschaftliche Arbeiten auch in solchen Bereichen zu ermöglichen, die bisher von keinem Förderer aufgegriffen werden konnten, für die aber ein dringender Bedarf besteht.“ Das gelte z. B. für vergleichende Therapiestudien. Gleichzeitig unterstütze die Bundesregierung vor allem die grundlagenorientierte Krebsforschung.

Geänderte Cocom-Liste ohne starke Wirkung auf Export

Keine totale Verhinderung des Technologie-Exports geplant

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Als „überzogen“ hat ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums die Kritik des SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz an der geplanten Änderung der Cocom-Liste zurückgewiesen, also der Güter, die wegen ihrer militär-strategischen Bedeutung nicht in den Ostblock geliefert werden dürfen. Glotz hatte in einem Zeitungsbeitrag die jüngsten Beschlüsse des Koordinierungskomitees für den Ost-West-Handel, Cocom, dem mit Ausnahme von Island und Spanien alle NATO-Staaten und Japan angehören, im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik als „eine unverantwortliche Überpolitisierung des Ost-West-Handels“ bezeichnet. In Bonn wird allenfalls mit geringfügigen Auswirkungen auf den deutschen Export gerechnet.

Der Vorwurf, es sei ein „Stück Souveränität unter der Hand verscherbelt worden“ und die EG-Staaten hätten sich von den USA unterbuttern lassen, sei nicht haltbar.

Zurückgewiesen wird auch die Behauptung von Peter Glotz, in Zukunft dürften unter anderem keine Mini-, Personal- und Heimcomputer mehr in den Osten geliefert werden. Vielmehr sieht die Veränderung so aus:

Die USA, und dort im Gegensatz zum Handelsministerium vor allem das Verteidigungsministerium, haben sich mit der Forderung nicht durchgesetzt, alle Computer auf die Cocom-Liste zu setzen. Wegen der rasanten technischen Entwicklung sollen vielmehr solche Geräte, die bereits viele Staaten anbieten, von der Liste gestrichen werden. Bei der Hardware soll es für die Exporteure Erleichterungen geben.

Neuland, und zwar nicht auf Druck der USA – diese Linie wurde bereits zu Zeiten der sozialliberalen Koalition verfolgt – soll durch die Einbeziehung der Software beschritten werden. Der Verkauf von hoch- und höchstentwickelten Programmen soll unter einen Genehmigungsvorbehalt gestellt werden. Allerdings müssen sich die Cocom-Mitglieder noch auf die genaue Beschreibung dessen verständigen, was davon betroffen sein soll. Auch hier ist Einstimmigkeit erforderlich. Große Bedenken kamen bisher aus Paris.

Von einer Umwandlung des Cocom in ein Instrument zur totalen Verhinderung des Technologieexports in den Ostblock kann nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums nicht die Rede sein. Allerdings habe die USA durch einige konkrete Eingriffe in jüngster Zeit für Verwirrung bei Verbündeten gesorgt, die jedoch nicht in direktem Zusammenhang mit der Überprüfung der Cocom-Liste stünden.

Strauß konnte den Wunsch Späths nicht erfüllen

Stuttgarter besäßen gerne die Baupläne ihrer alten Oper

XING HU KUO, Stuttgart

Zwischen den Ministerpräsidenten Baden-Württembergs und Bayerns ist eine Korrespondenz über die Entwürfe und Zeichnungen des Erbauers der Stuttgarter Alten Oper geführt worden. Wie ein Sprecher des Stuttgarter Staatsministeriums der WELT bestätigte, fragte Lothar Späth (CDU) den Münchner Amtskollegen Franz Josef Strauß (CSU), ob anläßlich der Wiedereröffnung der Alten Oper am 1. November dieses Jahres in Stuttgart die Baupläne Max Littmanns, die sich im Deutschen Theatermuseum in München berfinden, als „großzügiges Geschenk und sehr noble Geste“ dem Lande Baden-Württemberg überlassen werden könnten.

Denn die 1912 eröffnete Alte Oper in Stuttgart, die von Max Reinhardt seinerzeit als das „schönste Theater der Welt“ bezeichnet worden war, ist jetzt für 42 Millionen Mark in altem Glanz, und zwar exakt nach den Entwürfen und Plänen Littmanns, restauriert worden. In den Jahren 1955/56 und 1970/71 war dieses Glanzstück der deutschen Musikwelt einer „Modernisierungswut“ zum Opfer gefallen, die erst jetzt wieder rückgängig gemacht worden ist.

Strauß bedauerte in seiner Antwort an Späth, daß er dem verständlichen Wunsch aus Stuttgart nicht nachkommen könne. Denn die Witwe Max Littmanns hatte den gesamten Nachlaß dem Theatermuseum in München vermacht, um das künstlerische Werk ihres Mannes zusammenzuhalten. Strauß: „Der Freistaat Bayern, der das deutsche Theatermuseum 1971 übernommen hat, fühlt sich dem Willen der Witwe von Max Littmann gegenüber verpflichtet.“

Konzilianterweise bot Strauß an, die Pläne und Entwürfe des berühmten Baumeisters leihweise für eine Ausstellung anläßlich der Wiedereröffnung der Alten Oper zur Verfügung zu stellen. Der Sprecher des Stuttgarter Staatsministeriums zur WELT: „Wir haben das Angebot dankend angenommen und das Ministerium für Wissenschaft und Kunst gebeten, mit München zu verhandeln.“

Die Berliner Mauer manifestiert heute die Teilung der Welt

Gedenk-Ausstellung zum 13. August 1961 in der Hermann-Ehlers-Akademie

DETLEV AHLERS, Hamburg

„Das Brandenburger Tor ist vorübergehend geschlossen.“ Das verkündete Ost-Berlin am 13. August 1961. Seit 23 Jahren jedoch ist es bei der Schließung geblieben. Und: Die Mauer, die zunächst begriffen wurde als brutale Teilung einer Nation, ist nicht nur an Höhe gewachsen, sondern auch an Bedeutung. Heute manifestiere sie die Teilung der Welt, sagte WELT-Chefredakteur Herbert Kremp am Montagabend in der Hamburger Hermann-Ehlers-Akademie.

Dort hängen neben dem Bild des ehemaligen Bundestagspräsidenten (1950–54) Fotos und Zeitungsseiten aus diesen entscheidenden Tagen des Mauerbaus. Diese Ausstellung der Tageszeitung DIE WELT zeigt einige Bilder, die wohl den meisten Betrachtern bereits bekannt sind. Denn seit 23 Jahren bleibt dem freien Teil Deutschlands – weil kein Deutscher an dieser Mauer zu rütteln vermag – nur die Möglichkeit, durch Ausstellungen, Reden und Veröffentlichungen zu verhindern, daß sich die Menschen beruhigen, daß die Unveränderbarkeit die Erschütterung aus dem Bewußtsein verdrängt.

Die jungen Stipendiaten, die in der Akademie wohnen, spüren beim Betrachten die zeitliche Distanz, die so lang ist wie ihr Leben. Sie merken an den Bildern die Veränderung der Mode und der Automobile seitdem. Und, wenn sie einmal in Berlin waren, erkennen sie auch die Veränderung der Mauer: Was vor 23 Jahren Stein auf Stein mit Stacheldraht darüber aufgebaut wurde, ist längst ersetzt durch Betonteile, die – aus einem Stück gefertigt – beim Klettern keinen Halt für die Füße mehr bieten.

Doch gerade den jungen Menschen soll in der Akademie und immer wieder vor Augen geführt werden, was die Mauer bedeutet: Unrecht, das nicht durch die Länge seiner Existenz, sondern nur durch Abriß geheilt werden kann, der jedoch nicht in Sicht ist.

Im Sinne seiner anfangs erwähnten These, die Mauer sei von globaler Bedeutung, ging Kremp ausführlich auf die Politik des Kreml ein. Er brauche die „DDR“ als Glacis, er herrsche in Osteuropa absolutistisch. Er habe seit Kriegsende kontinuierlich und erfolgreich seine Kriegsbeute festgeschrieben. Ein Teil dieses Konzeptes seien die Verträge gewesen, die osteuropäische Staaten Anfang des vergangenen Jahrzehnts mit der Bundesrepublik geschlossen haben: Sie garantieren den Einflußbereich Moskaus auch ohne Friedensvertrag.

Insgesamt habe sich das Kräfteverhältnis auf der Welt und in Europa jedoch nur militärisch zugunsten der Sowjetunion verändert. Und vor allem durch militärische Präsenz halte der Kreml die Macht in seinem Herrschaftsbereich aufrecht.

Doch eben darin sei ein Webfehler zu erkennen, an dem einmal der Einfluß Moskaus auf Osteuropa reißen könne, meinte Kremp. Anders als die anderen Siegermächte, die ihren Einfluß durch den Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen gefestigt hätten, habe sich die Sowjetunion für den anderen möglichen Weg entschieden – Unterdrückung und Befehlsgewalt über andere Staaten.

Nun wohne den europäischen Völkern aber ein latenter Wunsch nach nationalstaatlicher Freiheit inne, wobei die Verfassungen Westeuropas als Vorbild dienten. Immer wieder habe die Sowjetunion mit solchen Erscheinungen in ihrem Einflußbereich zu kämpfen gehabt, auch in Zukunft sei mit solchen Eruptionen zu rechnen, sagte Kremp.

So begrüßte er Versuche der „DDR“, ihre Existenz der eigenen Bevölkerung gegenüber mit scheinbaren Wurzeln in der nationalen Vergangenheit zu legitimieren, weil es nicht gelungen sei, mit dem realen Sozialismus die Existenz zu begründen. Doch die Deutschen im Osten seien immun gegen solche Legitimationsversuche; was in ihnen allein haften bliebe, sei die Berufung der nationalen Vergangenheit.

Eine innere Reform im Ostblock schloß Kremp aus. Die alten Männer im Kreml und die von ihnen abhängige SED seien dazu nicht imstande. Ihr einziges Ziel sei die Machterhaltung.

So bleibe nur die Hoffnung, daß ihre Herrschaft vorübergeht, wie die Schließung des Brandenburger Tores.

Die Japaner machen es möglich

Im Gegensatz zu Buschhaus bekommt „Leiningerwerk“ sofort Entschwefelungsanlage

PETER SCHMALZ, München

Streng nach dem Gesetz wäre der neue Block 5 des bayerischen Steinkohlekraftwerks „Leiningerwerk“ in Anglberg, 30 Kilometer Luftlinie nördlich des Münchner Marienplatzes, wie das umstrittene Kraftwerk Buschhaus eine Altanlage und müßte seine Abluft nach der Großfeuerungsanlagen-Verordnung erst 1988 entschwefeln. Laut Genehmigung vom Mai 1982 dürften mit jedem Kubikmeter Rauchgas dem 220 Meter hohen Schornstein 650 Milligramm Schwefeldioxid entweichen.

Wenn aber das Wärmekraftwerk Mitte nächsten Jahres den Betrieb aufnimmt und 450 Megawatt Strom erzeugt, wird es eines der saubersten unter den deutschen Kohleverstromern sein. Schon ein Jahr vor Erlaß der Bonner Verordung und in Erwartung wie in Kenntnis der künftigen Grenzwerte beschlossen die Isar-Amper-Werke – nach den Bayernwerken der zweitgrößte bayerische Stromproduzent – freiwillig den unverzüglichen Einbau einer Entschwefelungsanlage.

Höherer Strompreis?

Nach den Berechnungen wird der geforderte Grenzwert von 400 Milligramm sogar noch um etwa 100 Milligramm unterschritten. „Eine weitere Absenkung des Schwefelwertes wäre wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll und brächte kaum eine nennenswerte zustätzliche Entlastung der Luft“, meint Vorstandsmitglied Heinz Loew. In Anglberg liegt der Reduzierungsgrad bei mindestens 85 Prozent (85 sind ab 1988 gefordert), durch technische Verbesserung des Betriebs hofft man aber auf 90 Prozent zu kommen.

Allein die Rauchgasentschwefelungsanlage verteuert den Bau um 100 Millionen auf 840 Millionen Mark und führt zu einer Mehrbelastung pro Kilowattstunde von 1,5 bis zwei Pfennig. Loew wollte sich vor Journalisten noch nicht festlegen, ob dies zu Strompreiserhöhungen führen wird.

Zur Entschwefelung werden in jeder Betriebsstunde fünf bis sechs Tonnen Kalkstein benötigt, der zu Mehl gemahlen und mit Wasser verrührt als Sprühregen über die Abluft rieselt, wobei sich das Schwefeldioxid mit dem Kalk zu Kalziumsulfit und schließlich unter Zugabe von Oxidationsluft zu Kalziumsulfat bindet. Dieses Endprodukt entspricht dem in der Natur vorhandenen Gips und kann ohne weitere Behandlung in der Bauindustrie eingesetzt werden. Der deutsche Gipsbedarf liegt bei fünf Millionen Tonnen im Jahr, das bayerische „Leiningerwerk“ wird jährlich 50 000 Tonnen liefern. Der Abtransport ist optimal geregelt: Der Lieferant des Kalksteins holt den Gips ab.

Weit problematischer gestaltet sich die Minderung der Stickoxide. Genehmigt sind derzeit 800 Milligramm pro Kubikmeter Abluft, die Konferenz der Umweltminister forderte aber bereits einen Grenzwert von 200 Milligramm. Die Isar-Amper-Werke sollen in zwei Stufen auf diesen Wert kommen. Nach japanischen Erfahrungen (deutsche Techniker müssen bei der Entschwefelung noch weitgehend auf fernöstliche Kenntnisse zurückgreifen) kann der Stickoxid-Ausstoß allein durch feuertechnische Maßnahmen deutlich verringert werden. Deshalb wird in dem neuen Werk die Kohle feiner als bisher üblich ausgemahlen, die Luft an den 20 Brennern im Kesselraum reduziert, dafür wird zusätzlich Ober- und Unterluft zur optimalen Verbrennung zugeführt. Der Erfolg: Beim Brennvorgang entsteht ein Viertel weniger Stickoxid.

Der nächste Schritt ist komplizierter und fußt wieder auf japanischem Vorbild. IAW-Immissionsschutzbeauftragter Matthias Schranner: „Die Problematik kam für die deutschen Firmen zu schnell, sie müssen deshalb noch auf japanische Lizenzen zurückgreifen.“ Dieser zweite Teil wird eine katalytische Entstickungsanlage sein: Die Abluft streicht durch einen Katalysator und die Stickoxide verwandeln sich unter Zugabe von Ammoniak zu den natürlichen und unschädlichen Elementen Stickstoff und Wasser.

Der Katalysator soll in der ersten Hälfte 1988 installiert sein, die Kosten werden auf 50 bis 70 Millionen kalkuliert. Noch ist die Anlage nicht in Auftrag gegeben. „Wir müssen“, sagt Schranner, „erst während des Kraftwerksbetriebs die tatsächlichen Verhältnisse im Rauchgas feststellen und können erst dann die Größe der Anlage bestimmen.“ Japanische Erfahrungen sind nur begrenzt übertragbar, da dort Kohlekraftwerke vorwiegend zur Grundlastdeckung eingesetzt werden und deshalb bei gleichbleibenden Betriebsbedingungen rund um die Uhr laufen (wobei Japan Kohle verwendet, die teilweise nicht mehr als 0,3 Prozent Schwefel enthält, während bei deutscher Steinkohle 1 bis 1,3 Prozent gemessen werden).

Ungelöste Entsorgung

Deutsche Kohlekraftwerke sind zumeist für den Mittellastbereich reserviert und werden täglich an- und abgefahren, wodurch schwankende Rauchgastemperaturen entstehen. Die Isar-Amper-Werke und die Nekkarwerke (Esslingen) sind die ersten deutschen Kraftwerksunternehmen, die den japanischen Katalysator einbauen. Die Kosten pro Kilowattstunde werden auf einen Pfennig geschätzt.

Das von der deutschen Firma Walther (Krupp) entwickelte Entstikkungsverfahren wollten die Bayern wegen ungelöster Entsorgungsfragen nicht einsetzen: Das hierbei anfallende Ammoniumsulfat ist ein saures Düngemittel, das auf heimischen Böden nicht verwendet werden kann. Es ist nach Meinung von Experten für ostasiatische Reisböden geeignet.

Obwohl die Isar-Amper-Werke ihre Eigenstromerzeugung seit 1976, dem Jahr ihres höchsten Schwefelausstoßes, um das 1,4fache gesteigert haben, geht nur noch ein Viertel des damaligen Schwefeldioxid-Anteils durch den Kamin, der Stickstoffanteil wurde auf ein Drittel reduziert. Das aber hat einen anderen Grund: In diesem Geschäftsjahr werden 58,57 Prozent des IAW-Stroms aus dem Kernkraftwerk „Isar I“ bezogen.

USA in Israel-Frage überstimmt

Weltbevölkerungs-Konferenz will Siedlungspolitik verurteilen / Rede de Cuéllars

DW. Mexiko-Stadt

Die Vereinigten Staaten sind in der Großen Kommission der Weltbevölkerungs-Konferenz bei der endgültigen Abfassung des Entwurfs in der Streitfrage um die Siedlungspolitik Israels überstimmt worden. Bei ihrem Versuch, die Empfehlung 34 fallen zu lassen, mit der indirekt die Besetzung arabischer Gebiete durch Israel verurteilt wird, wurden die USA nur von Israel selbst unterstützt.

Bei 15 Stimmenthaltungen (darunter der Heilige Stuhl, die Schweiz, El Salvador und Japan) wurde der amerikanische Antrag einstimmig zurückgewiesen. Die USA wollen die umstrittene Frage für die Schlußsitzung erneut auf die Tagesordnung setzen lassen.

Vor der Abstimmung war ein Vermittlungsversuch von UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar gescheitert. Cuéllar hatte bereits bei seiner Ankunft am Montag die zunehmende Politisierung der Weltbevölkerungs-Konferenz bedauert (WELT v. 14. 8.), die den Zeitplan für die Abschlußsitzung immer wieder hinausgeschoben hatte.

Die Empfehlung, in der Israel nicht namentlich genannt wird, ruft in Erinnerung, daß die Genfer Konvention „kollektive oder individuelle Zwangsumsiedlungen aus einem besetzten Gebiet untersagt und es der Besatzungsmacht verbietet, einen Teil seiner eigenen Zivilbevölkerung in das von ihm besetzte Gebiet umzusiedeln.“ Auf ihren Zusatzantrag, der sich ausdrücklich auf die von Israel besetzten Gebiete bezog, wollten die arabischen Länder nur verzichten, wenn auch die USA ihren Antrag zurückzögen.

UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar rief in einer Rede vor den Delegierten von 131 Ländern, sechs zwischenstaatlichen und 16 nichtstaatlichen Organisationen zu umgehenden Schritten zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums auf. Die nächsten 15 Jahre seien hierbei von entscheidender Bedeutung. Das weitere Wachstum der Weltbevölkerung nannte er „unvermeidlich“ und eine „erschreckende Realität“.

Die schlimmste Lage herrsche in Afrika, besonders in den südlich an die Sahara angrenzenden Ländern, wo die Geburtenraten über dem Zuwachs der Nahrungsproduktion liegen. Die UNO rechne damit, daß sich die Weltbevölkerung von derzeit 4,7 auf 6,1 Milliarden im Jahr 2000 erhöhe und sich bei 10,5 Milliarden Ende des nächsten Jahrhunderts stabilisieren werde.

In einem Interview des Saarländischen Rundfunks nannte der deutsche Delegationsleiter, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, die Diskussionen in Mexiko eine „ehrliche Bestandsaufnahme“. Zehn Jahre nach der ersten Weltbevölkerungs-Konferenz in Bukarest habe man sich darauf geeinigt, daß die Bevölkerungspolitik neben der Sicherung des Friedens eine „der wichtigsten politischen Aufgaben in der Welt“ sei. Die Bundesregierung unterstütze die Auffassung der USA, die Geburtenkontrolle in den Entwicklungsländern nicht über Abtreibungsprogramme zu regeln. Es müßten andere Maßnahmen ergriffen werden, die eine verantwortliche Familienplanung in der Hand der einzelnen Ehepaare unterstützten.

Polizeieinsatz in Mutlangen kostet 20 Millionen

dpa, Mutlangen/Stuttgart

Die Polizeiaktionen im Zusammenhang mit der Bewachung des US-Militärdepots in Mutlangen, in dem Pershing-2-Raketen stationiert sind, haben seit September des vergangenen Jahres rund 20 Millionen Mark gekostet. Wie der Präsident der zuständigen Landespolizeidirektion, Hanspeter Sturm, mitteilte, hat die Polizei vor dem Depot und bei der Begleitung von Pershing-2-Transporten von und nach Mutlangen bisher 700 000 Stunden Dienst geleistet.

Im Zusammenhang mit den Blokkaden sind nach den Worten Sturms seit Ende November vergangenen Jahres bis heute insgesamt 1052 Anhänger der Friedensbewegung im Raum Mutlangen festgenommen worden, gegen die Strafverfahren eingeleitet worden sind. 171 Urteile seien bisher durch das Amtsgericht Schwäbisch Gmünd ergangen, vor allem wegen Nötigung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung sowie Beleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt.

SPD: Konservative sind Hauptgegner

dpa, Düsseldorf

„Die SPD würde ihre Kräfte verzetteln, wenn sie sich unablässig mit den Grünen beschäftigte.“ Der stellvertretende Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD und Landesbauminister Christoph Zöpel hat eingeräumt, daß seine Partei zu lange „eine offensiv-harte Auseinandersetzung mit den Konservativen“ versäumt habe. Mit Blick auf die bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen forderte Zöpel seine Partei auf, „die Auseinandersetzung mit den Konservativen zu verschärfen“ und sich weniger mit den Grünen zu befassen. So könnten die Konservativen noch immer eine wirtschaftliche Besserung „vorgaukeln“. Dabei seien im vergangenen Jahr allem Gerede vom Aufschwung zum Trotz 9,1 Prozent Arbeitslose registriert worden. Weitere Erfolge der Grünen ließen sich nur durch eine konsequente Umweltpolitik der Sozialdemokraten verhindern, „nicht aber durch eine ständige Überbetonung bestimmter politischer Verhaltensweisen der Grünen“.

Zu den umstrittenen Überlegungen des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, über die Möglichkeiten einer großen Koalition meinte der nordrhein-westfälische SPD-Politiker: Der Zwang zu einer härteren Auseinandersetzung mit den Konservativen verbiete derartige Überlegungen. Mit seiner „Fundamental-Absage“ habe Kohl auch dem nordrhein-westfälischen CDU-Oppositionschef Bernhard Worms die „Resthoffnung“ genommen, sich über eine von ihm noch vor den Sommerferien zur Diskussion gestellte große Koalition in Düsseldorf „in die Regierung zu schleichen“.

GEW um Kontakte zu Grünen bemüht

dpa, Düsseldorf

Führungsmitglieder des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die mit der Bildungspolitik der Landesregierung zunehmend in Konflikt liegt, haben Kontakte zu den Grünen aufgenommen. Vorerst handelt es sich jedoch nur um Gespräche „informellen, ja inoffiziellen Charakters“. Der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft, Hoppe, bezeichnete die Gespräche in einem internen Aktenvermerk als „recht offen und in der Atmosphäre durchaus freundschaftlich“. Hoppe hat vorgeschlagen, ein „förmliches und dann auch entsprechend publiziertes Gespräch“ mit den Grünen auf Landesebene zu führen. Es komme darauf an, bei den Grünen wie bei den anderen Parteien Einfluß auf die Formulierung „uns betreffender Programmpunkte zu gewinnen“.

BfV-Präsident tadelt Junge Union

DW. Bonn

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Heribert Hellenbroich, hat die Aufforderung der Jungen Union, auf die Erwähnung der FDJ im nächsten Verfassungsschutzbericht zu verzichten, als „völlig unverständlich“ bezeichnet (WELT v. 14. 8.). Hellenbroich zeigte sich in einem Interview mit der „Kölnischen Rundschau“ über diesen Vorschlag „sehr betroffen“. Der FDJ, die für die „DDR“ ein wichtiger Faktor für die Westarbeit sei, gehe es nicht um Jugendaustausch im eigentlichen Sinne, sondern „allein darum, Agitation zu betreiben“.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Mit Marx im Munde das Evangelium ausgelegt?

Verfahren in Rom gegen den „Befreiungstheologen" Boff

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die Frage, ob die „Theologie der Befreiung", die in der Dritten Welt und vor allem in Südamerika immer weiter um sich greift, noch mit der rechten Lehre der katholischen Kirche zu vereinbaren ist, beschäftigt seit längerem nicht nur viele Ortsbischöfe, sondern auch die zuständigen Behörden der römischen Kurie. Sie steht jetzt im Mittelpunkt eines Verfahrens, das vor der Glaubenskongregation gegen den brasilianischen Theologen Leonardo Boff anhängig ist.

Boff ist für den 7. September zur Einvernahme durch eine von Kongregationspräfekt Kardinal Ratzinger geleitete Kommission nach Rom beordert worden. Dem 46jährigen Franziskanerpater wird angeblich unter anderem vorgeworfen, sich bei der Verkündung und Auslegung des Evangeliums marxistischer Terminologie und Methodik zu bedienen.

Gegen Boff und seinen Bruder Clodovis, dem die theologische Lehrerlaubnis an der *katholischen* Universität von Rio de Janeiro entzogen wurde, wird schon seit Jahren ermittelt. Die beiden Brüder fanden bisher aber stets Protektion – nicht nur bei zwei anderen einflußreichen Franziskanern, den Kardinalerzbischöfen Lor*scheider (Fortaleza) und Arns* (São Paulo), sondern offenbar auch bei der Mehrheit des brasilianischen Episkopats. So ist Leonardo Boff noch immer Mitglied der aus 14 Bischöfen und 14 Fachtheologen bestehenden Theologischen Kommission der bra*silianischen Bischofskonferenz.*

Ratzingers Kritik

Kardinal *Lorscheider* wird Boff jetzt auch bei der Einvernahme durch die Glaubenskongregation beistehen. Gemäß Verfahrensregeln des ehemaligen heiligen Offiziums wohnt der Kardinal dem Verhör bei, kann aber nicht selbst das Wort ergreifen.

Kardinal Ratzinger hatte zum Thema „Befreiungstheologie" im vorigen Jahr während der Bischofssynode vor einer *Theologengruppe* im Vatikan Stellung bezogen. In seinen Ausführungen, die dann im darauffolgenden März unautorisiert von einer katholischen Zeitschrift auszugsweise verbreitet wurden, soll er den Verfechtern dieser theologischen Richtung vorgeworfen haben, sie hätten die Humanwissenschaften – vor allem Psychologie, Soziologie - sowie marxistische Geschichtsinterpretation „wie ein neues Evangelium" angenommen und dadurch einige christliche Grundkonzepte verzerrt.

So bestehe die Liebe in der Sicht der „Befreiungstheologie" in der Option für die Armen und decke sich mit der Option für den Klassenkampf. So werde auch die Auferstehung als Hoffnung derjenigen interpretiert, „die gekreuzigt sind: all jener Millionen, die der strukturellen Ungerechtigkeit wie einer langsamen Kreuzigung ausgesetzt sind".

Das Elend verdeutlichen

Insgesamt gesehen sei die „Befreiungstheologie" in einigen ihrer Ausdrucksformen zwar „legitim, ja sogar notwendig", in anderen aber zu kritisieren und in wieder anderen unakzeptabel. Letzteres sei vor allem dort der Fall, wo der Glaube zur Parteinahme reduziert werde und man den Marxismus zur Interpretation der Bibel und der christlichen Botschaft heranziehe.

Die Brüder Boff beantworteten diese *Ausführungen Ratzingers mit* einer gemeinsamen Erklärung, in der es heißt: „Marx ist weder der Vater noch der Pate der Theologie der Befreiung." Diese Theologie bediene sich der marxistischen Analyse nur mit dem Ziel, die Realität des schreienden *Elends zu verdeutlichen*, in der die Völker des lateinamerikanischen Kontinents lebten.

Die „Theologie der Befreiung" ist in den letzten Jahren zunehmend auf Widerspruch nicht nur seitens der konservativeren Kräfte im lateinamerikanischen Episkopat, sondern auch seitens der römischen Kirchenzentrale gestoßen. Der Papst selbst verurteilte im vergangenen Jahr die von vielen „Befreiungstheologen" anvisierte neue Kirchenordnung der „comunidad" oder „iglesia popular" (Volkskirche) in seiner durch Proteste der Sandinisten gestörten Predigt von Managua.

Da Pater Boff als einer der repräsentativsten Vertreter der „Befreiungstheologie" gilt, wird dem Verfahren exemplarische Bedeutung beigemessen. Von seinem Ausgang werde das Schicksal zahlreicher anderer, Boff nahestehender lateinamerikanischer Theologen abhängen.

Japan sucht in Asean den Partner

Die politische Komponente zur wirtschaftlichen Kooperation / Kambodscha als Beispiel

FRED DE LA TROBE, Tokio

Die Beziehungen zwischen Japan und der südostasiatischen Regionalgemeinschaft Asean greifen immer mehr von einer zweckdienlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf politische Partnerschaft über. Das Verhältnis beruht nicht mehr überwiegend auf nüchternem Geschäft und Zahlen – obwohl die wirtschaftliche Komponente noch wichtig ist.

Das bedeutet, daß Nippons Diplomaten vor neuen, schwierigen Balanceakten stehen, bei denen sie bisher noch keine allzu glückliche Hand hatten. So hat Vietnam gerade den Drei-Stufen-Friedensplan für Kambodscha als „nichts Neues" zurückgewiesen, den der japanische Außenminister Abe auf der erweiterten Ministerkonferenz der Asean-Staaten in Jakarta vorgelegt hatte. Der Asean gehören die Philippinen, Thailand, *Malaysia, Singapur*, Indonesien und Brunei an.

Dieser Plan hatte den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha, freie Wahlen und hohe japanische Wiederaufbauhilfe für das vom Krieg zerstörte Land vorgesehen. Abe bekräftigte inzwischen gegenüber der Asean erneut, daß Japan Wirtschaftshilfe für Hanoi erst nach einem vietnamesischen Truppenabzug aus Kambodscha geben werde.

Auch ein anderer diplomatischer Vorstoß Tokios in der südostasiatischen Region blieb erfolglos: der Versuch, zwischen China und Indonesien zu vermitteln. Peking erklärte sich an der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Jakarta interessiert, die Regierung *Suharto verhielt sich jedoch* ablehnend.

Erfolgreicher war Japan bei seiner Aktion, als Interessenvertreter und Sprecher der Asean auf den Wirtschaftsgipfeln der führenden westlichen Industrienationen aufzutreten. Schon in Williamsburg, aber noch mehr in London in diesem Jahr brachte Ministerpräsident Nakasone die Anliegen der sechs Asean-Länder zur Sprache. Damit gelang es ihm auch, Japans politisches Ansehen bei *den Industrienationen zu erhöhen.*

Immer mehr herrscht in Japan und den Asean-Staaten der Eindruck vor, daß man politisch und wirtschaftlich im selben Boot sitzt. Für Tokio ist Südostasien längst nicht mehr der rohstoffliefernde „Hinterhof". Und Frieden und Stabilität der Asean-Länder sind weitgehend vom Wohlergehen Japans und dessen Zusammenarbeit abhängig. Die belastende Zeit der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg rückt in dieser Region immer mehr in den Hintergrund, wenngleich nicht alle Ressentiments und Sorgen geschwunden sind. In Singapur und Malaysia hat sich die Bewegung „von Japan lernen" ausgebreitet, die von den Regierungen dieser Staaten kräftig gefördert wird. Für diese Nationen war früher *Großbritannien Vorbild.*

Singapur und Malaysia bemühen sich, japanische Einrichtungen und Errungenschaften – vom Polizeiverwaltungssystem über Verkaufspraktiken *bis zu modernen technischen* Verfahren – zu übernehmen. Der Austausch von Praktikanten, Studenten und Wissenschaftlern hat in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Andererseits haben japanische Unternehmen die Chance genutzt und Singapur zu einer Drehscheibe für ihre Geschäfte in der Region ausgebaut. Die Zahl der dort lebenden Japaner hat sich *in den letzten Jahren auf* mehr als 20 000 verdreifacht.

Trotz der wachsenden Partner*schaft fehlt es in der Asean nicht an* kritischen Stimmen gegenüber Japan, so wie sie auch kürzlich auf der Ministerkonferenz in Jakarta zu hören waren. Tokios politischer und wirtschaftlicher Kurs sei in erster Linie auf die Vereinigten Staaten und Westeuropa *ausgerichtet, hieß es da.* Japan solle mehr nach Südostasien blicken, das ihm geographisch und kulturell näher läge.

Auch der große Exportüberschuß Japans mit dieser Region und seine geringen Käufe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Rohstoffen aus den Asean-Ländern kamen unter Beschuß. Tokio praktiziere nicht, was es auf *dem Gipfel in London* gepredigt habe. Die Japaner verteidigten sich damit, daß schon ein Drittel ihrer Entwicklungshilfe und die meisten seiner Investitionen nach Südostasien gingen. (SAD)

„Solidarität bleibt Ideal für Polen"

DW. Danzig

In der Danziger Brigittenkirche haben *4000 Anhänger der verbotenen* Gewerkschaft „Solidarität" in Anwesenheit des Arbeiterführers Lech Walesa mit einer Abendandacht, die von dem katholischen Geistlichen Jerzy Popieluszko gehalten wurde, des August-Streiks vor vier Jahren gedacht. Die Auseinandersetzung hatte zur Zulassung der freien Gewerkschaft geführt. In seiner Predigt erklärte Popieluszko, gegen den wegen Mißbrauchs der Freiheit religiöser Betätigung und wegen angeblicher Propagandaliteratur ermittelt wird, daß „Solidarität" eine „Idealvorstellung" der polnischen Nation bleibe. Jeder Kampf gegen dieses Ideal sei „zum *Scheitern verurteilt*".

Machte Südafrika Zugeständnisse?

dpa/AP, Pretoria

Die Regierungen von Südafrika und *Moçambique haben konkrete* Schritte erörtert, um in der von heftigen Rebellenaktivitäten verunsicherten Volksrepublik Moçambique den Frieden wiederherzustellen. Dies bestätigten Südafrikas Außenminister Roelof Botha und Moçambiques Wirtschaftsminister *Jacinto Veloso* nach einem mehrstündigen Treffen in Pretoria. Obwohl Botha bestritt, daß private Gruppen von Südafrika aus die regierungsfeindliche Rebellenbewegung „Renamo" in Moçambique mit Waffen unterstützten, machte Südafrika mit Blick auf den im März unterzeichneten Nichtangriffspakt offenbar Zugeständnisse beim Kampf gegen die Rebellen.

Truppen in Süden Kabuls verlegt

dpa/AP, Neu-Delhi

Bei ihren Vorstößen gegen die Freiheitskämpfer im Norden und Süden Afghanistans sollen nach Informationen aus Neu-Delhi in den beiden vergangenen Wochen 350 sowjetische und afghanische Soldaten getötet worden sein. Offenbar seien die Sowjets *dabei*, ihre Truppen unter großen Verlusten zunehmend von Norden in den Süden Afghanistans zu verlegen und dort ihre Stellungen auszubauen. In Kabul selbst sollen nach einer Meldung von Radio Afghanistan rund 200 000 Menschen vor der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland gegen einen angeblichen Angriff auf die afghanische Botschaft in Bonn demonstriert haben.

Für die Sahara setzt sich „arabische Lösung" durch

Treffen Khadhafi–Hassan / Algeriens Staatschef blieb fern

ROLF GÖRTZ, Madrid

Überraschend trafen sich am Montag der marokkanische König Hassan II. und Libyens Revolutionsführer Oberst Khadhafi in der marokkanischen Stadt Oujda in der Nähe der algerischen Grenze. Vergebens hofften beide Staatschefs, daß auch Staatspräsident Chadli Benjedid von Algerien zu ihnen stoßen würde. Ob wirklich auch König Fahd von Saudi-Arabien erwartet wurde, wie einige Agenturen melden, erscheint unwahrscheinlich.

Bei ihrem Treffen, das offensichtlich mehr der Initiative Khadhafis zuzuschreiben ist, wollte man sich auf einen gemeinsamen Nenner in der Frage der Westsahara, der ehemals spanischen Kolonie, einigen. Als geschlossener *Maghreb-Block*, so hofften Khadhafi und Hassan, aber jeder aus einem anderen Grunde, wollte *man* bei der nächsten, bisher aber immer wieder verschobenen Tagung der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAE) auftreten.

Wäre jetzt eine Einigung im Rahmen des Großmaghreb (Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen) in greifbare *Nähe* gerückt, würde Khadhafi als der Initiator ganz gewiß auch die Führungsrolle beanspruchen. Und genau das dürfte den algerischen Staatspräsidenten Chadli davon abgehalten haben, an dem Treffen teilzunehmen. Auch wenn er selbst eine maghrebinische Lösung anstrebte.

Stillhalten im Tschad

So flog denn Khadhafis Militärchef und Stellvertreter, Abdessalam Dschallud, vergebens nach Algier, um Chadli zu holen. Zwei Stunden lang wartete er in dem vierstrahligen staatseigenen Jet. Immerhin telefonierte *Hassan* mit *Chadli* und, wie es heißt, auch mit König Fahd von Saudi-Arabien. Nach dem Treffen mit Hassan flog Khadhafi dann nach Algerien, wo er von Chadli – nunmehr als dessen Gast – empfangen wurde.

In der Sache scheinen sich König Hassan und Khadhafi seit ihrem letzten Treffen vor einem Jahr einig: Khadhafi entschloß sich im Interesse seiner maghrebinischen Gesamtpläne, der von Marokko bereits vollzogenen De-facto-Lösung der Westsahara zuzustimmen. Hassan versprach ihm dafür, ihn bei seinem Vorgehen im Tschad nicht zu stören. (Frankreich bat vergebens um marokkanische Militärhilfe im Tschad.)

Khadhafi nennt die Sahara-Empfehlung die „arabische Lösung". Praktisch läuft sie auf die Anerkennung der von Hassan besetzten „nützlichen Zone" in der ehemaligen Kolonie unter marokkanischer Hoheit hinaus. Diesen Teil konnte die marokkanische Armee inzwischen mit einem Befestigungssystem umgeben, das *die saharauischen Polisario-Rebellen* zwar gelegentlich angreifen, ohne aber effektiv erfolgreich zu sein.

Polisario geschwächt

Auch der Anspruch der Polisario auf die Gewässer vor der Saharaküste, den sie vor drei Jahren mit Entführungen spanischer und portugiesischer Fischer samt deren Kuttern, aber auch mit der Ermordung einer gesamten Fischkutterbesatzung gel*tend machten, gehört nunmehr* der Vergangenheit an. Ihrer wichtigsten Nachschubquellen aus Libyen beraubt, sank die Polisario-Truppe zur Bedeutungslosigkeit herab. Und logischerweise betrachten die Polisario-Rebellen Khadhafi inzwischen als ei*nen Verräter an ihrem „sozialistisch*-arabischen Saharastaat" (RASD).

Im Grunde genommen fühlt sich auch die algerische Armee wohler ohne die kleine, bis vor kurzem aber schlagkräftige Polisario-Truppe im eigenen Land. Algerien ist zwar ein sozialistischer Staat, muß aber immer den sowjetischen Hintergrund fürchten; denn die Sowjetunion hat größtes Interesse an einem sozialistischen Saharastaat.

Moskau würde gerne von einem Stützpunkt am Atlantik profitieren, der gewissermaßen die afrikanische Gegenküste zum strategisch wichtigen Fischereistützpunkt auf den Kanarischen Inseln bilden würde. Aus diesem Grund rüsten die USA Marokko mit Waffen und Radargeräten zur Überwachung der Wüste aus. Eine Unterstützung, die inzwischen allerdings weitgehend durch Militärhilfe aus Saudi-Arabien abgelöst wurde, die König Fahd seinem marokkanischen Vetter aus naheliegenden Gründen gewährt. (SAD)

STELLENANGEBOTE

BEREICHSLEITER MIKROCOMPUTER

Langjährige Erfahrung, konsequente Verfolgung ehrgeiziger Ziele und schließlich die Leistungsfähigkeit einer Großrechenanlage haben uns zum geachteten Datenverarbeitungspartner in Westfalen gemacht.

Als Gemeinschaftsrechenzentrum der Westfälischen Kredit- und Warengenossenschaften ist auch die Richtung für die Zukunft vorgegeben: neueste Technik und modernste DV-Anwendungen unseren Mitgliedern und Kunden wirtschaftlich sinnvoll nutzbar zu machen.

Zu unserem Angebot gehört seit mehreren Jahren auch der Bereich Mikrocomputer.

Im Rahmen der Erweiterung unserer Vertriebs- und Entwicklungsaktivitäten suchen wir den

Bereichsleiter-Mikrocomputer

der aufgrund langjähriger Erfahrungen und fundierter Systemkenntnisse (Hard- und Software) in der Lage ist, die Software-Entwicklung unserer Produkte zu steuern.

Eine mehrjährige Praxis im Mikrocomputer-Bereich (Hersteller, Software-Haus) setzen wir voraus.

Wir erwarten einiges: Einsatzbereitschaft, Zielstrebigkeit, Teamgeist, vor allem Fachwissen und die Fähigkeit, Mitarbeiter zu führen.

Wir haben dafür aber auch viel zu bieten: ein attraktives Gehalt, das soziale Umfeld eines modernen Großunternehmens, hinsichtlich des Arbeitsplatzes eine technische Ausstattung, die sonst nur selten vorzufinden ist.

Unsere 300 Mitarbeiter sind stolz auf das, was sie bisher geleistet haben.

Wenn Sie in Zukunft dazugehören wollen, dann bewerben Sie sich mit den üblichen Unterlagen bei unserer Personalabteilung.



GAD Gesellschaft für automatische Datenverarbeitung e.G.
Sentmaringer Weg 1 · 4400 Münster

Mit mehr als 10 000 Beschäftigten gehört unser Unternehmen zu den Großen seiner Branche. Firmensitz ist eine norddeutsche Großstadt.

Wir suchen für die Personalabteilung einen qualifizierten

Personalreferenten

mit wirtschaftswissenschaftlicher oder juristischer Ausbildung.

Das Aufgabengebiet umfaßt die eigenverantwortliche personelle Betreuung von mehreren hundert Angestellten. Berufliche Erfahrung müssen wir also voraussetzen.

Für uns bedeutet Personalarbeit aber auch eine Herausforderung an die Persönlichkeit, an Takt und Fairneß, an Intelligenz und Kreativität. Wir erwarten einen ausgeprägten Leistungswillen und die Bereitschaft zu einer guten Zusammenarbeit mit Kollegen, Führungskräften und den Betriebsräten unseres Hauses.

Wir bieten Ihnen alle Voraussetzungen für eine schnelle Einarbeitung und für eine aussichtsreiche Entwicklung.

Angebote erbeten unter X 8746 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen für einen unserer Mandanten mit Verwaltungssitz im westdeutschen Raum sowie in mehreren Produktions- und Vertriebsniederlassungen im In- und Ausland den künftigen

Leiter
der Abteilung Altersversorgung

Die Aufgaben an diesem Arbeitsplatz sind primär administrativer Art. Sie beinhalten aber auch die Lösung versorgungsrechtlicher Probleme, die sich aus der Gesetzgebung und Rechtsprechung ergeben haben. Bei ca. 17 000 Mitarbeitern sind etwa 10 000 Firmenrentner zu betreuen.

Es kommen nur solche Bewerber in Betracht, die über gute Kenntnisse auf dem Gebiet der betrieblichen Altersversorgung verfügen und bereits praktische Erfahrungen sammeln konnten. Sollten Sie eine Aufstiegschance oder ein erweitertes Betätigungsfeld suchen, könnten Sie die gewünschte „Führungskraft" unseres Mandanten sein.

Bei einer Kontaktaufnahme sichern wir Ihnen Vertraulichkeit zu.

Dr. Bode · Dr. Grabner & Partner
Versicherungsmathematische Sachverständige
Nördliche Münchner Str. 5–7
8022 Grünwald/München
Tel. 0 89 / 6 49 23 56

Selbständige Existenz
Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41
6000 Frankfurt 11



Lackglänzende Zukunft

Können Sie auf dem Gebiet der Lacke und Farben Marktstrategien entwickeln und Impulse geben? Sind Sie bei der Lack- und Farbindustrie gut eingeführt? Sind Sie verkäuferisch stark? Sprechen Sie außerdem noch englisch? Dann bietet Ihnen ein Unternehmen von weltweiter Bedeutung einen chancenreichen Job als Produkt-Manager. Natürlich mit angemessenen Bezügen.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 18. August, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Handelsvertreter
für die Bereiche: Kopierpapiere, Lichtpauspapiere, Bürobedarf, Hygienepapiere, Briefumschläge baldigst gesucht.
Wir bieten ein komplettes Spitzenprogramm mit konkurrenzlosen Verkaufspreisen und zahlen höchste Provisionen. Auch Anfragen als Zweitvertretung und Händleranfragen angenehm.
W. Schreiber, Heiligentriesch 7, 3500 Kassel, Tel. 05 61 / 52 67 56

MAKLER
US-Dollar 37500 bis 202000
Eine Kapitalanlage von $ 12 500 bringt Ihnen die obige Rendite innerhalb von 10 bis 20 Jahren, mit fortlaufenden Gewinnen über Jahrzehnte. Diese basieren auf jährlichen Schätzungen der Ernten in den Vereinigten Staaten. Der Anlageplan wurde von einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit einer europäischen Firma, die Analysen erstellt, untersucht. Mindestanlage $ 2500,–. Hohe Provisionen und Eigenkapitalbeteiligungen erwarten für uns geeignete Makler. Informationsmaterial in Englisch, Deutsch, Französisch und Arabisch erhältlich. Anfragen von Investoren sind uns willkommen. Setzen Sie sich mit uns in Verbindung:
GLOBE PLAN S. A. – Av. Mon-Repos 24 – CH-1005 Lausanne (Schweiz), Tel. (00 41 21) 22 35 12, Telex: 25 185 MELIS CH

Handelsagentur, K. C.
progressiv, international tätig, entlastet Ihre Einkaufsabteilung. Vermittlung von technischen Produkten. Vorteile für Sie:
1. Kostensenkend, 2. umsatzsteigernd, 3. gewinnsteigernd.
Kontaktanschrift: K. C. Handelsagentur, Postfach 15 13, D-2110 Buchholz i. d. N.

Exklusiv-Vertretung
für nordd. Raum
auf freiberufl. Basis zu vergeben (Plakatdruckmaschinen).
Zuschr. erb. unter S 8543 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankkaufmann
Sanierungsspezialist, übernimmt Geschäftsführung von „kranken" Firmen. Vertraulich.
Zuschriften unter X 8416 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suchen laufend Sonderposten, Versteigerungs- bzw. Konkurswaren aller Art
CAROTEX
Import-Export GmbH.
Schirmerstr. 40
4000 Düsseldorf 1
Tel. 02 11 / 16 15 35 oder 16 15 63

Vertretung/Beratung Houston/Texas (USA)
in allen Geschäftsfragen u. auch privat. Näheres: Zuschriften unter L 8714 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Rattan-Möbel „Lagerauflösung"
Rattan-Möbel, Makramee-Blumenampeln, Wasserbüffelgehörne, präparierte Cobras in Kampfstellung, mit u. ohne Mungo. Welche Firma ist interessiert, den Lagerbestand von ca. 50 000,– DM (Einkaufspreis) zu übernehmen?
Angebot unter Y 8703 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportinitiative
für mittelst. Food-Unternehmen: z. B. länderspez. Strategiefestlegung, Entwicklung von Produktkonzepten, Kontakt mit Verkaufsreisen im Ausland, erledigt für Sie kostengünstiger als ein Exportmanager u. auf Exklusivbasis (nur variable Kosten)
Hans-Joachim Meihöfer
P. O. BOX 1267
2912 Apen, Tel. 0 44 89 / 25 33

Einzigartige Dienstleistung für Versandhändler
Verlangen Sie heute noch komplette Unterlagen bei
Institut für Vertrieb und Management AG
Postfach, CH-8042 Zürich

Wir suchen für ein neues interessantes Medium einige
Gebietsrepräsentanten
die in ihrer Vertretung noch über Aufnahmekapazität verfügen. Es handelt sich um ein sehr verbreitetes, zielgerichtetes Informationsblatt.
Zuschriften unter X 8702 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leistungsstarke
Anlagevertriebsgruppe
gesucht für Plazierung von 6 Wohneinh. (76 + 40 m²) in zentraler, guter Wohnlage Düsseldorfs (Neubau, Ersterwerb).
Architekten
Bungenberg + Wahle
Düsseldorfer Straße 18
4000 Düsseldorf 11
Tel. 02 11 / 5 37 58 (Herr Wahle)

Betr.: Werbung
Agentur vermittelt Kontakt zu L. A.-Medaillengewinner (männl.). Interessant f. Firmen d. Branchen: Kosmetik, Mode, Lebensmittel u. ä.
Ang. erb. u. B 8706 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Import/Export

Kapitalkräftige, erfolgreich in Übersee tätige Firmengruppe sucht Übernahme von Außenhandelsunternehmen mit bestehendem Geschäft, welches mit wesentlich verstärktem Eigenkapital und persönlichem Einsatz erheblich ausbaufähig sein sollte.

Erste Kontaktaufnahme, die streng vertraulich behandelt wird, erbeten an:

Reimer Martens
Krohnskamp 15
2000 Hamburg 60

WERKSVERTRETUNG FÜR NRW
Wir suchen für den Bereich NRW Werksvertretung und bieten: 350 m² beheiztes Lager mit Rampe, Druckluftanlage, 1-t-Kran, Hubwagen, 5-t-Lkw und Kundenbetreuung durch Außendienst. Montage usw. möglich. Standort: 12 km östl. A 46 Abf. Iserlohn.
Zuschriften unter W 8745 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

LIQUIDITÄTSPROBLEME?
Trotz guter Auskunft? – Kein Problem! In kürzester Zeit v. DM 10 000,- bis DM 250 000,- flüssige Mittel zur freien Verfügung bei zusätzlicher wertbeständiger Kapitalanlage. Keine Vorabkosten!! Diskrete, seriöse Abwicklung ist gewährleistet.
Angebote erb. u. E 8753 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsgruppen
bundesweit gesucht für Erwerbermodelle und Sanierungsmodelle nach Berl.-FG § 14.
Angeb. erb. u. Z 8704 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Wir suchen einen
PARTNER
zur Einarbeitung einer ausländischen Investmentgesellschaft die seit 15 Jahren erfolgreich in Europa tätig ist.
Vorkenntnisse nicht notwendig.
Repräsentatives HAMBURGER Büro, Telex, Konferenzzimmer und etwas Eigenkapital erforderlich.
Angebote erbeten unter W 8701 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

PRODUKTIONSANLAGEN – ENGINEERING – KNOW-HOW
zur Herstellung pulverförmiger u. flüssiger Wasch- u. Reinigungsmittel liefert weltweit
TELSCHIG
Verfahrenstechnik GmbH
Postfach 11 51, D-7157 Murrhardt
T. 0 71 92 / 80 51 / 53, Telex 7 24 474 teva d

Sie wollen liquidieren?
Übernehme Geschäftsführung und Abwicklung. Zuschriften unter K 8713 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Vertretung in USA
Erfahrenes US-amerikanisches Unternehmen mit Sitz in Atlanta/Ga-Phoenix/Ar. ist an Zusammenarbeit interess. (Vertr., Akquisition, Verkauf). Langj. erfolgr. Arbeiten im Bereich Maschinen- u. Apparatebau (Kompl.-Anlagen u. Einzelmasch.). Rückäußerung an:
Schenkmann + Piel
Verfahrenstechnik GmbH & Co KG
Postf. 10 12 66, 5090 Leverkusen 1
Herr Schenkmann

Verdienen Sie viel Geld mit Ihrer Bonität. Beteiligen Sie sich an lukrativen Immobiliengeschäften. Objektbeschaffung und komplettes bewährtes Knowhow durch uns. Eigene Kapitaleinsätze nicht erforderlich. Kontaktaufnahme unter: Immobilien-Vermittlungs-KG, Tel. 02 11 / 58 83 30.

Steuerberater
für Zusammenarbeit m. Anlageberater gesucht.
Zuschr. unt. R 8718 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verwaltungs- und Vertriebsunternehmen
im norddeutschen Raum übernimmt Verwaltungs- und Vertriebsaufgaben, Geschäftsbesorgung bei Schiffahrtsunternehmen usw.
Zuschr. erb. u. PS 48 285 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Weltneuheit
aus dem zukunftsträchtigen Bereich der „neuen finanziellen Dienstleistungen" (Mengengeschäft) sucht Venture-Kapital und/oder renommierten Namensgeber zwecks konkurrenzloser Vermarktung in Deutschland. Absolut seriös – trotzdem außergewöhnliche (belegbare) Gewinnaussichten.
Vertrauliche Kontaktaufnahme erb. u. A 8705 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

STELLENGESUCHE

Dipl.-Ing. (TU), Maschinenbau, 39 J.

Ausbildung: Grundlagen Maschinenbau, Hydraulik, el. Antriebe, Stahltragwerke, Statik, Kranbau, Stetigförderanlagen, Betriebswirtschaft.

Erfahrung u. Tätigkeiten: Proj. von Förderanlagen, Anlagenbau, Konstruktion von Lastaufnahmemitteln, Auftragsabwicklung von Konstruktion bis Montage, Unterricht in Erwachsenenbildung, Arbeit mit PC, Basic-Grundkenntnisse, Englisch.

Wunsch: Fachgeb.: Anlagebau (Gewinnung, Umschlag, Transport, Energie), Hebezeuge, Offshoretechnik.
Bereich: Projekt, Auftragsführung, Entwicklung, Havarieanalyse, Tätigkeit, die Kreativität und Führungsverantwortung verlangen.
Mögl. Großraum HH, nicht Bedingung.

Angebote unter D 8708 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Direktor
einer bedeutenden Regionalbank, 41 J., sucht ansprechendes, neues Aufgabengebiet außerhalb des Bankbereiches im Großraum Hamburg.
Bevorzugt wird Position als Finanzchef eines Handelsunternehmens oder Assistentenposten der Geschäftsleitung mit Möglichkeit zum späteren Aufstieg.
Erfahrungen: Kredit, Außenhandel, Vermögensanlage.
Angebote erbeten unter C 8707 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geldhändler
26 J., verh., einsatzfreudig und belastbar, mit Erfahrungen im Inlands- und Eurogeldmarkt sowie in der damit verbundenen Firmenkundenbetreuung, z. Z. in ungekündigter Stellung, sucht nach 2jähriger Auslandstätigkeit neues verantwortungsvolles Aufgabengebiet bei Bank, Finanzmakler oder Industrie, vorzugsweise im Raum Norddeutschland.
Angebote erb. u. G 8557 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Credit Manager
43 J., Diplom-Kaufmann, mobil, langjährige Erfahrungen in den Bereichen Exportfinanzierung, Bilanzanalyse, Bonitätsprüfung, Länderrisikobeurteilung, Vertragsgestaltung, Cash Collection und Credit Controlling, sucht neue verantwortungsvolle Führungsaufgabe.
Zuschr. erb. unter V 8744 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Ausbilder/Verkaufstrainer
im Einzelhandel – Dipl.-Betriebsw./Marketing
34 J. alt, ausgezeichn. rhetorische Fähigkeiten, sucht herausfordernde u. entwicklungsfähige Position als Cheftrainer eines Großbetriebes oder als Leiter eines Bildungszentrums.
Freundl. Angebote erbeten unter M 8737 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

26jährige Arzthelferin (prakt. Arzt), mit 4jähriger Praxis und Laborerfahrung, anschließend 3 Jahre in Kanada. Arbeitseinsatz im Haushalt und Kinderwartung. Suche Beschäftigung, die meinem Berufsstand, Sprachkenntnissen und erwiesener Arbeitsbereitschaft gerecht wird. Angeb. u. N 8738 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Messeprofi
akademische und handwerkliche Ausbildung, Architekt, Dipl.-Ing., Planung u. Bauleitung zahlreicher Großprojekte, in ungekündigter Position, sucht neuen, ausbaufähigen, verantwortungsvollen Aufgabenbereich im kreativen Messebau.
Zuschriften unter R 8828 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Elektro-Ingenieur
mit 20j. Außendiensttätigkeit, Bereich NS-Schaltanlagen und Notstromversorgungen, sucht Position im Bereich der BRD.
Angebote unter Z 8748 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Verkaufsleiter
45 J., Betriebswirt VWA, langjährige Erfahrungen in Mitarbeiterführung, Marketing, Erstellung und Überwachung von Planzahlen sowie Betreuung von Großkunden, sucht neue, verantwortungsvolle und selbständige Aufgabe in der Industrie, bevorzugt Rhein-Ruhr-Gebiet.
Angebote erbeten unter R 8740 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Polizeibeamter
m. bish. makell., langj. Dienstausübung, flex., nicht ortsgeb., m. Fremdspr.-Kenntn., sucht einzig aus rein persönl. Gründen ein neues, interess., hauptberufl. Aufgabengeb. i. In- u. Ausl., bei dem er weitgeh. eigenverantwortl. u. selbst. arbeiten kann. Angeb. erb. u. PW 48 269 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Suche kfm. Tätigkeit
i. Ber. Kosmetik/Parfümerie, Buchf., Depot u. Schreibm.-Kenntn. vorh. (gel. Kosmetikerin). Angeb. u. PO 48282 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Export-/Importkaufmann
49, mit langj. Erfahrung im internationalen STAHLHANDEL, in leitenden Positionen, vertraut mit allen Phasen der Akquisition und Abwicklung von Auslandsgeschäften, verhandlungssicheres Englisch, sucht neue anspruchsvolle Aufgabe in Handel oder Industrie – ggf. tätige Beteiligung.
Angebote erbeten unter B 8750 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Wirtschaftsingenieur
dynamisch – belastbar – ledig – Anfang 30 – ortsunabhängig
sucht neue Herausforderung, die Leistungsbereitschaft und Erfolg anerkennt, z. Zt. in ungekündigter Stellung, „2. Mann" im konstruktiven Ingenieurbau, Stahlbetonfertigteilindustrie: Akquisition, Vertragswesen, Arbeitsvorbereitung, Projektleitung, zentrale Abrechnung, Rechnungswesen, Controlling, EDV, gute Englischkenntnisse.
Zuschriften erbeten unter A 8749 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Chefsekretärin/Assistentin
43 J., Englisch u. Französisch perfekt in Wort u. Schrift, Spanisch, ausgeprägtes Organisationstalent, unabhängig, langjährige Berufserfahrung auf GL- u. Vorstandsebene im In- und Ausland
sucht
verantwortungsvolles, interessantes Aufgabengebiet in Hamburg.
Angeb. erb. u. PG 48276 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

GESCHÄFTSLEITUNGSSEKRETÄRIN
sucht nach einjähriger Pause auf vergleichbarer Ebene neue Aufgabe in Hamburg.
Ich biete sehr gute im Ausland erworbene französische und englische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift, sowie in langjähriger Praxis bewiesenes berufliches Können, Zuverlässigkeit und Engagement.
Ang. erb. u. PM 48 262 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Diplom-Chemiker
als **Qualitätskontrolleiter**
und als **Herstellungsleiter** nach AMG
mehrjährige Industrieerfahrung (Pharma), 45 J., vertraut auch mit Entwurf u. Bau von Anlagen und Geräten für Produktion, Technikum, Labor, Programmierkenntnisse, sucht neue Aufgabe, möglichst in Norddeutschland, ggf. auch als freier Mitarbeiter/Berater.
Zuschr. erb. u. Y 8747 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Controlling
Dipl. rer. pol., 42 J., verh., ungek., will seine langjähr. Erfahrung in internationalen Unternehmen (Steuerung ausl. Tochtergesellschaften, Erfolgskontrolle, Berichtswesen, Abschlüsse nach amerikan. Recht, Planung) umfassender und verantwortungsvoller einsetzen; engl. und franz. Sprachkenntnisse; Raum Hamburg bevorzugt.
Angeb. erb. u. P 8739 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Volkswirt/ Dipl.-Politologe
29 Jahre, seit 1½ Jahren in ungek. Stellung bei größerem Steuerberater, sucht neue, interess. Tätigkeit. Angeb. erb. u. PW 48 248 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Diener-Chauffeur
led., gutes Organisationstalent u. Kochkenntnisse, sucht neuen Wirkungskreis. Angeb. erb. u. PU 48268 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Verkaufsleiter
34 J., flex., Vertriebskenntnisse, Kopierautomaten, Mikrofilm, Werbung, Zeitarbeit, Personalführung, Arbeitsrecht, Büroorgan., Marketing, sucht ab sofort neuen Wirkungskreis für langfristige Aufgaben.
Zuschr. u. C 8519 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Dyn. Volljurist
48, jahrel. Erfahrung im prakt. Bankgeschäft im In- und engl.- u. franz.-sprach. Ausland. Versierter Verhandlungsführer sucht Mitarbeit/Teilhaberschaft in auch intern. ausger. Anwaltspraxis (Sanierungen/Abwickl.) od. gesunden, mittl. Industrie-/Handels- od. Dienstleistungsunternehmen. Zuschr. unter N 8716 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

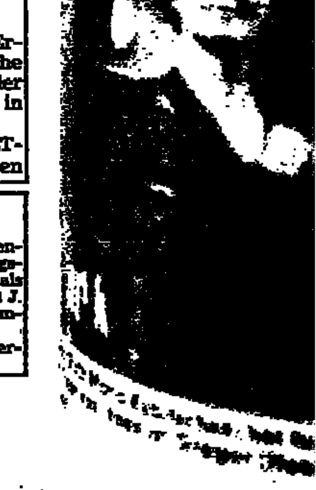
Qualifizierter Buchhaltungsleiter (L. D. Rewesen), aktiv – belastbar – einsatzbereit. Kontaktaufnahme zwecks Vorstellungstermins erbeten unter Tel. 0 41 92 / 65 96.

Italien/Deutschland
Akt. Kaufmann, 32 J., jahrel. Erfahr. als Einkäufer, ital. Sprache perf., sucht Position als Mittler zwischen Firmen. Mögl. Sitz in Italien.
Zuschriften u. G 8711 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Kaufmann
31, Examen 10/84, Uni Köln, Studienschwerpunkte Marketing, Planungslehre, Sozialpsychologie, Lehre als Groß- u. Außenhandelskaufmann, 2 J. Verkaufssachbearbeiter, Abendgymnasiast, sucht Anstellung.
Zuschriften unt. M 8627 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen





Wo die Bundesrepublik Deutschland geboren wurde: Bonns „Museum Koenig"

Giraffen lauschten Beethovens Neunter

Der erste Bundeskanzler der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, hatte in der Ornithologischen Bibliothek im ersten Obergeschoß des Bonner „Museum Koenig" einige Monate lang sein erstes Büro. In der Fernsehsendung heute abend spielt der jetzt in „Adenauersaal" umbenannte Raum auch eine Rolle.

1948 hatte sich im Museum König der Parlamentarische Rat, also der Vorläufer des Parlaments, zu seiner Eröffnungsveranstaltung versammelt. Und hier fanden auch die ersten Kabinettssitzungen der neuen Regierung statt. Das Museum hat auch noch andere Bezüge zur Bundesrepublik Deutschland und ihren obersten Repräsentanten. Die aus Rußland rückgewanderte, aus Thüringen stammende Familie Leopold Koenig mit den Söhnen Alexander und Friedrich hatte sich in Bonn jenes prachtvolle Gebäude am Rhein errichtet, das heute als „Villa Hammerschmidt" Sitz des Bundespräsidenten ist.

Alexander Koenig als Erbe eines gewaltigen Vermögens und als begeisterter Zoologe legte im Jahre 1912 auf der anderen Straßenseite des heute „Adenauerallee" heißenden Straßenzuges parallel zum Strom den Grundstein für das Museum zur Aufnahme seiner naturhistorischen und naturkundlichen Sammlungen. Weil die Inflation seinen Reichtum zusammenschmelzen ließ, konnte der mit allen Merkmalen wilhelmischen Repräsentationsstils errichtete Bau aber erst 22 Jahre später eröffnet werden.

1929 hatte Koenig, der 1940 starb, seinen Besitz, den er nicht mehr erhalten konnte, dem Deutschen Reich übereignet. Europäischen Rang hatte das Museum schon zu diesem Zeitpunkt. Die wissenschaftlichen Sammlungen, so der jetzige Museumsdirektor Professor Günter Nobis, sind damals wie heute „Grundlage jeder systematisch-taxonomischen Forschung", also der Einordnung der Lebewesen in ein biologisches System.

Vor diesem Hintergrund wird von den Moderatoren Friedrich Nowottny und Walter Erasmy als prominentester Gast der Sendung Bundespräsident Richard von Weizsäcker vorgeführt; Professor Nobis wird über die aktuellen Schwerpunkte des Museums sprechen. Drehorte für die Sendung sind unter anderem die Kolibri- und die Schmetterlingsabteilung mit einführenden Worten der jeweiligen Leiter Dieter Stüning und Karl-Ludwig Schuchmann.

Mittwochs im III.: Live aus Bonn – III. Gemeinschaftsprogramm der Nordkette, 20.15 Uhr

Da viel historisches Filmmaterial verwendet wird, ist zu erwarten, daß man dabei auch des ersten Beethoven-Festes nach 1945 gedenkt, das mangels einer anderen repräsentativen Halle in Bonn auch in diesem Bau stattfand. Nur für ausländische Besucher war es dabei erstaunlich, daß die meisten Besucher der Konzerte ohne Sitzgelegenheit waren und daß man sich, anders als bei den Sitzungen des Parlamentarischen Rates, keine Mühe gegeben hatte, Giraffen und andere ausgestopfte Großtiere in der Haupthalle zum festlichen Ereignis abzudecken.

Zahlreiche Wissenschaftler aus allen Teilen Deutschlands waren nach dem Kriege in diesen nahezu unbeschädigten Bau und seine Labors und Ateliers gekommen, um hier zu arbeiten. Die in den letzten Jahren immer weiter ausgebauten Sammlungen bestehen heute aus nahezu 170 000 Wirbeltieren und 550 Typusexemplaren. Sie spielen, so Direktor Nobis, bei der eindeutigen Definierung von Arten und Unterarten von Tieren eine wichtige Rolle.

Da Alexander Koenig sein Haus noch so aufbaute, wie eben damals Museen aufgebaut wurden, waren bis vor einigen Jahren die Räume und die Glasschränke von oben bis unten zugestopft mit Objekten aller Art. Nobis: „Für Koenig galt der Satz aus Schillers Sprüchen des Konfuzius: 'Nur die Fülle schafft Klarheit'." Für Wissenschaftler war diese Anordnung wunderbar, für Besucher weniger. Die Schausammlungen wurden, bei aller Verehrung für den Stifter, nach sachlichen und ästhetischen Gesichtspunkten neu gestaltet – eine Tat, die dem „Museum Koenig" oft Massenbesuch bringt.

Für viele Bonn-Besucher ist das jetzt geradezu spannend auf- und ausgebaute Haus Erholungsort nach einem anstrengenden Vormittag im politischen Bonn mit Plenarsaalbesuch und Vortrag des jeweiligen Bundestagsabgeordneten. Zusätzliche Attraktion ist schon seit längerer Zeit die Tatsache, daß in diesen Räumen die Bundesrepublik Deutschland geboren wurde. Daran erinnert im Lichthof eine Bronzetafel, deren Aufschrift auch darauf hinweist, daß der von den Landesparlamenten gewählte Parlamentarische Rat das Grundgesetz für die Bundesrepublik geschaffen hat, das am 23. Mai 1949 verkündet wurde.

Die Sendung „Mittwochs in ..." wird, so sagen ihre Macher, genug Unterhaltung einstreuen, um der Geschichtsstunde, wenn es denn eine werden sollte, ganz besonderen Charakter zu geben.

EBERHARD NITSCHKE

KRITIK

Gehetzt vom Jogging zum Aerobic

Eins jedenfalls ist beständig in unserer hektischen Gesellschaft des In und Out: die Klage über sie. Und wenn die uns, wie jetzt von Werner Hildenbrand angestimmt, immerhin mit ein wenig Pfiff und sanftem Witz daherkommt – **Ex und hopp** (ZDF) –, mögen wir ihr auch zum xten Mal verzeihen, daß sie uns kaum etwas bringt.

Wohl wahr: Da sorgt eine hochtourige Kulturindustrie für immer neue Bedürfnisse in immer rascherem Wechsel. Oft artet das in schwindelerregenden Unfug aus, aber einer gediegenen Untersuchung stünde es durchaus an, auch die andere Seite der Medaille nicht zu übersehen: Immerhin bringen die wahnwitzig sich überbietenden Phantasieausgeburten Farbe, Spannung und Pioniertum in unsere Welt.

Leider aber müssen wir auch hier schon wieder das alte Klagelied von der „Bedürfnisweckung" hören – im Kontrast zur bloßen „Bedürfnisbefriedigung". Doch wer weiß schon etwas von den eigentlichen Bedürfnissen der (gar nicht gleichen) Menschen, und welch tristes Lebenseinerlei haben die Bedürfnisbefriediger der Planwirtschaften ihren Bürgern beschert?

Übrigens könnten unsere Fernsehphilosophen das Problem zur Abwechslung auch einmal andersrum sehen: Produktion und Werbung, gewiß, machen manchen Konsumenten zum Modegehetzten. Aber sie vermögen das nur, weil sich eben so viele allzugern hetzen lassen, vom Jogging zum Aerobic, vom Aerobic zum Stretch. Warum das aber so ist – das liegt ein paar Schichten tiefer, die Hildenbrand nur flüchtig berührte.

MARIUS PERMANN




ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Wie im Paradies
11.55 Umschau
12.10 Report
Moderation: Franz Alt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Der stumme Diener
Puppenspiel der Kleinen Bühne
Nach einem litauischen Märchen
15.30 Der Spatz vom Wallrafplatz
Kleine Geschichten aus einer großen Stadt
16.00 Tagesschau
16.10 Hinter jedem Fall ein Mensch
Porträt eines Würzburger Arbeitsrichters
Film von Lucas Maria Böhmer
16.55 Die rote Zora und ihre Bande
10. Teil: Unverhoffter Reichtum
17.25 Doctor Snuggles
Die gefährliche Pandorium-Kiste
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Kornelia
Fernsehspiel von Wilm ten Haaf
Nach dem Bühnenstück „Clic-Clac" von Jaroslaw Abramow-Newerly
Mit Ruth Maria Kubitschek u. a.
Kornelia lädt ihre drei Ex-Ehemänner zu sich ein, wobei keiner vom Kommen der anderen beiden weiß. Schon bald beginnen sich die ehemaligen Gatten zu attackieren, um sich schließlich gegen ihre Gastgeberin zu verbrüdern, die sie wie Marionetten behandelt hat.
21.35 Brennpunkt
Geht das Wetter baden?
Live-Diskussion mit Meteorologen, Wetterfröschen, Wetterpropheten und Klimaforschern
22.30 Tagesthemen
23.00 Quincy
Ein Fall von Fahrerflucht
23.45 Das Schloß der George Sand
Besuch in Nohant
0.15 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.03 *Wie sechs Finger an der Hand*
15.25 Trickbonbons
15.40 Ferienkalender
15.50 Madita
16.20 Lassies Abenteuer
In Handford's Point
16.45 Breakdance
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Schöne Grüße ...
Beobachtungen in einer kleinen *Stadt*
18.10 Der lange Treck
Konkurrenten
19.00 heute
19.20 Maria im Rosenhag
Film zu Mariä Himmelfahrt
19.30 Direkt
Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
20.15 Kennzeichen D
Im Osten was Neues? – Moskau und die beiden deutschen Staaten: *Klaus Bölling analysiert die* Ost-West-Beziehungen / Derzeit „unerwünscht" – Einreiseverweigerungen in die „DDR" / Zur Zeit ohne Beschäftigung ... – Über Arbeitslose in der „DDR"
Moderation: Joachim Jauer
21.00 Die 2
Drei Meilen bis Mitternacht
21.45 heute-journal
22.05 Mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.10 Spaß, Spiel, Sport und Spuk
Männer ohne Nerven
Bericht von Peter von Zahn
22.40 Das kleine Fernsehspiel
Mein Freund Ralf
Ein Film von Axel Brandt und Thomas Tanner
0.20 heute



Kornelia (Ruth Maria Kubitschek) hat ihre ehemaligen Ehemänner eingeladen. Einer von ihnen ist Gregor (Hans Caninenberg) (Kornelia – ARD, 20.15 Uhr) FOTO: FELICITAS TIMPE

III.

WEST
17.30 Schulfernsehen
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
Mit Larry Semon
19.00 Markt der Ideen
Rund ums Fahrrad
Fahrradfahren ist gesund, preiswert, umweltfreundlich und energiesparend.

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Live aus Bonn
Heute aus dem Naturkunde-Museum Alexander Koenig
Für Unterhaltung sorgen die *schwedische Sängerin Siw Inger* und die Pop-Gruppe „Made in Germany".
21.45 Neues vom Kleidermarkt
Antonia Hilke berichtet über die Mode für Herbst und Winter
22.30 Antoine und Antoinette
Französischer Spielfilm (1947)
Regie: Jacques Becker
Antoine arbeitet in einer Druckerei. Antoinette ist Verkäuferin in einem Warenhaus. Die beiden sind verheiratet. Was nun ihr „normales" Leben durcheinanderbringt, ist ein Los der Lotterie, auf das ein großer Gewinn fällt.
0.00 *Letzte Nachrichten*

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber (4)
Ein Jugendmagazin
20.15 Wanderungen durch die DDR
21.00 Das Geheimnis des steinernen Monsters
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Regie: John Sherwood
In der Umgebung der kleinen Stadt San Angelo sterben nach einem Meteoriten-Aufprall einige Menschen, die die schwarzen Gesteinsplitter angefaßt hatten ...
22.15 Jack Arnold erzählt (6)
22.30 Die Internationale (2)
Die Komintern
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Es ist angerichtet (2)
19.30 Christians Wanderbrettl
20.00 Ein Herz und eine Seele
20.45 Wallfahrten in Europa
21.30 Rundschau
21.45 Giganten der Geschwindigkeit
22.45 Z. E. N.
22.50 Kunst ist so gut wie Religion
23.55 Rundschau

OLYMPIA / Letzte Pressekonferenz der Spiele in Los Angeles von Juan Antonio Samaranch

Präsident überzeugt: 1988 alle Länder dabei

DW. Los Angeles

Keine Zweifel an der Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul ließ Juan Antonio Samaranch, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), auf seiner letzten Pressekonferenz in Los Angeles. Der Spanier erklärte: „Das Internationale Olympische Komitee hat einen Vertrag mit Südkorea, und dieser wird auch eingehalten."

Von der Verlegung der Spiele in ein anderes Land im Fall eines erneuten sowjetischen Boykotts könne keine Rede sein. Samaranch: „Ich habe die gleiche Haltung eingenommen, als die Vereinigten Staaten die Spiele von 1980 in Moskau boykottierten. Damals wurden wir von der US-Regierung gebeten, diese Spiele abzusagen. Wir haben uns geweigert." Außerdem gab sich der Präsident überzeugt, daß 1988 wieder alle Länder an den Spielen teilnehmen werden.

Auf der Pressekonferenz kündigte der Präsident an, daß er Anfang September nach Moskau reisen will, um mit sowjetischen Funktionären über die Aussichten für die nächsten Spiele 1988 in Seoul zu sprechen. Anlaß des Besuchs ist die Sitzung der IOC-Kommission olympische Solidarität. Am 29. September nimmt der 64 Jahre alte Spanier in Seoul an der offiziellen Eröffnung des neuen Olympiastadions teil.

„Nach diesen Spielen ist das IOC stärker als jemals zuvor", meinte Samaranch. Die olympische Bewegung sei weit davon entfernt, gefährdet zu sein. Dies habe die Teilnahme von insgesamt 140 Ländern, was ein olympischer Rekord bedeute, eindeutig bewiesen. Die Haltung der Länder, die keine diplomatischen Beziehungen mit Südkorea unterhalten, könnten bei kommenden internationalen Veranstaltungen in Seoul getestet werden, sagte der IOC-Präsident. So finden die Judo-Weltmeisterschaften 1985 in der nächsten Olympiastadt statt. Samaranch: „Ich hoffe, daß die UdSSR und auch die anderen Länder, die nicht in Los Angeles angetreten sind, daran teilnehmen."

Auf die Frage, ob Olympiaboykott künftig mit Olympia-Ausschlüssen bestraft werden solle, verwies Samaranch auf die Sondervollversammlung Anfang Dezember in Lausanne: „Dort werden wir darüber zu befinden haben." Er selbst habe aber inzwischen nach eigenen Worten „Bedenken" bekommen. Er sagte: „Wir möchten eine Situation vermeiden, in der als erste die Sportler getroffen würden. Wir möchten ja nicht die Sportler bestrafen. Wir sollten überzeugen, nicht bestrafen."



US-Präsident Ronald Reagan hatte die 174 amerikanischen Medaillengewinner eingeladen. Besonders angetan war der Präsident von der Turnkönigin Mary Lou Retton, die ihm sogar in die Anzugjacke half FOTO: AP

Olympia-Ausklang: Morddrohungen gegen Budd, Bombenanschlag und Reagans Lob

„Helden" nannte der amerikanische Präsident Ronald Reagan die Medaillengewinner der USA und fügte hinzu, jeder habe einen lebendigen Beweis dafür gebracht, was passiere, „wenn Amerika sich hohe Ziele steckt". Auf einem Empfang in Los Angeles für die 174 Medaillengewinner seines Landes beteuerte der Präsident, er sei auch von den Sportlern anderer Länder „beeindruckt" gewesen. Besonders fasziniert hatte Ronald Reagan die Marathonläuferin Gabriela Andersen-Schieß. „Einer der wirklich unauslöschlichen Eindrücke der Spiele war die Leistung der Schweizerin, die betäubt und ausgelaugt einlief, sich weigerte aufzugeben, die weiterdrängte, selbst als all ihre Stärke verloren war, die einfach die letzten Reserven sammelte und die Ziellinie passierte. Sie war wirklich heroisch", erklärte er. Auf den Boykott fast des gesamten Ostblocks anspielend sagte der Präsident, die einzigen Verlierer seien die gewesen, „die nicht gekommen waren oder nicht kommen konnten". Nach Darstellung sowjetischer Zeitungen werden die Spiele von Los Angeles als die „skandalösesten" in die Annalen der Olympiageschichte morderner Zeitrechnung eingehen. Die Sportzeitung „Sowjetski Sport" beklagte, daß die Spiele in eine „Vorwahl-Show des amerikanischen Präsidenten" umfunktioniert worden und die olympischen Ideale auf der Strecke geblieben seien.

Anschlag: Die türkische Olympiamannschaft ist auf dem Flughafen von Los Angeles nur knapp einem Bombenanschlag entgangen. Der Sprengkörper wurde noch vor dem Zündzeitpunkt von einem Beamten entdeckt. Die Zeitbombe war nahe am linken Vorderreifen eines der drei Busse angebracht, mit denen die türkische Mannschaft zum Flughafen befördert worden war. Bei einem Kontrollgang zwischen den Abfertigungsgebäuden fiel dem 40 Jahre alten Polizisten Jim Pearson bei dem abgestellten Bus ein Ticken auf. Bei näherer Untersuchung entdeckte er nahe dem Radkasten einen zylindrischen Gegenstand. Die Bombe wurde von Sicherheitsbeamten entschärft. Hinter dem mißglückten Anschlag wird die Geheimarmee zur Befreiung Armeniens vermutet.

Lewis-Buch: Nur sechs Tage nach dem Gewinn der vierten Goldmedaille durch den Amerikaner Carl Lewis kann man die sportlichen Großtaten des 23 Jahre alten Leichtathleten bereits in einem Buch nachlesen. Unter dem Titel „Carl! Die Geschichte eines amerikanischen Helden" kommen 250 000 Exemplare des Werks von Sportjournalist John Devaney bereits am Freitag in die Buchläden der USA.

Doping: Dem Finnen Martti Vainio, dem die Einahme verbotener Substanzen nachgewiesen worden war, wurde die Silbermedaille für den zweiten Platz im 10 000-m-Lauf aberkannt. Die Zahl der Dopingfälle bei den Spielen erhöhte sich damit auf sieben. Nach Angaben von Prinz de Merode, dem Vorsitzenden der medizinischen Kommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), sind allerdings noch weitere Fälle zu erwarten. Diese würden allerdings erst am 6. November auf der nächsten Sitzung des IOC-Exekutivkomitees in Mexiko bekanntgegeben.

Anstellungen: Die Goldmedaille im Diskuswerfen beschert dem noch arbeitslosen Lehrer Rolf Danneberg möglicherweise eine Anstellung. Hamburgs Schulsenator Joist Grolle stellte dem 31 Jahre alten Leichtathleten eine Referendariatsstelle in den Fächern Sport und Sozialkunde in Aussicht: „Aufgrund der zum nächsten Einstellungstermin zu erwartenden Bewerbersituation hat er eine gute Chance, in den Vorbereitungsdienst aufgenommen zu werden." Dagegen bleiben die beruflichen Probleme von Cornelia Hanisch nach ihrem Olympiasieg mit der Florett-Mannschaft bestehen. Die 31 Jahre alte Fechterin, die seit zwei Jahren auf ihre Anstellung als verbeamtete Lehrerin wartet, wird auch künftig mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag an einer Berufsschule in Offenbach zufrieden sein müssen. Auf Anfrage teilte ein Sprecher des hessischen Kultusministeriums mit, es gebe keinen Grund, bei Cornelia Hanisch eine Ausnahme zu machen.

Morddrohungen: Die britische Langstreckenläuferin Zola Budd wurde bei ihrer Ankunft auf dem Londoner Flughafen Heathrow unter Polizeischutz gestellt, weil Morddrohungen gegen sie eingegangen waren. Nach Angaben der Londoner Polizei kämen diese aus den USA und müßten sehr ernst genommen werden. Die frühere Südafrikanerin war zwar beim Finale über 3000 Meter an dem Sturz der großen Favoritin Mary Decker (USA) beteiligt, hatte ihn aber nicht verschuldet.

Qualifikation: Das Technische Komitee des Internationalen Wasserball-Verbandes hat in Los Angeles beschlossen, daß sich Europameister UdSSR für die Weltmeisterschaft 1986 in Madrid qualifizieren muß. Startberechtigt sind bisher nur die ersten elf des olympischen Turniers, darunter auch Bronzemedaillengewinner Deutschland.

NACHRICHTEN

Kindermann fällt aus

Braunschweig (dpa) – Trainer Aleksander Ristic von Eintracht Braunschweig muß den Saison-Start am 25. August in der Fußball-Bundesliga ohne Reinhard Kindermann planen. Der Mittelfeldspieler zog sich einen Bänderriß im linken Fußknöchel zu. Er muß voraussichtlich vier Wochen pausieren.

Neue Regelung

Sofia (sid) – Mit einer im Fußball einmaligen Maßnahme will der bulgarische Verband den Offensiv-Fußball fördern. Mit Beginn der neuen Saison gibt es für ein torloses Unentschieden keine Punkte mehr. Zu den ersten Opfern zählte am ersten Spieltag der Meister Levsky Spartak Sofia (erster Gegner im Europapokal von Meister VfB Stuttgart), der beim Aufsteiger Minuer Pernik nicht über ein 0:0 hinauskam.

Dörner ausgezeichnet

Berlin (dpa) – Hans-Jürgen Dörner, Mannschaftsführer des „DDR"-Vizemeisters und Pokalsiegers Dynamo Dresden, wurde in einer Journalisten-Umfrage der „DDR"-Zeitung „Neue Fußball Woche" zum „DDR-Fußballer des Jahres" gewählt. Hans-Jürgen Dörner wurde 1977 schon einmal zum Spieler des Jahres ausgezeichnet.

Gomez hinter Connors

Düsseldorf (sid) – Durch seinen Sieg bei den US-Aschenplatz-Meisterschaften in Indianapolis ist Andres Gomez (Ekuador) in der Tennis-Grand-Prix-Wertung 1984 mit 1 600 Punkten dem drittplazierten Amerikaner Jimmy Connors (1 653) weiter nähergerückt. Es führt Wimbledonsieger John McEnroe (USA) mit 1 980 Punkten vor dem Tschechoslowaken Ivan Lendl (1 682).

Offenbach: Punkte-Abzug

Offenbach (dpa) – Bundesliga-Absteiger Kickers Offenbach startet mit zwei Minuspunkten in die Zweitliga-Saison. Der Kontroll-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) hatte diese Strafe gefordert oder alternativ 100 000 Mark Geldstrafe, weil der für die abgelaufene Saison genehmigte Etat nach der Lizenzerteilung um 596 000 Mark überschritten worden und die Schulden auf über fünf Millionen Mark angewachsen waren. Die Offenbacher entschieden sich dafür, den Punkte-Abzug zu akzeptieren.

Schwaier in Form

Toronto (sid) – der 20 Jahre alte Münchner Hansjörg Schwaier bestätigte auch bei den mit 300 000 Dollar dotierten Internationalen Tennismeisterschaften von Kanada in Toronto seine derzeit gute Form. Der deutsche Ranglisten-Vierte bezwang in der ersten Runde den langen Texaner Steve Denton sicher mit 6:4, 7:6.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Kanada in Toronto, erste Runde, Herren: Schwaier (Deutschland) – Denton (USA) 6:4, 7:6. – **Grand-Prix-Turnier in Columbus (Ohio), erste Runde, Herren:** Pfister (USA) – Bauer (Deutschland) 6:4, 6:4. – **Damenturnier in Mahwah (New Jersey), erste Runde:** Hanika (Deutschland) – Nagelsen (USA) 6:1, 6:4.

SEGELN

O-Jollen-Meisterschaft auf dem Ammersee vor Herrsching, vorletzte Wettfahrt: 1. Franzmann (Essen), 2. Görzig (Berlin), 3. Heller (Schweiz) – Gesamtstand nach fünf Wettfahrten: 1. Franzmann 9,6 Punkte, 2. Holzbauer (Iserlohn) 13,6, 3. Bauer (Augsburg) 15,6.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 101 433,30 Mark, 2. 72 462,70, 3. 4293,50, 4. 85,00, 5. 7,70. – „**6 aus 45**": Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 342 544,55, 2. 57 956,80, 3. 7903,20, 4. 112,00, 5. 8,80. – **Elferwette:** Klasse 1: 45 407,40, 2. 679,40, 3. 56,50. – **Rennquintett, Rennen A:** Klasse 1: 38,10, 2. 16,70. **Rennen B:** 1. 1188,80, 2. 163,90, Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot: 354 917,20. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / 18 Trainer tippen den Meister

Die meisten glauben, daß Stuttgart den Titel verteidigt

dpa, Hamburg

Der VfB Stuttgart wird auch im kommenden Jahr Deutscher Fußballmeister, der Hamburger SV und Bayern München spielen oben mit, und ein Hecht im Karpfenteich, der in die Phalanx der großen drei eindringen könnte, ist vor dem Start der ersten Bundesliga am 24./25. August nicht zu sehen. So jedenfalls lassen sich die Vorhersagen der 18 Trainer zusammenfassen, die mit ihren Mannschaften um den Titel spielen.

Dem VfB Stuttgart trauen 16 Trainer die Titelverteidigung zu. Nur zwei scherten aus: Bochums Rolf Schafstall setzt auf den HSV, und Klaus Schlappner tippt Bayern München als neuen Meister. Dreimal wurden Leverkusen Außenseiterchancen eingeräumt. Die Stimmen im einzelnen:

Helmut Benthaus (Stuttgart): „Ich glaube nicht an Verschiebungen der letztjährigen Konstellation. Eventuell kommen noch Köln und Leverkusen hinzu."

Ernst Happel (Hamburg): „Es wird an der Spitze alles ziemlich beim alten bleiben."

Udo Lattek (München): „Ich lege mich nicht fest, gehe aber davon aus, daß die Meisterschaft von den Teams unter sich ausgemacht wird, die auch in der vergangenen Saison vorne waren. Als Gejagter wird es der VfB Stuttgart schwer haben."

Jupp Heynckes (Mönchengladbach): „Wieder Dreikampf zwischen Stuttgart, Bayern und HSV. Dies wird auch die Reihenfolge des Einlaufs sein. Unser Ziel ist erneut ein Platz im UEFA-Cup."

Otto Rehhagel (Bremen): „Warum nicht wieder VfB Stuttgart? Ich rechne stark mit dem Meister, weil er am ausgeglichensten besetzt ist."

Hannes Löhr (Köln): „Normalerweise muß einer des Trios Stuttgart, Bayern, HSV Meister werden. Wir selbst dürften nicht weit dahinter liegen."

Dettmar Cramer (Leverkusen): „Meister wird einer der großen drei."

Timo Konietzka (Dortmund): „Die Spitzenvereine der letzten Saison machen den Titel wieder unter sich aus. Die größere Ausgeglichenheit könnte wieder für Stuttgart sprechen."

Karl-Heinz Feldkamp (Uerdingen): „Stuttgart ist mein Favorit. Der Meister hat sich durch den Belgier Claesen noch verstärkt. Trainer Benthaus wird es schaffen, seine Spieler wieder bei Null beginnen zu lassen und sie zu motivieren."

Willibert Kremer (Düsseldorf): „Meine Favoriten heißen HSV und Stuttgart. Außenseiterchancen sehe ich für München und Leverkusen."

Rolf Schafstall (Bochum): „Ich tippe auf den HSV – der ist wieder dran. Stuttgart wird der ärgste Konkurrent sein."

Manfred Krafft (Kaiserslautern): „VfB Stuttgart und HSV werden wieder ganz oben stehen. Die Stuttgarter erscheinen mir noch etwas stärker als im vergangenen Jahr, der HSV hat mit McGhee wieder einen Torjäger."

Dietrich Weise (Frankfurt): „Stuttgart, HSV und Bayern haben die besten Chancen."

Klaus Schlappner (Mannheim): „Nicht leicht zu sagen. Aber bitte: 1. Bayern, 2. Stuttgart."

Aleksandar Ristic (Braunschweig): „Favoriten sind wieder Stuttgart, Hamburg und München. Kleine Vorteile für den Titelverteidiger."

Gerd Roggensack (Bielefeld): „Stuttgart ist Favorit. Neben Hamburg und München könnte Köln das Zünglein an der Waage spielen."

Diethelm Ferner (Schalke): „Meine Favoriten sind in der Reihenfolge Stuttgart, HSV und Bayern. Vielleicht stößt auch Werder hinzu."

Werner Olk (Karlsruhe): „Der alte kann auch der neue Meister sein. Größte Konkurrenten HSV und Bayern, wobei die Münchner in Abwehr und Mittelfeld jetzt stärker einzuschätzen sind. Außenseiterchance für Leverkusen."

Stoltenberg beharrt auf Stufenplan

● Fortsetzung von Seite 1

zwischen drei und 3,5 Prozent und angesichts einer seit den sechziger Jahren nicht mehr erreichten Preisstabilität ergebe sich 1984 „für die meisten Mitbürger ein klarer Zuwachs der Reallöhne und Realeinkommen", betonte er.

Trotz der Konsolidierungserfolge sei „die Neuverschuldung nach wie vor viel zu hoch". Die überhöhte Kreditaufnahme früherer Jahre führe zumindest bis 1988 noch zu einem weit überdurchschnittlichen Anstieg der Zinsausgaben. Diese seien von 1969 bis 1984 von 2,2 auf 28,7 Milliarden oder von 2,7 auf 11,2 Prozent der Bundesausgaben gestiegen. Bis 1988 wird mit einer weiteren Zunahme auf 37,6 Milliarden oder 13 Prozent der vorgesehenen Gesamtausgaben gerechnet. „Von den rund drei Prozent, die die Bundesausgaben ab 1986 im Durchschnitt steigen sollen, bleiben nur zwei Prozent zur Erfüllung der eigentlichen Staatsaufgaben; ein Prozent brauchen wir für die steigende Zinslast", erklärte Stoltenberg.

Während die Nettokreditaufnahme, also der Schuldenzuwachs, in den nächsten Jahren zurückgehe (1984 auf unter 30 Milliarden), steige die Bruttokreditaufnahme, also die Summe aus Neuverschuldung und Anschlußfinanzierung für fällige Altschulden, weiter an: von 1984 bis 1986 von rund 77 auf 89 Milliarden Mark.

Das Zahlenbild der Neuverschuldung zum Beispiel für 1984 sei „zu günstig, weil ein sehr hoher Bundesbankgewinn den Etat um 11,4 Milliarden Mark entlastet". In der Mittelfristigen Finanzplanung ist für 1988 noch eine Neuverschuldung von 22,4 Milliarden bei einem unterstellten Bundesbankgewinn von rund fünf Milliarden Mark angesetzt. „Wirklich zufrieden können wir erst sein, wenn die Neuverschuldung ohne Berücksichtigung des Bundesbankgewinns deutlich unter 20 Milliarden Mark" (also unter einem Prozent des Bruttosozialprodukts) liege, präzisierte Stoltenberg seine Zielsetzung, die er allerdings erst in der nächsten Legislaturperiode für erreichbar hält.

Dazu müßten auch die Subventionen weiter abgebaut werden („ein wichtiges Ziel unserer Politik"). Die Finanzhilfen des Bundes gingen 1985 um 776 Millionen auf etwa 13,5 Milliarden Mark zurück.

Geht Khomeini jetzt auf programmatischen Kurs?

Westliche Diplomaten verweisen auf Absage an Terrorakte

BERNT CONRAD, **Bonn**

Der iranische Revolutionsführer Khomeini hat in einem offensichtlich tiefgehenden inneren Meinungsstreit für den gemäßigten Flügel in der Teheraner Führung Partei ergriffen und sich scharf gegen Übergriffe der radikalen Revolutionsgarden (Pasdaran) gewandt. Westliche Diplomaten sehen darin die autoritative „Absegnung" eines neuen, in pragmatische Richtung gehenden Abschnitts der iranischen Entwicklung.

Khomeinis aufsehenerregender Auftritt vor Kabinettsmitgliedern und Parlamentariern in der vergangenen Woche (s. WELT v. 10. 8. 84), dessen Einzelheiten erst jetzt im Westen bekanntgeworden sind, galt der Verurteilung terroristischer Aktionen. Dabei lehnte der „Gründer der Islamischen Republik Iran" für Terrorakte der jüngsten Zeit, insbesondere die Verminung des Roten Meeres, ausdrücklich jede Verantwortung ab.

Rundfunk getadelt

Er tadelte die Redakteure des staatlichen Rundfunks, deren „Geschwätz" (nämlich die Lobsprüche für die Minenleger) der Propaganda gegen die Islamische Republik Vorschub leisteten.

Khomeini ermahnte das Parlament und die Regierung, ihre für die islamische Sache schädlichen Streitigkeiten zu beenden. Sein härtester Ausfall galt dem Pasdaran-Korps, das sich gefälligst auf die ihm zugewiesene Rolle beschränken und sich nicht in die Politik einmischen solle.

Das Machtwort des Revolutionsführers war nach Ansicht von Beobachtern in Teheran notwendig geworden, nachdem Gegner des Regierungskurses, die offensichtlich bei den Revolutionsgarden und im niederen Klerus zu suchen sind, immer massiver werdende Störaktionen unternommen hatten. Dazu gehörten auch die gewalttätigen Ausschreitungen gegen nur unvollständig verschleierte Frauen durch „islamische" Rowdies auf Motorrädern. Die Regierung hatte große Schwierigkeiten, die Ordnung wiederherzustellen, ohne sich dem Vorwurf unislamischen Verhaltens auszusetzen.

In der iranischen Hauptstadt geht man davon aus, daß die Pasdaran oder zumindest Teile von ihnen auch an der Entführung einer Air-France-Maschine nach Teheran beteiligt waren und diesen Akt der Luftpiraterie möglicherweise sogar inszenierten, um der Regierungspolitik einer Öffnung nach Westen einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Deshalb wurden die betroffenen westlichen Botschaften in Teheran während der Vorgänge auch völlig im dunkeln gelassen. Anscheinend mußte der iranische Krisenstab in schwierigen Auseinandersetzungen mit den Gegnern der Regierung einen Kompromiß durchsetzen, der eine friedliche Lösung ermöglichte, gleichzeitig aber eine offene Bloßstellung der Organisatoren der Entführung vermied.

Das Gleiche gilt für die amtliche iranische Zurückweisung des Vorwurfs einer Verminung des Roten Meeres und die scharfe Zurechtweisung der mit solchen Akten sympatisierenden Journalisten. Angesichts des Bannstrahls Khomeinis kann es nach Auffassung westlicher Diplomaten sogar gleichgültig sein, ob die Minenleger von der Regierung unkontrollierte Iraner waren oder ob es sich um ein libysches Unternehmen gehandelt hat.

Machtwort gesprochen

Der iranische Revolutionsführer hatte ähnliche Grundsatzerklärungen schon früher in wichtigen Phasen der Entwicklung seines Regimes abgegeben:

● Als er die Besetzung der amerikanischen Botschaft nach anfänglichem Zögern billigte und sich damit hinter die radikalen Gegner des liberalen Ministerpräsidenten Bazargan stellte.

● Als er mehr als ein Jahr später das Signal zur Beendigung der Geiselaffäre gab.

● Als er im Sommer 1981 Bani Sadr fallenließ.

● Als er im Dezember 1982 durch ein Acht-Punkte-Dekret im Interesse der wirtschaftlichen Erholung des Landes die Aussöhnung mit der technischen Intelligenz einleitete.

In den Fällen der Botschaftsbesetzung und des Sturzes von Bani Sadr hatte Khomeini den gewalttätigen und scharf anti-westlichen Kräften nachgegeben. In den beiden anderen Fällen und vor allem mit seinem jüngsten Machtwort hat er sich den Radikalen entgegengestellt.

Estland: Flucht nach KP-Offensive

Prominenter kommunistischer Politiker und seine Frau bitten in Schweden um Asyl

R. GATERMANN, **Stockholm**

Den offiziellen Besuch einer estnischen Delegation in der südostfinnischen Hafenstadt Kotka benutzten der 26jährige frühere stellvertretende Justizminister von Estland, Valdo Randpere, und seine 23jährige Frau, die Popsängerin Leila Miller, zur Flucht nach Schweden. Das Paar mußte jedoch seine zweijährige Tochter in Estland zurücklassen. Die Flucht begann in der vergangenen Woche, als sich das Paar in Katoka absetzte, sich zunächst unbemerkt nach Helsinki begab und auf das Schiff nach Stockholm ging. Erst dort meldete es sich bei der Polizei und bat um Asyl.

Als Grund für die Flucht hat das Ehepaar nach Angaben der schwedischen Zeitung „Svenska Dagbladet" eine „neue Offensive" der sowjetischen Behörden gegen jeden Ausdruck estnischen Nationalgefühls angeführt. Nach Angaben der Flüchtlinge werden estnische Dissidenten und Nationalisten seither verstärkt verfolgt. Erst kürzlich war die estnische KP aufgefordert worden, den Esten unmißverständlich klarzumachen, daß die Geschichte ihres Volkes nicht von der Entwicklung dieses sowjetischen Staates zu trennen ist. Seit dem Start dieser Kampagne sei es täglich zu Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und anderen Schikanen gegen oppositionelle und nationalistische Esten gekommen.

Die schwedischen Behörden haben die Namen der geflüchteten Esten bisher nicht bestätigt. Randpere und seine Frau befinden sich noch in Gewahrsam der Sicherheitspolizei in Stockholm. Die Verhöre sollen bis Freitag abgeschlossen werden. Danach wird das Einwanderungsamt über den Asylantrag der Flüchtlinge entscheiden.

Immer mehr politische Flüchtlinge aus der Sowjetunion benutzen Finnland nur noch als Transitland, weil die finnischen Behörden in der Vergangenheit fast immer die Asylanten in die Sowjetunion zurückschickten. In Helsinki wird zwar von offizieller Seite bestritten, daß es mit Moskau eine Auslieferungsvereinbarung gibt. Dennoch scheint es sich – vor allem im Baltikum – herumgesprochen zu haben, daß es am sichersten ist, unerkannt durch Finnland entweder nach Schweden oder in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Schweden hat seit 1946 keinen sowjetischen Flüchtling abgewiesen.

Im Juni war bereits vier estnischen Sportlern die Flucht in einem Schlauchboot nach Finnland geglückt. Von dort gingen sie zu Fuß nach Helsinki und fuhren dann mit dem Zug nach Norden, wo sie unerkannt die Grenze nach Schweden passierten. Vor ein paar Wochen kam ein Lette mit einem Schlauchboot direkt über die Ostsee nach Schweden.

Rom befürchtet Schwierigkeiten mit Teheran

dpa, **Rom**

Nach einem Freispruch und einem relativ milden Urteil im Prozeß um die Entführung eines iranischen „Airbus" nach Rom werden in Italien Schwierigkeiten mit der Regierung in Teheran befürchtet. Denn die Behörden Irans verlangen die Auslieferung des zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilten Hosein Eftekhari und des freigesprochenen Mohsen Rahgosar. Das Strafmaß für den 17jährigen Eftekhari liegt nur sechs Monate über dem gesetzlich vorgeschriebenen Minimum für Flugzeugentführer. Die Höchststrafe beträgt 21 Jahre.

Das Gericht glaubte den Aussagen der beiden Angeklagten, nach denen der 18jährige Rahgosar zunächst nichts von den Entführungsplänen gewußt und zu Beginn der Aktion geschlafen habe. Im Laufe des Prozesses machten beide Iraner deutlich, daß sie entschiedene Gegner des Regimes von Ayatollah Khomeini seien.

An Bord des entführten Flugzeugs befand sich ein vier Monate altes herzkrankes Mädchen, dem Ärzte in Iran nicht helfen konnten. Das Kind wurde inzwischen in Rom operiert und kann in wenigen Tagen das Krankenhaus verlassen.

Position Berlins gefährdet

■ Fortsetzung von Seite 1

relativ bedeutungslos, viel wichtiger sei der derzeit „wirkliche Konflikt" zwischen Moskau und Ost-Berlin, bei dem es sich nicht um „Theater" handele. An der Entschlossenheit Honeckers, seine Linie durchzuhalten, sei nicht zu zweifeln. Wer pessimistische Einschätzungen mit geschichtlichen Parallelen begründen wolle, muß nach Löwenthals Ansicht auch sehen, daß Moskau mißliebige Führungen zum Beispiel in China oder in Jugoslawien nicht habe ersetzen können. Darüber hinaus seien derzeit „die Möglichkeiten der Sowjets noch beschränkter aufgrund ihrer eigenen Führungsprobleme".

Der stellvertretende Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses, der sozialdemokratische Abgeordnete Lothar Löffler, erklärte, der jetzige Zustand Deutschlands sei „nicht auf Dauer angelegt". Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten und ein Besatzungsgebiet sei eine Konstruktion, die dem gegenwärtigen europäischen Gleichgewicht „dienen mag, aber von Dauer kann sie nicht sein", fügte Löffler hinzu. Es bestehe kein Anlaß, von dem Brief zur deutschen Einheit abzurücken, in dem die Bundesregierung beim Abschluß des Grundlagenvertrages mit der „DDR" die Zielsetzung einer freien Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes festgelegt hatte.

Inzwischen hat der SPD-Politiker Bahr versucht, Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit den Aussagen Apels zu identifizieren. Die deutsche Frage, so sagte Bahr, „steht in überschaubarer Zukunft nicht auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Insofern sagt Apel nichts anderes als der Bundespräsident ..." Bahr geht aber nicht auf die Aussage Apels ein, die deutsche Frage sei nicht mehr offen. Vielmehr sagt er, „daß es die Frage gibt, ist im Grundlagenvertrag festgeschrieben". Der Bundespräsident nahm zu den Erklärungen von Bahr nicht Stellung. Er will sich offensichtlich nicht in einen aktuellen Interpretationsstreit begeben. Vielmehr wurde auf die Rede des Staatsoberhauptes bei seiner Amtseinführung am 1. Juli hingewiesen. Dabei hatte von Weizsäcker mehrfach von der „offenen deutschen Frage" gesprochen. Damals sagte der Bundespräsident, die Mauer habe das Ziel, das System drüben zu konsolidieren und die Teilung zu vollziehen, verfehlt. Von Weizsäcker: „Wider Willen ist sie der überzeugende täglich frische Beweis, daß die Frage offen ist, die sie abschließend zu beantworten versuchte."

NATO einig über neues Programm?

rtr, **Brüssel**

Die NATO-Staaten stehen nach Angaben aus Bündniskreisen vor einer Einigung über das lange Zeit umstrittene neue Infrastrukturprogramm. Wie am Dienstag verlautete, wird der mit 7,85 Milliarden Dollar (fast 23 Milliarden Mark) ausgestattete Sechs-Jahres-Plan wahrscheinlich nächsten Monat gebilligt werden. Die Mittel stellen zwar weniger als ein Prozent der westlichen Verteidigungsausgaben dar, doch gilt das Programm als ausschlaggebend dafür, daß im Krisenfall rasch amerikanische und kanadische Verstärkung nach Europa gebracht werden kann. Die Verteidigungsminister der 16-Nationen-Allianz hatten sich im Mai nicht auf die Höhe der Ausgaben einigen können, aber ihren Ressorts Auftrag gegeben, die Meinungsverschiedenheiten bis Mitte August beizulegen.

Belfast: Minister gibt Fehler zu

dpa, **London**

Der britische Nordirland-Minister James Prior hat am Dienstag wegen der schweren Unruhen in Belfast seinen Urlaub abgebrochen und in London erklärt, er übernehme die „volle Verantwortung" für Fehler, die in den letzten Tagen begangen worden seien. Prior hatte bereits angekündigt, daß er bei der im Herbst erwarteten Kabinettsumbildung sein Amt aufgeben wolle. „Im Rückblick" sei es ein Fehler gewesen, gab er zu, dem irisch-stämmigen Amerikaner Martin Galvin den Zutritt zu Nordirland verwehrt und damit einer massiven Polizeiaktion versucht zu haben, ihn in Belfast festzunehmen. Galvin ist einer der Führer der Organisation Noraid, die in den Vereinigten Staaten Geld für republikanische Terroristen-Organisationen in Nordirland sammelt.

Die Polizei in Belfast hatte am Sonntag nach fast übereinstimmender Meinung der britischen Oppositionspolitiker die Nerven verloren, als Galvin plötzlich bei einer republikanischen Kundgebung auftauchte. Beim Versuch, ihn zu verhaften, hatten die Polizisten mit Plastikgeschossen in die demonstrierende Menge geschossen und dabei den 22 Jahre alten Sean Downs getötet. Galvin entkam.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ende des Parteienstaates?

„Den Grünen das Wasser abgraben": WELT vom 14. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

an der vorbezeichneten Stelle zitieren Sie den Ausspruch des FDP-Vorsitzenden Genscher, seine Partei werde „den Grünen das Wasser abgraben, weil die Grünen beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie leugnen". Dieses Zitat gibt zu denken:

Der ethische Tier- und Pflanzenschutz ist selbstlos, also nicht auf einen Nutzen gerichtet. Ökologie kann also nicht als Ziel oder Auftrag begriffen werden, sondern nur als „Allgerechtheit". Sie bedarf nicht etwa des Nutz-Denkens, um erfüllt zu werden, weil sie selbst – eben naturgemäß – das Ganze erfüllt. Ökonomie ist Nutzung, ist auf wirtschaftlichen Erfolg des Menschen gerichtet und widerspricht vom Wesen her der Ökologie.

Wenn Genscher in der üblichen Politiker- und Behördensprache von „Umweltschutz" redet, wird mit diesem Begriff fast ausschließlich die Herabsetzung der Öko-Belastung durch technische Maßnahmen verstanden.

Das reicht aber für das Überleben auf diesem Planeten längst nicht mehr aus. Vielmehr wird sich der Mensch als Teil der Gesamtheit begreifen und sich danach richten müssen. Er darf der übrigen Gemeinschaft nur so wenig entnehmen und zumuten, wie er zur Deckung seines subsistentialen Bedarfs benötigt – und wie dies auch alle übrigen Geschöpfe handhaben.

Eine solche Einstellung ist mit bloß „grüner" Politik nicht abgedeckt. Vielmehr scheint das Schicksal der FDP zu beweisen, daß Ökologie und Liberalismus völlig unvereinbar sind. Nach meiner Überzeugung werden den Weg dieser Partei auch alle übrigen politischen Kräftegruppen bisheriger Prägung gehen. Ende des Parteienstaates? Vieles deutet darauf hin.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dr. Klaus Sojka,
Hamburg 61

Possenspiel des Westens

„Brot", „Zehn-Mark-Hintertür": WELT vom 4. August und „Leserbriefe: Nachhilfeunterricht nötig!": WELT vom 31. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Meinungen kann ich nur begrüßen. Leider denken viel zu wenige darüber ernsthaft nach und haben den Mut, sich dazu in der Öffentlichkeit zu äußern. Man kann der Wenderegierung – ohne zu übertreiben – unterstellen, daß sie in den Jahren ihrer Opposition im Bundestag in bezug auf Verhandlungen mit Funktionären der Ostblockstaaten nichts gelernt hat. Was Egon Bahr leichtgläubig falsch gemacht hat, hat Herr Jenninger für Milliardenkredite geradezu miserabel gemacht. Was wirklich zu tun ist, drücken die obengenannten Leserbriefe vollkommen aus. Der Ausspruch Lenins, „Die Kapitalisten liefern sogar noch den Strick, an dem wir sie eines Tages aufhängen", behält seine Richtigkeit. Der Strick, das sind Getreidelieferungen aus Amerika und anderen westlichen Staaten; das sind vom Steuerzahler subventionierte Butter- und Fleischlieferungen der EG, und das sind Morgengaben in Form von Devisen. Wir kaufen den Funktionären des Ostblocks die selbstgeschaffenen Schwierigkeiten ab, ohne daß sie sich dafür etwas einfallen lassen müssen. Am System ändert sich nichts. Die Gegenleistung als Erfolg zu verbuchen ist geradezu lächerlich. Humanitäre Hilfe für die Menschen ist eine Schutzbehauptung. Man braucht dann nicht weiter über den Schaden nachzudenken, den man damit angerichtet hat. Es ist der Beweis für die Ohnmacht gegenüber den östlichen Ideologien, die eine höhere Lebensqualität für die von ihr beherrschten Menschen nicht zuläßt.

Oder glaubt jemand von unseren freigewählten Volksvertretern, daß die „scharfen Töne aus Moskau", an die Adresse Honeckers gerichtet, nicht vorher abgesprochen sind? Es paßt genau in die Informationspolitik des KGB. Falschinformationen, die so simpel angelegt sind, sollte man in Bonn schon im Ansatz erkennen.

Solange der Westen den Sowjets Lebensmittel und Devisen liefert, so lange wird es ihnen möglich gemacht, eine Riesenarmee unter Waffen zu halten, die eine permanente Bedrohung des Weltfriedens darstellt.

Die westlichen Industrienationen liefern Lebensmittel und Devisen dazu, damit sie die Rechnungen regulieren können. Damit die Lieferanten den Empfängern nicht ins offene Messer laufen, müssen sie mit dem Erlös aus Warenlieferungen weiter aufrüsten und immer neue und teure Waffen entwickeln. Ein böses Ringelspiel! Man nennt es Friedensstrategie.

Die Sowjets und ihre Satelliten müssen gezwungen werden, ihre landwirtschaftliche und industrielle Produktion so auszubauen, daß sie die Menschen in ihrem Machtbereich ausreichend versorgen können. Dazu müssen sie junge Menschen einsetzen und können demzufolge nicht eine solche überflüssige Riesenarmee unterhalten. Das ist Friedensdienst. Ebenso muß der Devisenfluß vollkommen eingeschränkt werden. Wenn etwas bezahlt werden muß, dann nur mit Waren aus unserer Produktion, um der Bevölkerung hinter dem Eisernen Vorhang mit einer besseren Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs zu helfen.

Den Eisernen Vorhang hat der Osten aufgebaut. Mit wohlwollenden Morgengaben wird er nicht weniger undurchlässig noch humaner. Daran wird sich in absehbarer Zukunft nichts ändern und schon gar nicht, wenn man sich vor Begeisterung über fragwürdige Erfolge in Bonn gegenseitig auf die Schulter schlägt.

Honecker braucht dringend Devisen, um die ständig steigenden Verteidigungslasten, die Moskau von ihm fordert, bezahlen zu können. Wir finanzieren direkt die Rüstung der Sowjets. Ein Possenspiel!

Man sollte den angebotenen „Nachhilfeunterricht" annehmen, denn er ist bitter nötig.

Hochachtungsvoll
E. Bochmann,
Wingst

Verordnungsflut

„Muffelstichtag": WELT vom 2. August

Ich flog vor einiger Zeit nach Athen. Meine Nachbarin in der Maschine war eine Griechin, die zwei Jahre in einem Berliner Krankenhaus gelegen hatte. Auf die Frage, was ihr Gesamteindruck von Deutschland sei, antwortete sie spontan: „Was da alles verboten ist." Ursache ist die unübersehbare staatsverändernde Gesetzes- und Verordnungsflut, die die Bürger zunehmend entmündigt.

Jedes neue Gesetz schränkt die Freiheit der Bürger ein, verdoppelt mit der Zeit die Verwaltung, vergrößert die Unsicherheiten in allen Bereichen, z. B. Bauwesen – Bildungsbereich, in der Justiz usw. Viele Gesetze und Verordnungen stellen den gesunden Menschenverstand auf eine harte Probe und bringen oft mehr Unheil als Segen.

Auch obiges Gesetz fällt unter diese Kriterien, daß uns weniger Freiheit und mehr Zwangsjacken verordnet.

B. Trappe,
Waltrop

Wort des Tages

„Der Mensch muß nicht nur wissen, was wahr ist, er muß auch noch können und wollen, was recht ist."

Johann Heinrich Pestalozzi, Schweizer Pädagoge (1746–1827)

„Sexualdiktat"

„Liebt schneller, Genossen": WELT vom 27. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihren Hinweis „der Sexualkundeunterricht ... kaum etwas ist mehr geeignet, jungen Menschen die natürlichen Gefühle zu verderben" werden Ihnen ungezählte Eltern in Nordrhein-Westfalen (NRW) dankbar sein. Denn dieser zeigt auf einen Mißstand in den Schulen des SPD-Kultusministers Schwier hin:

Ohne gesetzliche Grundlage werden unsere Kinder vom 1. bis zum 13. Schuljahr einer Aufklärungsdiktatur unterzogen ohne Rücksicht auf die individuelle Reife des einzelnen Kindes. Im fächerübergreifenden Sexualkundeunterricht – d. h. jeder Lehrer darf zu jeder Zeit unkontrolliert über Sex sprechen – wird unsern Jungen und Mädchen allein schon über die Koedukation bei diesen Themen das Schamgefühl abtrainiert. Unter Notendruck lernen sie alle „Gebrauchsanweisungen" ihres eigenen Körpers: von der „richtigen" Lustbefriedigung über den Coitus bis zur Abtreibung. Das werdende Kind erscheint im NRW-Biologiebuch „Biologie des Menschen" Seite 49 unter der Rubrik „Versagerquote in %".

Wenn Herr Geißler die „Soziale Indikation" überflüssig machen will, so sollte Herr Worms mit seiner NRW-CDU das Übel bei der Wurzel packen, nämlich den Zwangs-Sexualkundeunterricht abschaffen.

Die NRW-Landtagsabgeordneten wissen, daß seit 1979 allein von der „Christlichen Elterninitiative Extertal" ca. 7500 Elternstimmen dem Kultusminister vorliegen, die die Freiwilligkeit des Sexualkundeunterrichtes fordern entsprechend der Freiwilligkeit des Religionsunterrichtes.

Mit freundlichen Grüßen
W. Bauer,
Münster

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

PRÄSIDIALAMT

Der erste ausländische Staatsbesuch, den Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** unternimmt, wird ihn nach Frankreich führen. Die Reise ist für den Spätherbst geplant. Auch der frühere Bundespräsident **Walter Scheel** hatte vor zehn Jahren den ersten offiziellen Besuch dem französischen Nachbarland abgestattet.

*

Der Stadt Bonn stattet Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** heute einen offiziellen Besuch ab. Der „kleine Bönnsche Staatsbesuch" beginnt Schlag zehn Uhr morgens im Rathaus, wo er sich in das Goldene Buch der Stadt eintragen wird. Anschließend spaziert er mit Ehefrau **Marianne** und Begleitung über den Markt und den Münsterplatz. Von Weizsäcker besucht anschließend die Lakritz-Firma Haribo. Nach Gesprächen mit Auszubildenden ist er noch bei der Kreishandwerkerschaft, der 33 Bonner Innungen angehören. Marianne von Weizsäcker wird in dieser Zeit das Johanniter-Krankenhaus in Bonn besichtigen.

AUSWÄRTIGES AMT

Als zweiter Mann an die deutsche Botschaft nach Moskau geht Dr. **Alexander Arnot**, seit 1979 Leiter des Sowjetunion-Referates im Auswärtigen Amt. Der Jurist, Jahrgang 1931, arbeitet seit 1962 im AA. Er war zunächst in mehreren afrikanischen Staaten tätig. Bis 1967 war er auf Posten in der Zentralafrikanischen Republik, in Benin und in Togo, und nach einer Verwendung in der Bonner Zentrale dann noch einmal von 1970 bis 1972 in Niger. Von 1972 bis 1975 leitete er das Osteuropa-Referat. Für vier Jahre wurde er anschließend zum ersten Mal an die deutsche Botschaft in Moskau versetzt, in der er jetzt als Gesandter tätig ist. Deutscher Botschafter in der Sowjetunion ist Dr. **Jörg Kastl**.

GEBURTSTAGE

Der Direktor des Deutschen Bundestags, Dr. **Helmut Schellknecht**, feierte seinen 65. Geburtstag. Der aus Lahde an der Weser stammende Schellknecht ist seit 1970 der oberste Verwaltungsbeamte des Parlaments. Gleichzeitig nimmt er nach deutscher Tradition – anders als in anderen Parlamenten – im Ältestenrat und Präsidium die politische Aufgabe eines Generalsekretärs wahr. Während seiner Amtszeit hat sich Schellknecht insbesondere für die Einrichtung und den Ausbau des wissenschaftlichen Dienstes sowie für die Neuorganisation der Bundestagsverwaltung eingesetzt. Schellknecht kommt ursprünglich aus der Postverwaltung. Anschließend ging er ins Bundesverteidigungsministerium, wo er zuletzt Ministerialrat war. Vor seinem Wechsel in den Bundestag war er, von 1968 bis 1970, leitender Beamter beim Wehrbeauftragten. Er wird Ende des Monats in den Ruhestand treten. Sein Nachfolger wird Dr. **Josef Bücker.**

*

Pater Dr. **Ursmer Engelmann**, von 1970 bis 1980 Erzabt von Beuron, feiert heute seinen 75. Geburtstag. Engelmann, der aus Jena stammt und über sein Studium der evangelischen Theologie, der Geschichte und Philosophie zum katholischen Glauben fand, trat 1935 in das Benediktinerkloster Beuron ein. 1940 wurde er zum Priester geweiht. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm er in Beuron die Leitung der Klosterbibliothek, wurde später Prior und am 2. März 1970 vom Konvent zum Erzabt gewählt. Die Abtweihe fand am 21. März statt. Engelmann war der achte Erzabt der 1863 von Benediktinern wiederbesiedelten Augustinerchorherren-Abtei im Donautal. Er ist durch zahlreiche Veröffentlichungen über Mönchtum, kirchliche Kunst und andere Gebiete hervorgetreten. Seine umfangreichste Arbeit ist die Veröffentlichung des Tagebuches von **Ignaz Speckle**, dem letzten Abt von St. Peter im Schwarzwald. Engelmann trat im Januar 1980 mit Rücksicht auf sein Alter und seinen Gesundheitszustand vom Amt des Erzabtes zurück.

*

Der Soziologe Professor Dr. **Alphons Silbermann** feierte in Köln seinen 75. Geburtstag. Nach seiner Rückkehr aus der australischen Emigration wurde der in Köln geborene Wissenschaftler zum führenden Vertreter einer empirisch orientierten Medienwissenschaft. Aufgrund seiner Forschungen prognostizierte er bereits vor 20 Jahren die gegenwärtig so heiß diskutierte Entwicklung „Neuer Medien". Neben Lehr- und Forschungstätigkeit an den Universitäten Köln, Lausanne und Bordeaux veröffentlichte der streitbare Soziologe zahlreiche Arbeiten zu Themen der Musik- und Kunstsoziologie. Seine Auseinandersetzungen mit **Th. W. Adorno** zählen zu den wenigen akademischen Kontroversen der Nachkriegszeit. Nach seiner Emeritierung ist Silbermann bis heute als Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kommunikationsforschung, Direktor des Kölner Instituts für Massenkommunikation und als Herausgeber der Zeitschrift „Communication" eine der zentralen Persönlichkeiten auf dem Gebiet der Medienforschung.

Einer der großen deutschen Verleger, **Heinrich Reclam**, ist im Alter von 73 Jahren in Stuttgart gestorben. Der Urenkel des Gründers der berühmten Universalbibliothek, **Anton Philipp Reclam**, leitete seit 1949 das Unternehmen. – Die Universalbibliothek war für Generationen von



Heinrich Reclam FOTO: DIE WELT

Gymnasiasten und Studenten fast täglicher Begleiter. – Unter seiner Führung wurde das Verlagsprogramm auf Anthologien, Theater- und Kunstführer sowie kulturhistorische Bücher und Lexika erweitert. In Leipzig geboren, durchlief er nach dem Besuch des Gymnasiums eine Buchhändlerlehre, studierte Philologie und promovierte 1937 mit der Dissertation über „Die Gestalt des Paracelsus in der Dichtung" zum Dr. phil. Das Kriegsende erlebte er als Kriegsgefangener in Frankreich. Die Amerikaner hatten damals seinem Vater – **Ernst Reclam** – den Vorschlag gemacht, den Verlag von Leipzig nach Wiesbaden zu verlegen, was dieser ablehnte, da man inzwischen den Betrieb im zerbombten Leipzig notdürftig wieder zum Laufen gebracht hatte. 1947 wurde jedoch in Stuttgart die Reclam-GmbH gegründet. 1950 wurde das Stuttgarter Reclam-Haus bezogen, die Reclam-„Universal-Bibliothek" danach wiederaufgebaut. Im gleichen Jahr wurde der Leipziger Betrieb unter die Treuhandschaft der mitteldeutschen Behörden gestellt und der Verfügung und Einflußnahme der Inhaber entzogen. 1958 erfolgte die Umwandlung der Reclam-GmbH in die Stammfirma Philipp Reclam jun. Heinrich Reclam, der keine eigenen Kinder hinterläßt, hat bereits vor Jahren seinen Neffen **Stefan Reclam-Klinkhart**, zur Zeit Leiter des graphischen Betriebs, adoptiert.

Besser als gar nichts

hg – Wenig ist besser als gar nichts: Die Verlängerung der Mehrwertsteueroption im Bauherrenmodell, die seit einem Jahr auf der Wunschliste der Bauwirtschaft steht und seit dem Frühsommer auch von Bundesbauminister Schneider befürwortet wird, kann nur noch dem Ausbaugewerbe helfen. Die Talfahrt der Branche wird sie nicht mehr bremsen können, denn dazu kommt sie zu spät.

Daß sie nun kommt, scheint sicher, obwohl die Verlängerung auf den 31. März 1985 im Rahmen des Steuerbereinigungsgesetzes erst noch beraten werden muß. Dann wird sie Maler und Installateure von dem Termindruck entlasten, unter dem das Baugewerbe die inzwischen fertigen Rohbauten hat erstellen müssen. Der Wunsch nach einer Verlängerung über das Ende dieses Jahres hinaus kam schließlich nicht von ungefähr: Gleichzeitig läuft die Investitionszulage aus, und diese Zusammenballung wurde zu Recht gefürchtet.

Der Bundesfinanzminister, der eine Verlängerung bis jetzt immer blockiert hatte, kann sich jedoch darauf berufen, daß die Branche den Termin seit Jahren kannte und *sich darauf hätte einstellen können.* Die Beschäftigung von Bauarbeitern läßt sich indes nicht so exakt vorausplanen wie die Beschäftigung von Maschinen. Vor allem lassen sie sich nicht in beliebiger Zahl einstellen und wieder entlassen. So bleibt der Bauwirtschaft als schwacher Trost nur die Ankündigung, daß weitere Einschränkungen der Steuervorteile beim Bauherrenmodell nicht vorgesehen sind. Auch das ist besser *als* gar nichts.

Mitterrands Hypothek

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wer über seine Verhältnisse gelebt hat, muß früher *oder später* den Gürtel enger schnallen. Dies gilt nicht nur für Privatpersonen, sondern auch für den Staat. Dabei *nimmt* die Schuldentilgung meist längere Zeit in Anspruch als das Schuldenmachen. Denn *gegessen Brot* bezahlt sich schwer.

Das bekommt Frankreich immer *mehr zu spüren. Vor allem seine Aus*landsschuld ist unter der sozialistischen Regierung gewaltig angewachsen. *Allein die mittel- und langfristige* Bruttoverschuldung nahm von 123 Milliarden Franc Ende 1980 auf 188 Ende 1981 *und 295 Milliarden Franc* (87 Milliarden Mark) Ende 1982 zu. Dies war vor allem eine Folge der von *Präsident Mitterrand zunächst* betriebenen „Volksbeglückungspolitik". Die übermäßige Erhöhung von Löh*nen, Familienzulagen* und Altersrenten sowie ambitiöse Sozialreformen (Arbeitszeitverkürzungen) ließen *nicht nur die* Defizite des Staatshaushalts anschwellen und vergrößerten so die Verschuldung. Der dadurch *herbeigeführte Kaufkraftzuwachs der* Bevölkerung führte auch zu einem Importboom, der die Handelsbilanz aus dem *Gleichgewicht* brachte.

Zur Abdeckung der Defizite mußten im Ausland immer mehr Kredite aufgenommen werden. *Hinzu kam,* daß die neu verstaatlichten Unternehmen wegen unzureichender Kapitalausstattung durch den Staat und zur Schonung des inländischen Kapitalmarktes in zunehmendem Maße Aus*landsanleihen emittierten. Und der* Staat mußte ausländische Kredite in Anspruch nehmen, um sich die Mittel *zur Verteidigung des* wegen der verfehlten Regierungspolitik stark gefährdeten Franc zu beschaffen.

O*bwohl im März 1983* mit der letzten Franc-Abwertung eine rigorose Austerity-Politik eingeleitet wurde, *hat die Auslandsverschuldung* weiter zugenommen. Ende 1983 erreichte sie 451 und Mitte dieses Jahres *466 Milliarden Franc. Dies lag* vor allem daran, daß Handels- und Leistungsbilanz weiter Defizite brachten *und daß sich der Dollar stark aufwer*tete. Auch in Dollar sind die Schulden weiter gestiegen.

Von der gesamten Auslandsschuld entfielen Ende 1983 58,1 Prozent auf Verbindlichkeiten in US-Währung. *Entsprechend hoch ist auch der An*teil der auf aufgewertete Dollar entfallenen Zinsen. Insgesamt erreichte *die Zinslast im letzten Jahr 34,5 Milli*arden Franc. Der gesamte Schuldendienst unter Einschluß der Tilgungs*zahlungen betrug 56,7 Milliarden* Franc, was etwa der Hälfte des Haushaltsdefizits entsprach.

Für dieses Jahr schätzt die OECD unter der Hypothese unveränderter Wechselkurse und Zinssätze den Schuldendienst auf 66,5 Milliarden Franc, davon 44 Zinszahlungen. Diese werden zwar vom nächsten Jahr an unter der Voraussetzung, daß keine neuen Auslandskredite aufgenommen und die bestehenden Schulden planmäßig abgetragen werden, fortlaufend zurückgehen. Gleichzeitig aber steigen die Tilgungszahlungen derart, daß der gesamte Schuldendienst weiter zunimmt.

Die Zahlen sind erschreckend: Der Schuldendienst steigt bis 1990 auf 97,1 Milliarden Franc, erst dann wird er wieder abnehmen. Die Hypothek Mitterrands wird Frankreich also mindestens noch sechs Jahre belasten. Dabei sind die kurzfristigen Auslandsschulden noch nicht einmal berücksichtigt, die vom (oppositionellen) Senat auf 150 Milliarden Franc veranschlagt werden.

Die OECD stellt zwar fest, daß die *Bruttoverschuldung* Frankreichs mit zuletzt 11,4 Prozent des Bruttosozialprodukts einen im Ver*gleich zu anderen Industriestaaten* „mäßigen" Umfang erreichen und nach Abzug der (teilweise notleidenden) *Forderungen an das Ausland* netto sogar nur fünf Prozent ausmachen. Die rapide Zunahme der Verschuldung und der steigende Schuldendienst sind jedoch besorgniserregend.

Gewiß kann Frankreich nicht mit Schuldnerländern wie Brasilien verglichen werden. Eine Umschuldung drängt sich nicht auf, allenfalls eine Refinanzierung, die keine größeren Schwierigkeiten bereiten dürfte. *Denn die internationale Kreditwür*digkeit des französischen Staates ist bisher intakt geblieben. Aber Frankreich muß unbedingt seine Leistungsbilanz ins Gleichgewicht bringen. Ob dieses Ziel erreicht werden *kann, hängt* auch wesentlich vom Dollarkurs und von den Gewerkschaften ab, die sich gegen die Fortsetzung der bisherigen Sanierungspolitik wenden.

FORSCHUNGSPOLITIK / WELT-Gespräch mit Minister Heinz Riesenhuber

Bonn will mit weniger Bürokratie die indirekte Förderung verstärken

HEINZ HECK, Bonn

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) will weniger Bü*rokratie wagen. Ein zentraler Ansatzpunkt ist die Verlagerung von der* direkten auf die indirekte Forschungsförderung. Zugleich zielt der Minister, wie er in einem Gespräch mit der WELT erklärte, auf eine Senkung der *Förderquote,* also des *Anteils der Bonner Zuschüsse zu* den Forschungsprojekten.

Der von Riesenhuber seit *Herbst* 1982 vollzogene Kurswechsel wird bei den neu bewilligten Projekten am *deutlichsten: Wurden 1982 vom* Forschungsministerium (BMFT) noch 982 Vorhaben mit einem Fördervolu*men von 1,71 Milliarden Mark* bewilligt, so waren es 1983 nur noch 794 Projekte mit 1,49 Milliarden. Im ersten Halbjahr 1984 sind es 316 (Vorjahr: 344) Projekte mit 474 (682) Millionen Mark. Damit ergebe sich für 1983 ein Rückgang nach Vorhaben um 19 und bewilligter Summe um 13 Prozent, für 1984 schätzungsweise weitere acht und 30 Prozent.

Zu dieser Entwicklung hat entscheidend auch die geringere Förderquote beigetragen. In der Regel gibt es für Projekte der Wirtschaft 50 Prozent BMFT-Zuschuß. Allerdings werden Maßnahmen im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge auch zu 100 Prozent staatlich finanziert. Riesenhuber wertet es als Erfolg, daß die *durchschnittliche Förderquote 1983* im Vergleich zu 1980 von 67,3 auf 59,8 Prozent oder um 7,5 Prozentpunkte *gesenkt werden konnte.* Dies habe zur Folge, daß er 1983 bei rückläufigem Fördervolumen genauso hohe Forschungsausgaben der Wirtschaft auslösen konnte wie im Vorjahr.

Sein Fazit: In dem Maße, wie sich die Wirtschaft stärker engagiert, kann sich der Staat zurückziehen, ohne daß die Forschung leidet. Da Unternehmer zudem die Forschungsnotwendigkeiten besser beurteilen könnten als Beamte, falle auch der Wirkungsgrad höher aus. Es ist das erklärte Ziel des Ministers, diese Tendenz weiter fortzusetzen: „Nach der Drogensucht die Entziehungskur." Vor allem will Riesenhuber keine marktnahen Projekte mehr fördern.

Um die Suchfunktion des Marktes zu stärken, favorisiert Riesenhuber die indirekte Forschungsförderung, bei der der Staat die Forschungsprojekte nicht selbst auswählt. Die Zahlen sprechen auch hier eine deutliche Sprache: *Ergab sich* noch *1982* ein Verhältnis von 3,6 Milliarden direkter zu 790 Millionen indirekter Forschungsförderung, so schätzt Riesenhuber die Relation für 1984 auf 2,1 zu 1,24 Milliarden Mark.

In dieser Verlagerung sieht er zugleich einen wirksamen Beitrag zur Entbürokratisierung. Es gelte, „Ernst zu machen mit der Entstaatlichung". Als Nebeneffekt ergibt sich positiv, daß die Zahl der „Forschungsverwalter" um rund 100 Personen oder etwa 15 Prozent verringert werden konnte.

„Man muß öfter nein sagen können", resümiert der Minister seine Erfahrungen im Amt. So habe er kürzlich einen Antrag für die Entwicklung eines Keramikmotors (der den Katalysator überflüssig macht) abgelehnt. Das sei Sache der Wirtschaft. Hier klingt auch Kritik an Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) an, der als Vorgabe für die Einführung abgasarmer Autos die US-Grenzwerte vorschreiben wolle. Damit würden innovative Impulse abgewürgt: Wenn diese Werte erreicht seien, könne man die Forschung einstellen.

AUF EIN WORT

„Sieben Prozent der Ausgaben der Krankenkassen fließen der pharmazeutischen Industrie zu. Von daher ist es unverständlich, wie man glauben kann, die *Finanzen der Kassen* durch Eingriffe bei der Industrie sanieren zu können."

Prof. Dr. med. Hans Rüdiger Vogel, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie e. V., Frankfurt. FOTO: DIE WELT

COMMERZBANK

Einheitliche Kontogebühr

rtr, Frankfurt

Als erste Großbank wird die Commerzbank ab Oktober dieses Jahres ein neues, vereinfachtes Gebührensystem für die Privatkundschaft einführen. Wie die Bank mitteilte, berechnet sie dann anstelle der Grundgebühr von zwei Mark im Monat und unterschiedlich hohen Buchungsgebühren zwischen 30 und 50 Pfennig nur noch eine Monatspauschale von drei Mark je Konto. Allerdings werden die Guthaben auf diesen Konten, die bisher mit einem halben Prozent im Jahr verzinst wurden, dann nicht mehr verzinst, solange sie nicht 3000 DM übersteigen.

Lediglich bei sehr geringer Anzahl *von Buchungen ist die neue* Regelung nach Darstellung der Commerzbank für den Kunden teurer. Unter Berücksichtigung der wegfallenden Verzinsung ergebe sich eine Verbilligung für die Kunden etwa ab der siebten Buchung monatlich, erklärte der Sprecher der Bank.

Der früher durch die besonders *teure Berechnung von Barzahlungs*vorgängen (mit 50 Pfennig je Buchung) bezweckte „Erziehungsef*fekt", der die Kunden mehr auf* bargeldlose und für die Bank kostengünstigere Vorgänge hinsteuern sollte, *fällt mit der neuen Commerzbank*-Regelung weg, erklärte der Sprecher. Die hohen Gebühren für Barabhe*bungen vom Gehaltskonto hätten* bisher dazu geführt, daß die Kunden kurz nach der Gehaltsüberweisung *praktisch den gesamten verfügbaren* Betrag abzüglich der regelmäßigen Belastungen vom Konto abgehoben *hätten,* und diesen bar zu *Hause* gehalten hätten, um Gebühren zu sparen. Dies sei nun nicht mehr nötig *und der Kunde werde dadurch mögli*cherweise öfter in die Bank kommen.

EINZELHANDEL

Wieder an Fahrt verloren

hg, Bonn

Die Umsatzentwicklung im Deutschen Einzelhandel hat wieder etwas an Fahrt verloren. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), Köln, schreibt dies den dämpfenden Wirkungen der Streiks auf die Konsumneigung der Verbraucher zu. Insgesamt hat der Einzelhandel im ersten Halbjahr 1984 3,1 Prozent mehr erlöst als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Nach Herausrechnung der Preissteigerungsrate verbleibt jedoch lediglich ein mageres Plus von 0,3 Prozent, teilt der Verband mit.

„Verschiedene Sondereinflüsse" führt die Hauptgemeinschaft zur Erklärung des Ergebnisses im Juni an – nominal lag der Umsatz um 3,2 Prozent, real sogar um 5,6 Prozent unter dem des entsprechenden Vorjahresmonats. Da im Juli vergangenen Jahres die Mehrwertsteuer erhöht worden ist, hätten die Verbraucher ihre Anschaffungen vielfach auf den Juni vorgezogen: Damals hatte sich gegenüber dem Juni 1982 ein Umsatzplus von zehn Prozent und ein Absatzplus von 8,5 Prozent ergeben.

Dieser „Basiseffekt" betreffe insbesondere den Kraftfahrzeughandel und den Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen. Beide mußten im Juni starke Umsatzrückgänge im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat hinnehmen – der Kraftfahrzeughandel 30,9 Prozent und der Möbelhandel 9,1 Prozent –, aber beide hatten im Vorjahr auch von der Vorverlegung der Anschaffungen am meisten profitiert.

Wie die Hauptgemeinschaft weiter berichtet, haben die Warenhausunternehmen im ersten Halbjahr 1984 ihren Vorjahresumsatz um 2,6 Prozent *verfehlt.* Der Versandhandel konnte 3,5 Prozent zulegen.

KONJUNKTUR

Die Banken sehen weiterhin gute Wachstums-Chancen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Trotz der erheblichen Streikschäden sieht der Bundesverband deutscher Banken gute Chancen für ein anhaltendes Wachstum in der Bundesrepublik. Der Arbeitskampf habe zwar den bis Anfang dieses Jahres anhaltenden Wachstumsprozeß abrupt *unterbrochen,* so habe *die* Fertigung im Produzierenden Gewerbe im zweiten Vierteljahr um rund 4,5 Prozent unter dem Niveau der ersten drei Monate gelegen. Dennoch bestünden gute Aussichten, auf den ursprünglichen Pfad zurückzufinden.

Auch die Auslandsnachfrage dürfte wieder anziehen. Denn die positiven Faktoren, die bis Mai zu dem steilen Anstieg der Auftragseingänge aus dem Ausland wesentlich beigetragen hatten, bestünden nach wie vor: eine konjunkturelle Aufwärtsentwicklung bei wichtigen Abnehmern deutscher Produkte, der für den Export günstige D-Mark-Wechselkurs sowie ein mäßiger Kosten- und Preisanstieg im Inland. Immerhin habe die Auslandsnachfrage im zweiten Quartal trotz der Streikeinbußen real immer noch um 11,5 Prozent über dem Vorjahresniveau gelegen. Der Export werde in den kommenden Monaten einen beachtlichen Wachstumsbeitrag leisten.

Um Hemmnisse, die einer stärkeren Investitionsbereitschaft der Unternehmen entgegenstehen, abzubauen, müsse sich die Wirtschafts- und Finanzpolitik weiterhin vor allem an den wachstumspolitischen Erfordernissen ausrichten. Die geplante Begrenzung der öffentlichen Ausgaben gehe in die richtige Richtung. Die Steuerentlastung müsse im Hinblick auf die Beschäftigung mehr leistungs- und wachstumsorientiert sein. Das gelte nicht nur für den Einkommensteuertarif, sondern auch für die Belastung der Unternehmen bei ertragsunabhängigen Steuern.

Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken *(BVR) rechnet zum Jahresende* mit einer Preissteigerungsrate von 2,4 Prozent oder noch darunter. Die Mög*lichkeiten für Preissteigerungen* seien auch dadurch eingeengt, daß der Streik deutliche Spuren in der *Konjunktur hinterlassen habe. Nach*haltig plädiert der Verband für eine schnellstmögliche Abschaffung der *Kuponsteuer für ausländische Anle*ger. Er sieht in der Beseitigung dieser Belastung in den USA einen Grund für den Kursanstieg des Dollar.

BAUWIRTSCHAFT

Die Branche rechnet mit weiteren Entlassungen

HANNA GIESKES, Bonn

In der deutschen Bauwirtschaft ist die Stimmung gedrückt: Vor allem die *Hochbau-Unternehmen* sähen sehr pessimistisch in die Zukunft, teilt der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Bonn, mit. Eine Umfrage in der Branche habe ergeben, daß in Kürze mit Kapazitätsabbau, *Kurzarbeit und Ent*lassungen zu rechnen sei, wenn es nicht bald zu Anschlußaufträgen komme. „*Diese Hoffnung* ist aber ziemlich unbegründet", bedauert ein Sprecher des Verbandes.

So sei die Reichweite der Aufträge im Hochbau im Juli von 2,4 auf 2,2 Monate zurückgegangen, im Tiefbau von 2,0 auf 1,9 Monate. Im Straßenbau liege sie „trotz leicht verbesserter Nachfrage" immer noch bei 1,7 Monaten. Insgesamt beurteilten die Bauunternehmen ihre Auftragsbestände als „*völlig unbefriedigend*". Die leichte Belebung im Straßenbau könne die Branche nicht „herausreißen", heißt es. Der *Tiefbau mache nur ein* Viertel des Bauvolumens aus; drei Viertel seien Wohnungs- und Gewerbebau, „und *damit* geht es bergab".

Beklagt wurde von den Bauunternehmen nach Auskunft des Zentral*verbands auch die Tatsache,* „daß der harte Wettbewerb um Anschlußaufträge keinen Spielraum für Preiser*höhungen läßt". Tatsächlich sind die* Baupreise seit einem Jahr nicht mehr gestiegen. *Gleichzeitig* hätten sich jedoch vor allem die Personalkosten weiter erhöht.

Im Juli sei die Bauproduktion „relativ gering" gewesen, heißt es weiter. Die Zahl der Arbeitslosen lag bei rund 133 800, etwa um 8000 höher als im Vorjahr. Insgesamt sind etwa 1,107 Mill. Menschen am Bau beschäftigt.

AIESEC / Internationaler Praktikantenaustausch für Wirtschaftsstudenten

Stellen im Ausland sehr gefragt

HEINZ STÜWE, Bonn

Die deutschen Studenten sind keineswegs auslandsmüde. Zumindest unter den künftigen Wirtschaftswissenschaftlern gibt es viele, die ihre Semesterferien zu einer Tätigkeit im Ausland nutzen wollen. Die Internationale Vereinigung von Studenten der Wirtschaftswissenschaften (AIESEC) meldet steigende Bewerberzahlen für die von ihr vermittelten Auslandspraktika.

In diesem Jahr haben knapp 595 deutsche Studenten, 60 mehr als 1983, die Möglichkeit, während eines sechs bis elf Wochen langen Auslandsaufenthaltes die betriebliche Praxis in *ihrem Gastland kennenzulernen.* Im Gegenzug kommen 579 ausländische Praktikanten in die Bundesrepublik, *1983 waren es 506.*

Das deutsche Tauschkontingent – weltweit werden etwa 4500 Praktika vermittelt – ist das größte der 60 AIESEC-Länder. Weiter erhöht werden kann es nur im Gleichschritt mit dem eigenen Angebot. Denn es können in etwa nur so viele Studenten ins Ausland gehen, wie im Inland Praktikumsplätze offeriert werden. Die ehrenamtlichen AIESEC-Mitarbeiter in den 35 Lokalkomitees an deutschen Hochschulen bemühen sich deshalb, zusätzliche (und anspruchsvolle) Stellen anzuwerben.

Sie können dabei auf einen Stamm von Unternehmen zurückgreifen, die seit Jahren mit AIESEC zusammenarbeiten und die diese Verbundenheit auch finanziell zum Ausdruck bringen. Und auf Spenden bleibt die Studentenorganisation schließlich angewiesen, auch wenn sie vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und dem Stifterver*band für die* Deutsche Wissenschaft unterstützt wird.

Die Gegenleistung umfaßt ein breitgefächertes Programm von Veranstaltungen an den Universitäten. Sie dienen vor allem einem Ziel: die Studierenden über Berufschancen und Anforderungen der Praxis zu informieren.

Zentrale AIESEC-Tätigkeit im internationalen Rahmen bleibt – nach einem eingespielten System abgewickelt – der Praktikantenaustausch. Wünsche der Stellenanbieter werden berücksichtigt, die Bewerber sorgfältig nach Sprachkenntnissen, Studienrichtung und außeruniversitären Aktivitäten ausgewählt.

Die ausländischen Praktikanten erhalten in der Bundesrepublik ein Mindestgehalt von 830 Mark. Betreut werden sie von ihren deutschen Kom*militonen, den AIESEC-Mitarbeitern* an den einzelnen Hochschulen. Diese kümmern sich um Unterkunft und *alle Formalitäten.* Seminare und gemeinsame Freizeitaktivitäten tragen dazu bei, daß die Erfahrungen und Erlebnisse der Gäste nicht auf den betrieblichen Alltag begrenzt bleiben.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kooperations-Abkommen mit Ungarn verlängert

Bonn (Mk.) - Eine Verlängerung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit vom 11. November 1974 um weitere zehn Jahre haben jetzt der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Otto Schlecht, und der stellvertretende Außenhandelsminister Tibor Melega in Budapest unterzeichnet. In den vergangenen zehn Jahren ist die Bundesrepublik zum wichtigsten westlichen Wirtschaftspartner Ungarns geworden. In diesem Zeitraum hat sich das Volumen des bilateralen Warenaustauschs nahezu auf rund vier Mrd. Mark im vergangenen Jahr verdoppelt. Gegenwärtig gibt es 330 deutsch-ungarische Unternehmenskooperationen, in deren Rahmen rund zehn Prozent des bilateralen Handels abgewickelt wird.

Neuer Wachstumsbereich

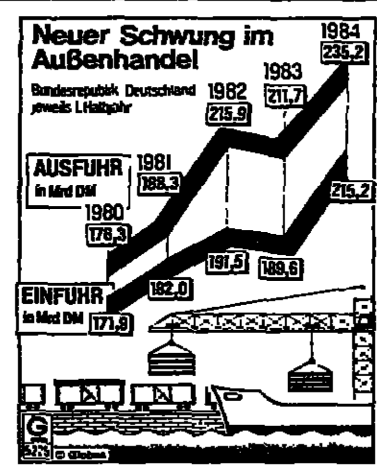
Düsseldorf (dpa/VWD) - Als Wachstumsbereich für weltweiten Stahlverbrauch zeichnet sich für die nächsten Jahre die gesamte Technik für Meeresbohrungen - Off-shore-Technik - ab. *Wie der Bundesverband* Deutscher Stahlhandel, Düsseldorf, feststellte, werden davon in erster Linie *die* Vereinigten Staaten und Japan begünstigt sein. Das schließe aber ein stärkeres Engagement der traditio*nellen europäischen Stahlländer* nicht aus. Der Stahlabsatz für Anlagen der Meerestechnik werde neue *Impulse bekommen, wenn die* neue Konvention der 3. UNO-Seerechtskonferenz in Kraft trete. Die Bundes*regierung will sich im Herbst* abschließend mit der Frage des Beitritts befassen.

Brüssel dementiert

Brüssel (dpa/VWD) - Die EG-Kommission hat bestritten, daß sie jedes Jahr große Mengen von überschüssigem Obst und Gemüse auf Kosten der Steuerzahler vernichten lasse, um die Preise künstlich hoch zu halten. Sie erläuterte mit dieser Erklärung ihre eigene Antwort auf eine Anfrage im Europäischen Parlament, wonach die Gemeinschaft im Wirtschaftsjahr 1982/83 knapp 600 Mill. Mark ausgab, um 1,87 Millionen Tonnen „zu viel" produziertes Obst und Gemüse zu verschenken, zu destillieren oder zu vernichten. In einem inoffiziellen Kommissionspapier heißt es, wegen einer besonders guten Apfelernte seien 1982/83 beispielsweise allein 1,15 Mill. Tonnen Äpfel (13,4 Prozent der Erzeugung) nicht absetzbar gewesen. Nur etwa ein Drittel der Überschußmenge sei tatsächlich vernichtet worden. Der größte Teil dagegen sei zu Alkohol destilliert worden.

Kritik an Preiserhöhungen

Wiesbaden (dpa/VWD) - Die für 1985 angekündigten, zum Teil umfangreichen Preiserhöhungen für Werbung in Funk und Fernsehen ist vom Arbeitskreis Werbefernsehen der deutschen Wirtschaft kritisiert worden. Im Fernsehen betragen die angekündigten Preiserhöhungen bei der ARD durchschnittlich 4,6 *Prozent* und beim ZDF 7,8 Prozent. Im Hörfunk liegt die Steigerungsrate durchschnittlich bei 9,6 Prozent.



Im ersten Halbjahr 1984 kauften deutsche Firmen Waren im Werte von rund 215 Mrd. Mark im Aus*land, das waren 14 Prozent mehr* als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mit der Erholung der Weltwirtschaft erhöhte sich gleichzeitig die deutsche Ausfuhr um elf Prozent oder fast 24 Mrd. Mark.
QUELLE: GLOBUS

Große Getreideernte

Luxemburg (dpa/VWD) - *Die* Getreideernte in der Europäischen Gemeinschaft wird 1984 mit 132,16 Mill. *Tonnen (ohne Reis) voraussichtlich* um 7,4 Prozent größer sein als die Ernte 1983. Wie das statistische Amt der EG, *Eurostat, dazu mitteilt, geht* die Zunahme vor allem auf größere Hektarerträge (47,8 gegenüber 44,7 Doppelzentner) *erreicht. Die Anbau*fläche nahm von 27,53 Mill. auf 27,66 Mill. Hektar zu. Im einzelnen wird bei *Weichweizen mit einer Steigerung* um 7,8 Prozent auf 59,78 Mill. Tonnen, bei Hartweizen um 39,9 Prozent auf 5,4 Mill., *Gerste um 6,5 Prozent auf* 38,7 Mill., Körnermais um 2,5 Prozent auf 19,4 Mill. und bei anderem Getreide *um 5,2 auf 8,88 Mill. Tonnen* gerechnet. Die Reisernte wird mit 1,08 Mill. Tonnen wahrscheinlich um 8,5 Prozent kleiner *ausfallen als im* Vorjahr.

Leichter Preisrückgang

Wiesbaden (VWD) – Der Index der Großhandels-Verkaufspreise hat sich vom *Juni bis Juli 1984 um 0,9* Prozent auf einen Stand von 137,4 (1976 = 100) ermäßigt, teilte das Statistische Bun*desamt mit. Die* Jahresveränderungsrate betrug im Juli 1984 plus 3,8 Prozent nach plus 4,2 Prozent im Juni und 4,1 *Prozent im Mai dieses Jahres.*

Gewerkschaft protestiert

Düsseldorf (AP) – Gegen eine „zunehmende Durchlöcherung" des Ladenschlußgesetzes hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) protestiert. Nach Angaben des zweiten Vorsitzenden der HBV werden bei Veranstaltungen wie Messen, Jahrmärkten und Jubiläumsfeiern immer häufiger Einzelhandelsgeschäfte an Sonn- und Feiertagen geöffnet.

GROSSBRITANNIEN

Produktion und Umsätze gefallen

fu, London

Der Konjunktur-Aufschwung in Großbritannien ist ins Stocken geraten. Die Industrieproduktion ist im zweiten Quartal dieses Jahres gegenüber den ersten drei Monaten um nahezu drei Prozent gefallen. Und die Einzelhandelsverkäufe verringerten sich im Juli gegenüber dem Vormonat um 1,25 Prozent.

Da die Kohleproduktion normalerweise rund vier Prozent zur gesamten Industrieproduktion beiträgt, war ein Einbruch im Produktionsindex erwartet worden. Aber auch die verarbeitende Industrie, die vom Kohlestreik praktisch nicht berührt ist, mußte im zweiten gegenüber dem ersten Quartal einen Produktionsrückgang um rund 0,5 Prozent hinnehmen.

Der Rückgang der Einzelhandelsverkäufe wird insbesondere auf den Anstieg der Hypothekenzinsen am 3. Juli von 10,25 auf 12,5 Prozent zurückgeführt. Doch die Verbraucher-Zurückhaltung wird sich aller Voraussicht nach fortsetzen, zumal es erste Anzeichen dafür gibt, daß sich die Nachfrage nach Konsumenten-Krediten abzuschwächen beginnt.

FLEXIBLE ARBEITSZEIT / Jeder zehnte der 2,2 Millionen deutschen Arbeitslosen sucht einen Teilzeitjob

Gute Beispiele, aber wenig Mut auf beiden Seiten

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Neben einer offensiven Wachstumspolitik kann vor allem eine weitere Verbreitung flexibler Teilzeitarbeit zur Entspannung auf dem Arbeitsmarkt beitragen", so der Leitgedanke einer Broschüre, die die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände als Arbeitshilfe für ihre Mitglieder herausgegeben hat.

Noch scheint das Thema auf beiden Seiten brisant: Viele Unternehmen fürchten bei individueller Arbeitszeitregelung Koordinationsprobleme bis hin zum Chaos, und die Gewerkschaften bangen, daß das Tarifgefüge – bisher so bequem einheitlich zu handhaben – ihrem Griff entgleiten könnte. Die Einsicht, daß mit modernen Organisationsmitteln wie Computer und elektronischer Arbeitszeiterfassung beides zu bewältigen ist, beginnt sich erst allmählich durchzusetzen.

Dabei ist ein „Markt" für die flexible Teil- und auch Vollzeitarbeit durchaus vorhanden. Jeder zehnte unter den 2,2 Millionen deutschen Arbeitslosen sucht einen Teilzeitjob, Hauptinteressenten sind Frauen. Darüber hinaus darf man getrost vermuten, daß etliche Teilzeitanwärter und -anwärterinnen wegen der bislang schlechten Chancen bei der Jobsuche ihren eigentlichen Wunsch zurückstellen. Doch ganz generell zeigt die Nachfrage nach Teilzeitplätzen steigende Tendenz.

Aber auch für die Unternehmen lassen sich mit flexiblen Arbeitsplänen Probleme lösen. Als zum Beispiel die Gummiwerke Fulda im Frühjahr 450 Mitarbeiter, ein Viertel der Belegschaft, auf 44-Stunden-Woche mit anschließenden Freischichten setzte (im Mittel ergab sich die 38,5-Stunden-Woche), geschah das vor allem, um den kapitalintensiven Teil der Produktion besser nutzen, die Investition niedriger halten zu können.

Das neue Arbeitszeitschema und die Wirkung der damit möglichen Produktionssteigerung um zehn Prozent hat auch noch einen angenehmen Nebeneffekt: 150 neue Arbeitsplätze sind zu besetzen. Allerdings ist Fulda kein Beispiel für Teilzeitarbeit, sondern eher für den flexiblen Umgang mit der Vollzeit.

Daß ähnliche Effekte und weitere auch in der Arbeitgeberbroschüre aufgeführte Vorteile auch mit „reinrassiger" Teilzeitbeschäftigung zu erreichen sind, beweist die BASF in ihrem Videokassettenwerk in Ettenheim. Die jetzt 181 – zu Jahresbeginn noch 132 – Schichtarbeiterinnen dort haben ein recht „abwechslungsreiches" Arbeitsleben: Ihr Drei-Wochen-Turnus sieht jeweils eine Woche mit einer 8,5-Stunden-Frühschicht, einer 4,5-Stunden-Nachmittagsschicht und einer 4,5-Stunden-Spätschicht vor.

Im Schnitt ergibt sich daraus eine 31,8-Stunden-Woche. Da man aber gleichzeitig vom Zwei- auf den Drei-Schicht-Betrieb übergegangen ist, hat sich die Anlagennutzung um gut 19 Prozent auf 95,5 (80) Wochenstunden verbessert. Doch, so Karl Mahler, für die Speichermedien-Werke der BASF in Willstätt und Ettenheim verantwortlich: „Das Wichtigste an unserem Modell ist: Beide Seiten haben etwas davon."

Dafür, daß auch die Mitarbeiterinnen dieses Gefühl haben, hat die BASF von Anfang an gesorgt. Zum einen war der Einstieg in den neuen Schichtplan freiwillig, seine Gestaltung zudem von den Betroffenen selbst wesentlich beeinflußt. Zum anderen wurde durch die Einführung des Leistungslohns ein Teil des 20prozentigen Bruttoverdienstausfalls von vornherein kompensiert – beim Start des Modells schätzte man die effektiven Einbußen noch auf sieben bis zwölf Prozent. In der Praxis stellte sich dann aber sehr schnell ein Effekt ein, den man gar nicht auf dem Plan gehabt hatte: In den Kurzschichten brachten die Frauen ohne große Anstrengung bis zu zehn Prozent mehr Leistung, so daß in etlichen Fällen nur noch fünf Prozent weniger abgerechnet wurden als bei der 40-Stunden-Woche. Und schließlich brachte der Übergang von zwei auf drei Schichten ganz zwangsläufig einen zusätzlichen Personalbedarf von 50 Prozent.

„Ich habe jetzt viel mehr Zeit für die Kinder" oder „Da bleibt doch mehr Zeit für einen selbst", sind im Tenor die häufigsten Antworten der Frauen auf die Frage nach dem Nutzen. Wichtig ist auch, daß es bei den Sozialleistungen – ob Kantine, Urlaub oder Bauzuschüsse – keinen „Rückschnitt" gegeben hat.

Obwohl in Ettenheim eine Reihe spezifischer Vorteile zum Tragen kamen, sollten andere Unternehmen mit dem Argument, das sei alles nicht übertragbar, vorsichtig umgehen, meint Mahler. Denn: „Es steht nirgendwo geschrieben, daß ein Modell so und nicht anders aussehen muß. Da sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt."

SCHERING / Positiver Halbjahresbericht

Starkes Auslands-Wachstum

PETER WEERTZ, Berlin

Über ein starkes Umsatzplus besonders auf den Auslandsmärkten berichtet die Schering AG, Berlin und Bergkamen, in ihrem Halbjahresbericht. Wie das Unternehmen im Zwischenbericht mitteilt, hat sich zur Jahresmitte mit einem Umsatzwachstum von rund 12 Prozent in der AG und von etwa 17 Prozent in der Gruppe die positive Entwicklung der ersten Monate fortgesetzt. Dabei lag der Schwerpunkt der Umsatzausweitung – zum Teil bedingt durch die Wechselkursentwicklung von Dollar und Yen – im Auslandsgeschäft, das einen Anteil am Gruppenumsatz von 81 Prozent erreichte. Im Ausland stieg der Umsatz um 18 und der im Inland um zehn Prozent.

Im vergangenen Jahr hatte der Umsatz in der Gruppe 4,28 und der in der AG 1,98 Mrd. DM erreicht. An der positiven Umsatzentwicklung im ersten Halbjahr 1984 waren in der Gruppe alle Unternehmenszweige beteiligt. Die Umsätze wuchsen bei Pharma um 11, bei Pflanzenschutz um 21, in der Galvanotechnik um 23, bei Industrie-Chemikalien um 23 und bei Feinchemikalien um 9 Prozent. Übertroffen wurden die Erwartungen vor allem im Pflanzenschutzbereich. Voraussichtlich werden die Investitionen 1984 in der Gruppe auf 260 (212) Mill. DM und in der AG auf 130 (110) Mill. DM zunehmen.

„Gleichzeitig hat sich der positive Ergebnistrend fortgesetzt", schreibt der Vorstand. Den vor allem in den Vereinigten Staaten erzielten Ergebnisverbesserungen stehen allerdings wieder währungsbedingte Verluste in Lateinamerika und die unverändert schlechte Situation bei der Diamalt AG gegenüber. Für 1984 insgesamt rechnet Schering jedoch mit einem verbesserten Gruppenertrag und in der AG mit einem gleichbleibenden Jahresergebnis.

STROETMANN / Ambitionen bei SB-Warenhäusern

Struktur wird verbessert

H. HILDEBRANDT, Münster

Um gut 4 Prozent auf 275 (264) Mill. DM konnte die Lebensmittelgroßhandlung L. Stroetmann GmbH & Co., Münster, ihren Umsatz 1983 erhöhen. Bei der allgemeinen Umsatzstagnation im Handel ist dies ein durchaus ansprechendes Ergebnis. Rund 75 Prozent des Gesamtumsatzes wurden im Großhandelsbereich mit den 224 Einzelhändlern erzielt, die Stroetmann als regionale VéGé-Zentrale betreut. Die restlichen 25 Prozent steuerten die insgesamt 19 Top-Märkte unter eigener Regie bei. Mit einem auf 12 Prozent bezifferten Marktanteil sieht sich Stroetmann als Marktführer im Münsterland.

Derzeit laufen konkrete Pläne zur Verbesserung der Marktstruktur an. Ausgebaut werden soll dabei ein Netz von Supermärkten in der Größenordnung von 800 bis 1000 Quadratmetern. Max Stroetmann, Prokurist und nachwachsende Führungskraft, sieht diese Marktgröße als die zeitgemäße Nahversorgungsstätte der Zukunft. Die Großhandlung will risikobereite Einzelhändler bei der Einrichtung solcher Märkte denn auch finanziell und mit dem erforderlichen Know-how unterstützen.

Auch im Bereich großflächiger SB-Warenhäuser hat das Münsterländer Unternehmen Ambitionen. Ein solcher Markt fehlt bisher in der westfälischen Metropole und auch in seinem unmittelbaren Umfeld, ist jedoch laut Max Stroetmann trotz aller Widerstände des innerstädtischen Handels dringend erforderlich. Das seit mehr als 200 Jahren in Münster ansässige Familienunternehmen, ursprünglich aus einer landwirtschaftlichen Gemischtwarenhandlung entstanden, erhofft hier eher zum Zuge zu kommen als ebenfalls interessierte auswärtige Filialisten. Insgesamt erwartet Stroetmann für 1984 bereits einen Umsatz von 300 Mill. DM.

FRANKREICH / Regierung verfügt Herabsetzung der Sparzinsen um ein Prozent

Kredite an die Industrie werden billiger

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Bérégovoy hat die Ermäßigung der behördlich reglementierten Sparzinsen um einen Prozentpunkt verfügt und die (verstaatlichten) Banken zur Herabsetzung ihres Basiszinses um ¼ Punkt veranlaßt. Dadurch sollen vor allem die Investitionskredite an die Industrie billiger werden. Gegenwärtig erreicht das Zinsniveau für Bankkredite in Frankreich durchschnittlich 14 Prozent bei einer Inflationsrate von 7,7 Prozent (Jahresvergleich Juni).

Die Sparzinsen waren zuletzt Ende Juli 1983 um ebenfalls einen Punkt herabgesetzt worden. Sie ermäßigen sich ab Donnerstag auf 7,5 (8,5) Prozent für das einkommensschwachen Bevölkerungsschichten vorbehaltene Volkssparbuch. Für die anderen Sparbücher der Sparkassen, der Post und der Banken sind es 6,5 (7,5) Prozent – einschließlich des „blauen Sparbuchs", auf das jeder Franzose bis zu 68 000 Franc (etwa 22 000 Mark) Sichteinlagen steuerfrei verzinst bekommt.

Um ebenfalls einen Punkt reduziert wird der Zinssatz für Bauspareinlagen (auf neun Prozent) und für Schatzscheine mit einer Laufzeit von fünf Jahren (auf zwölf Prozent). Bérégovoy begründete diese Kürzungen damit, daß die nachlassende Inflation im Zins berücksichtigt werden müsse. Bis zum Jahresende erwartet er einen Rückgang der Teuerung auf 6,5 Prozent.

So werden auch die Zinsen für einen Teil der aus den Spareinlagen finanzierten Kredite ermäßigt. Und zwar auf zehn (elf) Prozent zu Gunsten der öffentlichen Gebietskörperschaften, auf 9,75 (10,75) bzw. 9,25 (9,75) Prozent für bestimmte Industrieinvestitionen und im günstigsten Fall auf sieben (acht) Prozent für Bausparkredite.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Kreditentwicklung ist, daß verschiedene Banken bereits gestern ihren der amerikanischen Prime Rate entsprechenden Basiszins um 0,25 auf zwölf Prozent gesenkt haben. Sie tragen damit der jüngsten Entspannung am Geldmarkt, ihrer Hauptrefinanzierungsquelle, Rechnung. Der Tagesgeldsatz ist in den letzten drei Tagen von zwölf auf 11,50 Prozent zurückgegangen.

Obwohl die Banken seit dem 10. Januar 1983 ihren Basiszins nicht verändert hatten, sind sie jetzt bei der Rücknahme zurückhaltend geblieben. Sie berufen sich dabei auf ihre übermäßigen Finanzkosten und Ausfallquoten bei den ihnen von der Regierung auferlegten Rettungsaktionen zu Gunsten notleidender Unternehmen.

Unilever steigert Betriebsgewinn

Hamburg (dpa/VWD) - Der holländisch-britische Unilever-Konzern steigerte im 1. Halbjahr 1984 seinen Betriebsgewinn um 21 Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode auf 1,99 Milliarden Gulden (1,8 Mrd DM).

Wie die Deutsche Unilever GmbH, Tochter dieser größten europäischen Nahrungs- und Waschmittelgruppe, am Dienstag in Hambur berichtete, lag der Konzernumsatz in den ersten sechs Monaten mit 32,56 Milliarden Gulden (29,3 Mrd. DM) um 13 Prozent über dem Vorjahr. Dabei war der Umsatz im 2. Quartal um 14 Prozent und der Betriebsgewinn um 17 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

In Europa trugen die meisten Produktgruppen zu dem „wesentlich besseren" Ergebnis bei. Besonders deutlich fiel die Verbesserung im Verpackungsbereich sowie bei Tiefkühlkost und bei Eis aus.

Schachenmayr in britischem Besitz

MANFRED FUCHS, Salach

Die britische Textilgruppe Coats Patons PLC, Glasgow, übernimmt über ihre deutsche Tochterfirma Jaeger Fashions GmbH, Freiburg, mit sofortiger Wirkung alle Gesellschaftsanteile der Firma Schachenmayr, Mann & Cie. GmbH, Salach. Der Übernahmepreis beträgt 47,5 Mill. DM. Das Bundeskartellamt in Berlin hat dem Zusammenschluß zugestimmt.

Bisheriger Gesellschafter von Schachenmayr war die Familie Bareiss, die überwiegend in den USA lebt. Conrad W. Bareiss bleibt auch nach der Übernahme durch Coats Patons Vorsitzender des Aufsichtsrats von Schachenmayr. Die Geschäftsführung liegt unverändert bei Clemens Knappe (Vorsitzender), Harald Reichert und Guenther Scherrle. Die Geschäftsführung von Schachenmayr betonte, sie beabsichtige nicht, die bisherige Firmenpolitik, insbesondere die Vertriebspolitik, zu ändern.

Schachenmayr beschäftigt über 1000 Mitarbeiter und strebt für 1984 eine Steigerung des Umsatzes auf über 170 (143) Mill. DM an. Coats Patons gilt als zweitgrößte Textil- und Bekleidungsgruppe in Großbritannien und erreichte im Jahr 1983 ein Umsatzvolumen von umgerechnet etwa 3,3 Mrd. DM. Coats Patons hält bereits seit Jahren die Mehrheit an dem Garnhersteller MEZ AG, Freiburg, der jährlich über 100 Mill. DM umsetzt.

British Rail plant Aktion gegen Streik

fu, London

Verärgert haben die Führungsspitzen der beiden Eisenbahner-Gewerkschaften in Großbritannien reagiert, als die Staatsbahn British Rail ihren Entschluß bekanntgab, ihre Mitarbeiter gegen eine Teilnahme an geplanten Streikaktionen zu überreden. Die Nationale Gewerkschaft der Eisenbahner (NUR) und die Gewerkschaft der Lokomotivführer (Aslef) beabsichtigen vom 10. September an eine landesweite Bummelaktion und am 12. September einen ganztägigen Streik, der den Zugverkehr von und nach London sowie den gesamten U-Bahn-Verkehr in der britischen Metropole zum Stillstand bringen soll.

Die Gewerkschaften wollen gegen Arbeitsplatz-Verluste sowie gegen die – wie sie behaupten – „anhaltende Verschlechterung und Aushöhlung von Bahndiensten" protestieren. Die Leitung von British Rail hat erklärt, daß örtliche und regionale Führungs-Beamte jeden Mitarbeiter der Staatsbahn persönlich ansprechen werden. Dabei sollen die Eisenbahner aufgefordert werden, allen Gewerkschafts-Versammlungen beizuwohnen und gegen den Aufruf zu Kampfmaßnahmen zu stimmen.

Es ist die erste Arbeitgeber-Aktion dieser Art. Sie geht zurück auf eine entsprechende Kampagne des britischen Industrieverbandes CBI, mit der Arbeitgeber aufgefordert werden, Streik-Intentionen bereits im Frühstadium und über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg zu attackieren.

DEUTSCHER LLOYD / Stornoquote noch über dem Branchendurchschnitt – Ertragsplus in der Sachversicherung

Konsolidierung bei Leben zeigt erste Erfolge

DANKWARD SEITZ, München

Ganz allmählich beginnen bei der Deutsche Lloyd Lebensversicherung AG, München, die 1983 eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen zu greifen. Schon in diesem Jahr hofft Vorstandsvorsitzender Harold Kluge die schon fast chronisch hohe Stornoquote der Gesellschaft auf etwa 8 Prozent drücken zu können, nachdem die ersten sechs Monate 1984 eine leichte Abnahme auf 8,24 Prozent gebracht haben. Doch ein langer Atem wird notwendig sein, um einmal den derzeitigen Branchendurchschnitt von um 5,2 Prozent zu erreichen. Noch auf absehbare Zeit wird man daher, so Kluge, der Qualität des Neugeschäfts Vorrang vor Wachstum geben müssen.

Daß dies nicht so einfach umzusetzen ist, verdeutlicht schon das Ausscheiden von Udo Rogotzki aus dem Vorstand vor wenigen Wochen. Schon nach einem Jahr der Konsolidierung setzte er wieder, so Kluge, auf Wachstum, so daß man sich von ihm habe trennen müssen. Und statt der ursprünglich geplanten Ausweitung des Neugeschäfts auf etwa 1,4 Mrd. DM nehme man lieber noch einmal einen Rückgang um 100 Mill. auf rund 1,2 Mrd. DM in Kauf. Auch der Großaktionär, die italienische Assicurazioni Generali, habe sich inzwischen daran gewöhnt, daß Lloyd Leben langfristig nur dann Erfolg haben könne, wenn auf überdurchschnittlich hohe Expansion wie in der Vergangenheit verzichtet würde.

In diesem Zusammenhang will Kluge sich künftig verstärkt von solchen Direktverkäufern trennen, die nur Stornoquoten gebracht haben. Vorangetrieben werden soll dagegen das Geschäft mit hauptberuflichen, bestandsgebundenen Vermittlern. Bereits heute brächten diese gut ein Drittel weniger Storno. Innerhalb der nächsten fünf Jahre hofft man, den Anteil des Direktverkaufs am Neugeschäft von derzeit 60 auf 30 Prozent zurückführen zu können.

Deut. Lloyd Leben	1983	±%
Versicherungsbest. (Mill. DM)	11 315,0	+ 1,7
Eingel. Neugeschäft	1333,6	- 8,3
Beitragseinnahmen	434,2	+ 5,0
Aufw. f. Vers.-Fälle	192,3	+ 54,2
Kapitalanlagen [1]	3229,9	+ 7,1
Kapitalerträge	237,3	+ 9,2
Durchschn.-Rendite (%)	7,2	(7,1)
Aufw. f. Beitr.-Rückerst.	179,3	+ 34,7
Rückst. f. Beitr.-Rückerst.	358,4	+ 19,2
	1983	1982
Stornoquote [2]	8,5	8,5
Verw.-Kostenquote [3]	0,3	0,0
Abschl.-Kostenquote [4]	50,0	49,8
Überschußquote [5]	42,2	32,8

[1]) ohne Depotforderungen; [2]) Rückkauf, Umwandlg. in beitr.-freie Versich. u. sonst. vorzeitiger Abgang in % d. Anfangsbestands; [3]) sonst. Aufw. d. Vers.-Beiträge in % d. Beiträge; [4]) in Promille d. eingel. Neugeschäfts; [5]) Burttoüberschuß in % d. Beiträge.

Mit dem Geschäftsjahr 1983 der Lloyd Leben zeigte sich Kluge insgesamt recht zufrieden. Trotz deutlich gestiegener Aufwendungen für Versicherungsfälle sei die Ertragsentwicklung positiv verlaufen. Dazu beigetragen haben vor allem die verbesserten Kapitalerträge und Erfolge bei der Kostensenkung. Aus dem Jahresüberschuß von 3,96 (2,5) Mill. DM wird eine auf 18 (17) Prozent angehobene Dividende auf das Grundkapital von 12 (10) Mill. DM ausgeschüttet.

Auf ein „erfreuliches" Ergebnis – ähnlich wie in den Vorjahren – kann man, so Kluge, bei der Deutschen Lloyd Versicherungs AG zurückblikken. Nach dem Wachstumssprung 1982 durch die Übernahme der Deutsche Elementar Versicherungs AG, Hamburg, hätten sich die Zahlen jetzt wieder „normalisiert". Gewisse Sorgen bereite lediglich die Sparte Industrie-Feuerversicherung. Wegen des harten Wettbewerbs seien höhere Prämien nicht durchzusetzen. Daher verzichte man auf Teile des Neugeschäfts und widme sich lieber privaten Kunden. Unter dem Strich weist die Lloyd Sach einen Jahresüberschuß von 3,35 (2,5) Mill. DM aus. Auf das jetzt voll eingezahlte Grundkapital von 12 (10) Mill. DM werden unverändert 10 Prozent ausgeschüttet.

Deut. Lloyd Sach	1983	±%
Bruttoprämie (Mill. DM)	292,3	+ 7,5
Nettoprämie [1]	177,7	+ 6,9
Aufw. f. Vers.-Fälle	115,4	- 0,1
Vers.-techn. Ergebnis [2]	+ 1,5	- 53,1
Kapitalanlagen [3]	252,6	+ 5,6
Kapitalerträge	19,6	+ 5,4
Durchschnittsrendite %	7,8	(8,1)
in % der verd. Beiträge	1983	1982
Selbstbeh.-Quote	61,0	61,2
Schadenquote	65,4	70,1
Verw.-Kostenquote	30,9	31,4
Rückstellg.-Quote [4]	116,8	117,3
Eigenkapitalquote	23,7	21,2

[1]) Brutto- minus Rückversicherungsbeiträge; [2]) nach Zuführung (Entnahme) von + 1,3 (+ 7,9) Mill. DM zur (aus) Schwankungsrückstellung; [3]) ohne Depotforderungen; [4]) vers.-techn. Rückstellungen.

NAMEN

Bernard Crone-Rawe, Gesellschafter der B. Rawe GmbH & Co., Nordhorn, und Vizepräsident der International Textile Manufactures Federation (ITMF), Zürich, wird am 16. August 60 Jahre alt.

Klaus Jürgen Schinck, Vorstandsmitglied der Pfälzische Hypothekenbank AG, Ludwigshafen, feiert heute seinen 65. Geburtstag.

Claus F. H. Sonntag wurde mit Wirkung vom 1. August 1984 zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Vereinsbank Heidelberg AG bestellt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin: Nachl. d. Else Schulz; **Braunschweig:** HE-Leasing GmbH & Co. KG. u. Verwaltungsges. i. L.; HE-Leasing GmbH i. L.; Bernhard Mackels GmbH, Heizung – Lüftung – Klima; **Flensburg:** Nowak-Autozubehor GmbH; **Hamm:** Wilfried Trockels, Inh. d Fa. Gebr. Heimann, Unna; **Karlsruhe:** Betonstein-Vertrieb GmbH; **München:** GVVG Güterverkehrs-Versicherung AAG; **Niebüll:** Sylter Autovermietungsges. mbH., Westerland; **Wittlich:** All-Oys Schraub- u. Verbindungselemente GmbH, Dreis-Brück.

Anschlußkonkurs eröffnet: Detmold: Annegret Heißenberg geb. Meier, Kauffrau, Inh. d. Fa. Spielautomatengeschaft Annegret Heißenberg; **München:** FZV Freizeit-Zeitschriften-Verlag GmbH.

Vergleich eröffnet: Crailsheim: Speer & Gscheidel; **München:** Eryl Beteiligungs- u. Handelsges. mbH i. L.

Öffentliche Anleihen behauptet

Da die Tendenz der festverzinslichen Werte in den USA am Vortag kaum verändert war und sich der Dollarkurs etwas abschwächte, gab es am deutschen Rentenmarkt vor allem bei den öffentlichen Anleihen einige Anlagekäufe, an denen auch Ausländer beteiligt waren. Die Kurse lagen bis zu 0,10 Prozentpunkte fester. Bei den DM-Auslandsanleihen ergaben sich nur geringfügige Veränderungen, hier kann zur Zeit von Auslandskäufen keine Rede sein. Pfandbriefe blieben weitgehend unverändert.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

(Auszug)

	14. 8.	13. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Bakola Pf 104	100,4G	100,35G
9 dgl. Pf 106	103,85G	103,05G
10 dgl. Pf 108	108,1G	107,55G
7 dgl. KS 132	98,7G	95,7G
8 dgl. KS 156	100G	99,7G
9 dgl. KS 189	102,05G	102,15G

Bundesbahn

		14. 8.	13. 8.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,05B	100,05G
8¼ dgl. 76	9/84	100,05G	100,05
8 dgl. 78 III	11/84	100	100

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Deutlich fester schlossen sowohl Gold wie auch Silber am Montag an der New Yorker Comex. Kupfer konnte sich ebenfalls durchweg festigen. Kaffee schloß dagegen uneinheitlich. Kakao zog in sämtlichen Positionen an. (HT).

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	13. 8.	10. 8.
Sept.	349,50	354,50
Dez.	367,75	372,50
März	377,50	383,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	13. 8.	10. 8.
St. Lawrence 1 CW	232,80	234,40
Amber Durum	259,00	259,20

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	137,70	137,10
Dez.	141,70	141,70
März	148,50	148,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	124,20	123,80
Dez.	122,00	121,50
März	124,70	124,00

Hafer Chicago (c/bush)	13. 8.	10. 8.
Sept.	172,50	172,25
Dez.	177,00	177,25
März	179,50	179,75

Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	292,25	293,75
Dez.	283,50	283,25
März	292,00	290,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	13. 8.	10. 8.
Okt.	130,60	130,50
Dez.	130,80	130,70
März	133,10	133,10

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	13. 8.	10. 8.
Terminkontr. Sept.	145,30	145,15
Dez.	142,20	142,25
März	139,30	139,75

Kakao New York ($/t)	13. 8.	10. 8.
Terminkontr. Sept.	2248	2170
Dez.	2078	2038
März	2075	2040
Umsatz	5013	2324

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	3,80	3,77
Okt.	4,04	4,00
Jan.	4,59	4,54
März	5,07	5,02
Mai	5,38	5,32
Umsatz	6050	12 425

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	13. 8.	10. 8.
	3,75	3,91

Kaffee London (£/t) Robusta-	13. 8.	10. 8.
Kontrakt Sept.	2317–2319	2336–2337
Nov.	2323–2324	2338–2340
Jan.	2250–2252	2263–2264
Umsatz	1776	4036

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1836–1838	1849–1852
Dez.	1673–1674	1654–1655
März	1651–1652	1635–1636
Umsatz	1640	2136

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Okt.	114,40–114,60	115,60–115,80
Dez.	121,00–123,00	124,40–124,60
März	137,40–137,60	139,40–139,50
Umsatz	3247	4712

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	13. 8.	10. 8.
schw. Sarawak spez.	370,00	365,00
weißer Sarawak	630,00	625,00
weißer Muntok	637,50	632,50

Orangensaft New York (c/lb)	13. 8.	10. 8.
Sept.	174,10	173,85
Nov.	172,80	172,85
Jan.	171,85	171,75
März	171,85	171,75
Mai	171,75	171,80
Umsatz	850	850

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	13. 8.	10. 8.
Südstaaten fob Werk	50,00	52,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,25	27,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Aug.	28,25	27,75
Sept.	27,35	26,75
Okt.	26,35	25,50
Dez.	25,55	24,60
Jan.	25,50	24,55
März	25,55	24,70
Mai	25,60	24,60

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	33,00	33,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	28,00	28,00
Choise white hog 4% fr. F.	18,875	18,875

Talg New York (c/lb)		
top white	20,75	20,75
fancy	20,50	20,50
bleichfähig	18,75	18,75
yellow max. 10% fr. F.	16,00	16,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	53,35	53,90
Okt.	49,20	49,85
Dez.	51,00	51,50

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Aug.	54,35	55,55
Febr.	66,25	67,80
März	65,15	66,65

Rinder Chicago (c/lb)	13. 8.	10. 8.
Ochsen einh. schwere River Northern	63,00	63,00
Kühe einh. schwere River Northern	61,00	61,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Aug.	653,00	636,00
Sept.	641,00	623,00
Nov.	639,00	618,50
Jan.	654,50	629,00
März	667,50	644,00
Mai	679,00	654,00
Juli	692,00	660,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Aug.	157,30	155,30
Sept.	159,50	157,50
Okt.	162,00	158,70
Dez.	167,00	163,50
Jan.	170,00	166,00
März	172,00	169,00
Mai	175,00	172,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	13. 8.	10. 8.
Okt.	360,00	356,00
Dez.	369,00	365,00
März	382,00	378,00

Kokosöl New York (c/lb)	13. 8.	10. 8.
Westküste fob Werk	61,00	62,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	14. 8.	13. 8.
jegl. Herk. cif	990,00	990,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	585,00	595,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	550,00	575,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	220,00	217,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1345,00	1495,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	293,00	291,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	13. 8.	10. 8.
Okt.	65,10	66,40
Dez.	65,85	67,10
März	67,70	69,10
Mai	68,74	69,90
Juli	68,64	70,80
Okt.	70,00	70,90

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	45,50	45,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	13. 8.	10. 8.
Okt.	499–505	506–512
Dez.	503–508	510–512
Jan.	506–510	512–514
Umsatz	109	207

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	13. 8.	10. 8.
Okt.	geschl.	51,60
Dez.	geschl.	51,40
März	geschl.	52,90
Mai	geschl.	53,30
Umsatz:	–	9000
Tendenz: –		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	13. 8.	10. 8.
Okt.	563,0–564,0	563,0–564,0
Dez.	594,0–597,0	569,0–570,0
März	–	577,0–579,0
Umsatz:	1	20

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	13. 8.	10. 8.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	13. 8.	10. 8.
Aug.	13 402	13 489
Sept.	13 413	13 426

Kautschuk London (p/kg)	13. 8.	10. 8.
Nr. 1 RSS loco	64,50–67,00	72,00–73,00
Sept.	64,00–66,50	64,50–67,00
Okt.	65,00–65,50	65,00–67,50
Nov.	66,30–67,50	67,30–67,40
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	13. 8.	10. 8.
Sept.	209,25–209,50	209,00–209,50
Okt.	214,00–214,75	214,25–214,50
Nr. 2 RSS Sept.	202,50–203,50	202,50–203,50
Nr. 3 RSS Sept.	199,00–200,00	199,00–200,00
Nr. 4 RSS Sept.	192,00–193,00	192,00–193,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	13. 8.	10. 8.
BWC	646,00	646,00
BWD	630,00	630,00
BTC	646,00	646,00
BTD	630,00	630,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	14. 8.	13. 8.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	136,88–137,07	135,45–135,65
drittfolg. Monat	136,21–136,30	135,65–135,84
Zink: Basis London		
laufend. Monat	245,50–245,88	245,88–246,07
drittfolg. Monat	249,32–249,70	249,32–249,51
Produz.-Preis	287,01	289,23
Reinzinn 99,9%	4002–4042	3946–3985

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	14. 8.	13. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	391,73–393,64	392,42–394,33
Blei in Kabeln	144,50–145,50	143,25–144,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	14. 8.	13. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	383–384	383–384
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	430–431	431
MS 63	414–419	415–419

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	13. 8.	10. 8.
	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	14. 8.	13. 8.
Leg. 225	403–430	403–430
Leg. 226	405–432	405–432
Leg. 231	435–452	435–452
Leg. 233	445–472	445–472

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	14. 8.	13. 8.
Platin (DM je g)	34,35	34,05
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 900	32 650
Rücknahmepr.	32 150	31 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 180	32 890
Rücknahmepr.	32 350	32 070
verarbeitet	34 810	34 500
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 575	32 390
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	752,00	730,40
Rücknahmepr.	729,80	708,80
verarbeitet	785,00	762,40

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	14. 8.	13. 8.
10.30	348,80	343,00
15.00	354,00	–
Zürich mittags	349,10–349,60	343,10–343,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 950	99 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	597,85	580,20
3 Monate	613,00	594,90
6 Monate	627,75	609,30
12 Monate	659,25	614,45
Platin (£-Feinunze) London	13. 8.	10. 8.
fr. Markt	256,20	256,75
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	105,50	104,40

New Yorker Preise	13. 8.	10. 8.
Gold H & H Ankauf	343,50	346,75
Silber H & H Ankauf	762,00	779,00
Platin fr. Händlerpr.	328,00–336,00	328,00–336,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	137,00–138,00	136,50–137,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Aug.	786,30	763,30
Sept.	790,00	766,00
Dez.	798,60	775,60
Jan.	812,00	788,00
März	821,80	798,60
Mai	841,00	814,50
Juli	853,90	829,00
Umsatz:	30 000	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	13. 8.	10. 8.
Aug.	59,10	58,75
Sept.	59,45	59,15
Dez.	61,30	61,05
Jan.	62,05	61,75
März	63,20	62,95
Mai	64,45	64,20
Juli	65,70	65,45
Umsatz:	6 500	7 000

Londoner Metallbörse

	14. 8.	13. 8.
Aluminium (£/t) Kasse	880,00–881,00	883,00–884,00
3 Monate	903,00–904,00	907,00–907,50
Blei (£/t) Kasse	358,50–359,00	352,50–353,00
3 Monate	356,75–357,00	352,00–353,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1013,50–1014,0	1033,0–1033,50
3 Monate	1033,0–1033,5	1033,0–1033,5
abends: Kasse	1014,5–1015,5	1024,0–1025,0
3 Monate	1034,0–1034,5	1042,5–1043,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1026,0–1028,0	1024,0–1025,0
3 Monate	1034,0–1036,0	1033,0–1035,0
Zink (£/t) Kasse	643,00–644,00	645,00–646,00
3 Monate	653,00–654,00	652,00–655,50
Zinn (£/t) Kasse	9405–9410	9475–9485
3 Monate	9340–9350	9405–9410
Quecksilber $/Fl.)	305–315	295–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	79–84	79–84

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgericht/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klāre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Sonderbewegungen bei den Aktien

Nixdorf behauptet seine Favoritenstellung

DW. – Die einigermaßen stabile Tendenz an der New Yorker Aktienbörse ermutigte einige Anleger, ihre Aktienkäufe an der deutschen Börse wieder aufzunehmen. Im Vordergrund standen wie schon in den Vortagen die Nixdorf-Vorzugsaktien, für die auch Kaufaufträge aus dem Ausland vorlagen. Als Technologiewerte nehmen diese Papiere zur Zeit an der Börse eine Spitzenstellung ein. Der Tagesgewinn ging bei ihnen über 10 Punkte hinaus. Zwischenzeitliche Unsicherheiten waren die Folge von Erstzeichner-Verkäufen.

Im Chemiebereich wurden Schering-Aktien bevorzugt. Bei diesem Unternehmen wird in diesem Jahr mit einer deutlichen Ertragssteigerung gerechnet. Einigen Papieren geben Schering-Aktien den Vorzug vor Titeln der Großchemie. Aus dem Rahmen fielen weiter Preussag-Aktien, denen als sogenannte Rohstoffwerte besondere Chancen zugemessen werden. Deutlich fester tendierten daneben Allianz-Versicherung. Ihre Aktien waren lange Zeit in Nachwirkung auf die in England gescheiterte Übernahme einer anderen Versicherung vernachlässigt geblieben. Wenige Beachtung fanden weiterhin Maschinenbauaktien, zu deren Lasten offenbar Tauschoperationen vorgenommen werden. Auch bei den Autowerten gab es vergleichsweise nur geringe Fortschritte. Am Markt für Bankaktien gingen die Tagesgewinne kaum über 2,50 DM hinaus.

Düsseldorf: Aigner verminderten sich um 4 DM auf 248 DM, und Dyckerhoff mußten eine Einbuße von 7 DM auf 198 DM hinnehmen. Conc. Chemie erhöhten sich um 10 DM auf 360 DM, Hochtief befestigten sich um 7 DM auf 485 DM, und Stinnes verbesserten sich um 10 DM auf 600 DM.

Frankfurt: Allianz Vers. zogen um 20 DM an, Stuttgarter Hofbräu stiegen um 20 DM auf 660 DM, und Steigenberger um 20 DM auf 1670 DM. Conc. Chemie stiegen um 10 DM auf 250 DM. Dyckerhoff wurden um 5 DM auf 195 DM zurückgenommen.

Hamburg: Kühltransit setzten ihren Anstieg in der Kasse auf 1230 DM plus 30 DM fort. Triton wurden mit 119,50 DM plus 4,50 DM ebenfalls fester umgesetzt. HEW kamen auf 83,10 DM plus 1 DM und NWK-Vz. auf 163,50 DM plus 1 DM. Reichelt mußten nach Plusankündigung mit 101 DM plus 4 DM bezahlt werden.

München: Agrob St. erhöhten sich um 1 DM auf 229 DM, Flachglas zogen um 4 DM an, und Leonische Draht verbesserten sich um 0,50 DM auf 300 DM, Augsburger Kammgarn fielen um 0,50 DM auf 78,50 DM, Deckel AG verminderten sich um 0,50 DM, und Dywidag ermäßigten sich um 2,50 DM.

Berlin: Berthold zogen um 10 DM an. Schering lagen um 3 DM freundlicher. Lehmann ermäßigten sich um 2,50 DM, Rheinmetall um 1,50 DM, Berliner Kindl, DUB-Schultheiss und Kempinski um je 1 DM.

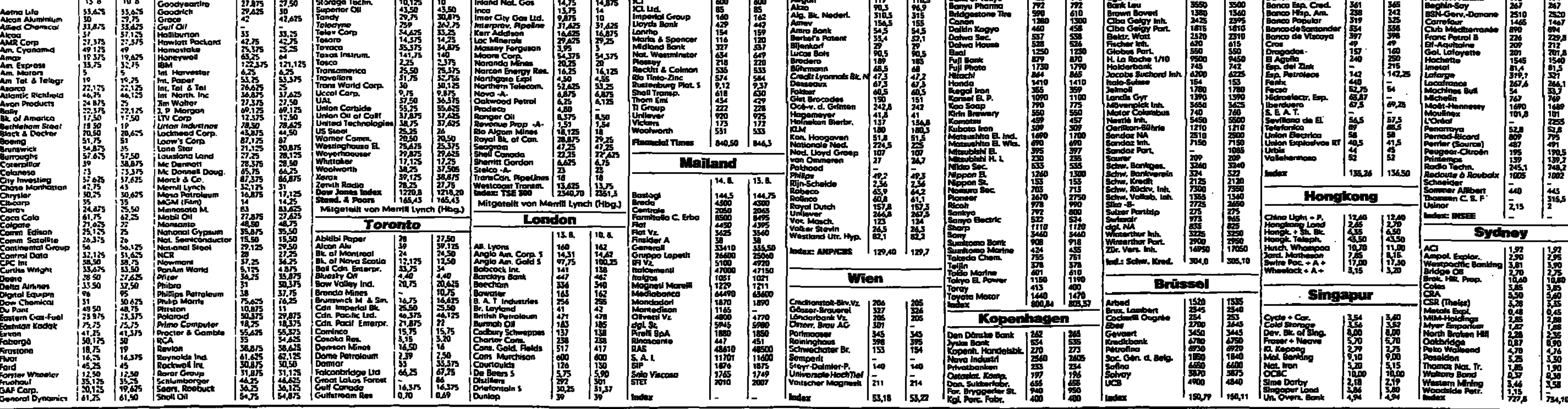
Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 144,0 (144,1)
WELT-Umsatzindex: 2170 (1660)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf 14. 8.	Düsseldorf 13. 8.	13. 8. Stücke	Frankfurt 14. 8.	Frankfurt 13. 8.
AEG	92,5-3,5-2,6-2,5	92G	6617	93,3-3,5-2,5-2,8	93
BASF	155,5-6,5-5,5-6,5G	155G	29352	156,2-7-5,8-6,5	155
Bayer	166,7-7,5-6,3-7,5G	166	30965	167-7,5-6,8-7,1	166
Bayer. Hypo	267G-7-7G	267G	–	267-8-3-9	266,5
Bayer. Vbk.	311-11G	310G	120	312-11	311
BMW	387-90-88-9,5G	385G	1617	390-89,9-9,5-90	385,7
Commerzb.	152,5-3,5-7-5G	151G	7252	152,2-3-1-2,5	151
Conti Gummi	120-20-19,5-20G	120G	14405	120-0,4-19,5-20	120,1
Daimler	552-3,5-1,5-3G	551G	3218	554-3-2,5-2	551
Dt. Bank	338,5-40-38,5-8,5G	338,5	13262	339,4-9,5-8,5-8,5G	337,3
Dresdner Bk.	155,5-6,8-6-6,5G	153,5G	5186	155bG-4,5-5,5-5,8G	153,5G
DUB	220G	220G	153	–	–
GHH	139,5-41,5-39-41,5G	140G	3057	139,5-41-40-42	140bG
Harpener	289bG-9G	288G	165	289,5	288,5
Hoechst	167,3-8-7-7,5G	166,8	19357	167,4-7,5-7-8	166,5
Hoesch	93,5-3-2,5-3	93G	19054	93,5-3,3-3-3,2G	93G
Holzmann	415-5G	415G	108	–	415,5
Horten	170-67-7G	173G	1881	166-9,5-8-8	170
Kali + Salz	214G	214G	379	215,8-5-4-3,5G	214
Karstadt	238-9-9G	237G	1272	241-40	237
Kaufhof	215-4-3-4G	216	1584	216bG-5	217
KHD	230-33-1-2G	229G	313	230-2-29,5-31G	229
Klöckner-W.	57,5-8-8G	57G	12432	58,5-8-7,5-7	57,2
Linde	346G-54-47-53G	346G	235	348,6-8-4-4G	345
Lufthansa St.	152-5,5-3-5G	154,5G	282	154-5-3-5,5	153,5G
Lufthansa VA	152-5-3,5-6	153,5G	272	155-6-5-4,5	153,5G
Mannesmann	142,8-2,8-1,8-3	141,5G	9755	141,5-2-1,5-2,3	141,2
MAN	138G-6-6G	138G	125	138-6,5-8	–
Mercedes-H.	484-5-5G	481G	2710	484,5-5-4-6	482
Metallges.	217G-5,5-5G	217G	9	–	214
Nixdorf	500-3-98-502,5G	492G	15081	500,5-3-99,5-503bG	493
Porsche	–	–	–	985-6-3,5-6	979,5
Preussag*	249-54-50-53G	247G	1359	249,5-54,5-50-53,6G	246
RWE St.	158-9-9G	158G	588	158,5-9,2-8,2-9	157,2
RWE VA	157,8-7,5-6,5-6,5G	156G	646	157,5-6,5-7	156,5
Schering	349-54-50-53G	347G	2373	349bG-55-49,2-53,2	346,2
Siemens	389-9-7,5-8	388G	21945	388,5-8,7-8-8	388,6
Thyssen	75,5-5-4,5-4,5G	75	53902	75-4,5-4-4,5bG	74,5G
Veba	169-9,9-8,7-70	168,5G	7091	169,5-9,9-9,2-70	168,9
VEW	115,5-7-7,5	115,5G	381	117,5-6,5-6,5	115,2
VW	179,8-9,5-9-9G	179G	5800	180,2-79,5-9,2-9,9	179
Philips**	43,8-3,6	43,9	20424	43,7-3,6-3,5bG-3,7	43,9
Royal D.**	139,8-9,4	139,5	14598	140-39,5	139
Unilever**	236-5G	239	2290	236	236
			59876		

Kurswert in 1000 DM



Optionshandel

Frankfurt: 14. 8. 84: 453 Optionen = 26 850 (41 150) Aktien, davon 125 Verkaufsoptionen: = 6550 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-95/3,6, 10-100/2, 1-95/8,5, 1-100/5, 1-110/2,2, 4-110/2,85, BASF 10-160/4,6, 1-160/8,4, 4-160/11, 4-170/7,6, 4-180/3,5, Bayer 10-160/10, 10-161,3/8,3, 10-170/4,8, 10-180/1,8, 1-170/8,6, 1-180/5, 4-170/11, 4-180/7, 4-190/4,5, Bekula 4-95/6,2, BMW 1-410/7, Commerzbank 1-150/10,6, 1-160/5,45, 1-170/2,5, Conti 10-120/4,4, 1-120/8,1, Daimler 10-560/10,4, Deutsche Bank 10-350/5,85, 10-360/4, 4-350/18, Dresdner Bank 10-150/7, 10-160/2,5, 1-160/6,6, 4-150/10,4, GHH St. 4-150/8, Harpener 4-300/15, Hoechst 10-160/11,3, 10-180/1,65, 1-170/8, 1-180/5, Hoesch 10-100/2,2, 1-90/10,2, 1-100/6, 4-110/4,4, Karstadt 4-240/15, Kaufhof 1-220/5,9, Klöckner 10-60/1,8, 1-60/4,5, 1-65/2, 4-65/4, Mercedes 4-500/15,5, Mannesmann 10-140/5,5, 10-150/1,8, 4-140/12, 4-150/7,4, Kali + Salz 10-206/12,1, Siemens 10-380/15,7, 1-390/20, 1-410/8, 4-420/7,4, Thyssen 1-75/6,5, 4-85/3,9, Veba 10-160/11, 1-170/9, 1-180/3,9, 4-180/6,5, VEW 4-130/5, VW 10-180/6,9, 1-180/10,4, 4-200/5,9, Alcan 10-80/7,1, Chrysler 10-65/21,5, 10-75/12,5, 10-80/8,9, 10-85/5,1, 10-90/3, Elf 1-75/3,8, 4-70/12,5, 4-75/8,4, General Motors 10-200/22,2, IBM 10-340/20, 10-360/5,6, 1-360/11, 4-340/50, 4-350/35, Philips 10-38,9/8,05, 10-40/4,5, 1-40/7, 1-45/2,8, Royal Dutch 1-140/9,4, SPERRY 10-110/11, Xerox 1-120/6,1, 4-120/10. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-80/0,8, 10-90/2,4, 10-95/4, 1-85/2,2, 1-90/4,1, 1-95/6,4, BASF 1-160/7,6, 4-150/2,5, Bayer 10-160/1,8, 1-160/1,9, 1-170/5,5, Bay. Hypo 10-261/7, BMW 4-350/6,6, 4-360/10,5, 4-390/17, Commerzbank 10-150/3,1, Conti 1-110/1,5, 1-120/5, 4-120/6,6, Deutsche Bank 10-330/5,5, 4-330/13, Dresdner Bank 10-150/2,6, Hoesch 10-90/1,7, 10-95/3,8, Kaufhof 10-20/6,3, KHD 1-220/3, 1-230/10, Klöckner 1-55/3, MAN 10-140/4, 1-140/7,6, Metallges 1-220/12, Siemens 10-390/9, 1-380/3, 1-380/11,4, 4-370/9,2, Thyssen 10-70/1,1, 4-70/3,3 VW 10-180/6,8, 1-160/2,4, 1-170/4,7, 1-180/7,5, Chrysler 10-85/3,8, 1-75/2,4, 1-80/3,8, 1-85/6,9, 1-90/8,9, 4-80/6,6, 4-90/11, IBM 10-340/5, 1-340/13, 1-350/19,2, Royal Dutch 1-140/6,1, Sperry 1-110/2,9.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅝–11⅞	5¼–5½	4¼–4½
3 Monate	11¾–12	5½–5¾	4⅝–4⅞
6 Monate	12 –12¼	6 –6¼	4⅞–5⅛
12 Monate	12¼–12⅝	6⅛–6⅜	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 14. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1445,00	1795,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1210,00	1471,25
5 US-Dollar (Liberty)	450,00	637,00
1 £ Sovereign alt	233,00	288,42
1 £ Sovereign Elizabeth II.	228,00	282,72
20 belgische Franken	180,00	232,56
10 Rubel Tscherwonez	246,00	307,80
2 südafrikanische Rand	229,00	282,72
Krüger Rand, neu	1025,00	1208,40
Maple Leaf	1025,00	1208,40
Platin Noble Man	1005,00	1185,60

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	248,00	310,08
20 schweiz. Franken „Vreneli"	182,00	231,42
20 franz. Franken „Napoleon"	184,00	233,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	946,00	1142,28
20 österr. Kronen (Neuprägung)	188,00	237,12
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	448,00	550,82
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

14. 8. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankdk.-Kurse4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,8911	2,8991	2,8901	2,85	2,94
London1)	3,804	3,818	3,766	3,75	3,90
Dublin1)	3,076	3,090	3,027	2,98	3,13
Montreal3)	2,2165	2,2245	2,1827	2,18	2,28
Amsterd.	88,660	88,880	88,61	87,50	89,50
Zürich	118,770	118,970	118,87	117,50	120,25
Brüssel	4,938	4,958	4,875	4,80	5,00
Paris	32,500	32,600	32,080	31,75	33,50
Kopenh.	27,425	27,545	27,135	26,25	28,00
Oslo	34,800	34,920	34,26	33,75	35,50
Stockh.**)	34,465	34,625	33,885	33,25	35,00
Mailand2) **)	1,618	1,628	1,585	1,58	1,68
Wien	14,221	14,261	14,191	14,14	14,36
Madrid**)	1,754	1,764	1,719	1,70	1,82
Lissabon**)	1,915	1,935	1,82	1,45	2,36
Tokio	1,1915	1,1945	–	1,15	1,21
Helsinki	47,630	47,830	46,49	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,4740	2,5280	–	2,00	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4245	2,4485	–	2,35	2,47
Johannesbg.*)	1,8390	1,8580	–	1,65	1,90

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Überraschend kam am Vortag in New York und an der Chicagoer Terminbörse Nachfrage an Nicht-Dollar-Währungen zustande, die einen Rückfall des Dollarkurses auf 2,88 zufolge hatte. In Europe startete man am 14. 8. bei 2,8950 und erreichte als Tageshoch 2,9040. Nach der Notiz von 2,8951, die wiederum ohne Aktivitäten der Bundesbank zustande kam, sorgte der fast sensationelle Rückgang der Einzelhandelsumsätze in den USA für Unruhe und schwächere Dollarkurse bis 2,8700. Die Phantasie für die zukünftige Entwicklung der Zinssätze dürfte somit nun angeregt werden. Die meisten Währungen wurden von der Dollar-Schwäche mitgezogen. Allerdings waren größere Kurs-Rückgänge mit Ausnahme des Yen und des Canadischen Dollars nicht zu vermelden. US-Dollar in: Amsterdam 3,2630; Brüssel 58,54; Paris –; Mailand 1785,00; Wien 20,3430; Zürich 2,4355; Ir. Pfund/DM 3,083; Pfund/Dollar 1,3164; Pfund/DM 3,811.

Ostmarkkurs am 14. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar-Deports am 14. August etwas niedriger bei 1/16 Prozent niedrigeren Dollar-Zinssätzen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,68/1,58	4,52/4,42	8,52/8,32
Pfund/Dollar	0,13/0,15	0,49/0,53	1,17/1,22
Pfund/DM	2,50/1,10	5,30/3,90	8,60/7,20
FF/DM	25/9	55/39	102/86

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14. 8.: Tagesgeld 5,5 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 14. 8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 14. 8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,46) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,2, Rendite 7,70.

Gute Bücher nur abends

rst. – Stanislav Juga, Leser des tschechischen Parteiorgans „Rude Pravo", ist empört. In den vergangenen fünfzehn Jahren hat er „Hunderte von Stunden" in Schlangen verbracht – vor Buchläden! Und trotzdem konnte er „einige Dutzend Bücher", die er sich für seine Bibliothek gewünscht hätte, nicht kaufen. Der staatliche Buchladen „Kniha" bekam nämlich jeweils nur zwei, drei Exemplare des von den Kunden gewünschten Romans oder Sachbuches. Und diese waren bereits für die örtliche Bücherei bestimmt.

Ähnlich wie Leser Juga aus Nordmähren beschwerte sich in „Rude Pravo" auch der Rentner Antonin Liška aus dem Bezirk Pilsen-Süd. In der Umgebung seines Wohnorts gibt es zwölf Ortschaften ohne Buchläden. Darum beschloß Rentner Liška, selber Buchhändler zu werden, einem dringenden öffentlichen *Bedürfnis* abzuhelfen und sich sogar noch einige Kronen dazuzuverdienen. Anfangs schien auch alles gutzugehen. Liška nahm vom staatlichen Buchhandel für 15 000 Kronen pro Quartal Bücher in Kommission und suchte in den „vernachlässigten" Orten Kunden.

Sehr schnell hatte der geschäftstüchtige Rentner die Bücher an lesehungrige Kunden abgesetzt. Seit einigen Monaten aber verkauft Liška viel weniger. Der Grund: Statt für 15 000 Kronen bekommt er jetzt Bücher *nur noch im* Wert *von* 5000 Kronen.

Und in Zukunft soll es den Buchliebhabern in der Tschechoslowakei sogar noch schlechter gehen. Die Schlangen vor den Buchläden fielen den Funktionären nämlich auf, und man begann sich argwöhnisch zu fragen, ob diese Leute, die da drei, vier Stunden vor dem Laden auf ein Buch warteten, dies nicht in ihrer für den Staat so kostbaren Arbeitszeit taten. Regelmäßige Kontrollen sollen nun solche Buchliebhaber aufspüren und den Betriebsleitungen melden.

Und damit man in der Zukunft nicht mehr zum Schlangestehen während der Arbeitszeit verführt werden kann, sollen die Neuerscheinungen des Buchmarktes – so wie es in den nordmährischen Städten schon Praxis geworden ist – überall erst am Abend zum Verkauf angeboten werden. Selbstverständlich wird es auch Ausnahmen geben. Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus, der Genossen Andropow und Tschernenko sowie Husak und Bilak werden den ganzen Tag angeboten.

„DDR"-Theater – Stellungnahme von H. Budde

Laßt die Puppen tanzen!

Unlängst zog Klaus Pfützner, 1. Sekretär des Verbandes der Theaterschaffenden der „DDR", im Ostberliner „Theater der Zeit" wortreich über meine bislang an dieser Stelle veröffentlichten Beiträge her, in denen ich mich kritisch mit der Situation des „DDR"-Theaters auseinandersetzte. Aber aus Mangel an Argumenten erging er sich nur in deftigen Beschimpfungen.

Von „journalistischer Wegelagerei schlimmsten Zuschnitts" und „grober Raffinesse" war da die Rede. Beispielsweise sei meine Feststellung unwahr, wonach die Mängel im Bereich des „DDR"-Puppentheaters eindeutig auf das Konto der SED gingen. Schuld wären statt dessen die Künstler selbst. „Manche Künstler" hätten eine bessere Ausbildung von Puppenspielern verhindert!

Man sollte solche Ausfälle wohl nicht mehr unwidersprochen lassen, schon im Interesse der verdächtigten Künstler nicht. Lassen wir also die „DDR-Presse" selbst zu Wort kommen, die sich auf diesem vergleichsweise abgelegenen Gebiet trotz der Kontrolle durch die Funktionäre ziemlich unverblümt geäußert hat.

Faktum ist beispielsweise, daß die inzwischen wegen Papiermangels eingestellte Ostberliner Zeitschrift „Forum" bereits 1978 in einem ganzseitigen Artikel auf die Verantwortlichkeit der „Kulturfunktionäre" für die Mängel auf dem Sektor des „DDR"-Puppentheaters hinwies. Und was die gegenwärtige Situation betrifft: Kürzlich fand der 3. Leistungsvergleich der „DDR"-Puppenspieler statt, über dessen Ergebnis der Ostberliner „Sonntag" kurz und knapp schrieb: „Die erfreuliche Quantität war keine Garantie für Qualität. Neben vereinzelten herausragenden Spitzenleistungen war allzuviel Alltägliches zu sehen." Im Wettbewerb der Ensembles und im Wettbewerb der Solisten wurden keine ersten Preise vergeben, weil, wie der „Sonntag" messerscharf schlußfolgerte, die Jury „insgesamt mit dem vorgezeigten Leistungsniveau des Puppentheaters nicht zufrieden" war.

Und auch der Grund für die Unzufriedenheit, die *Gängelung*, wurde mehr oder weniger deutlich angesprochen. *In ihrer Laudatio anläßlich* der in Ost-Berlin stattgefundenen Preisverleihung erklärte die Juryvorsitzende Käthe Seelig: „Die in der langfristigen Konzeption für das Puppentheater zwar deklarierte und mehrfach versicherte Gleichberechtigung, de facto aber noch bestehende Zweitrangigkeit bei staatlichen und gesellschaftlichen Gremien kann nur durch künstlerisch hochwertige Leistungen endgültig überwunden werden."

„Was auf Ensembles wie Solisten zutrifft", ergänzte in diesem Zusammenhang wiederum der „Sonntag", „Überzeugende künstlerische Leistung aber braucht schöpferische Bedingungen und Hilfe wie Unterstützung durch entsprechende Institutionen. Daß diese Zusammenarbeit nicht produktiv wurde, gehört in den vergangenen Jahren zu den Versäumnissen, deren Wirkung intensiver ist, als zunächst anzunehmen war." *Solche* Feststellungen der eigenen Presse zeigen, daß der 1. Sekretär des „DDR"-Theaterverbandes wohl doch schiefliegt, wenn er in bezug auf die „DDR"-Theaterszene von einem „Vertrauensverhältnis" der SED-Kulturfunktionäre zu den Theaterkünstlern spricht.

Als im vergangenen Jahr Vertreter des Ministeriums für Kultur und des Theaterverbandes zu einer gemeinsamen Beratung mit Leitern der staatlichen Puppentheater zusammentraten, forderte die SED-Kulturfunktionärin Gisela Holan „eine Erweiterung" des Repertoires der Puppenbühnen „durch ideologisch und ästhetisch anspruchsvolle Stücke". Doch im Ergebnis des vom Kulturministerium und vom Theaterverband veranstalteten Wettbewerbs um Stücke und Spielvorlagen für das Puppentheater wurde wiederum kein erster Preis vergeben, weil es offenbar an den erwünschten ideologisch anspruchsvollen Beiträgen mangelte!

Auch das ist ein Ausdruck jener zwischen der SED und der Mehrheit der Theaterleute bestehenden Kluft, die nur durch mehr künstlerische Freizügigkeit aus der Welt geschafft werden könnte, nicht aber durch Beschimpfungen und Verdächtigungen, wie sie der Genosse Pfützner dem Berichterstatter der WELT angedeihen läßt. HARALD BUDDE

Medizin: Spritzen gegen Bandscheibenschäden

Vorerst nur für Könner

Gegen die äußerst schmerzhaften Bandscheibenvorfälle, Zivilisationskrankheit der Sitzarbeiter, können neuerdings Spritzen helfen, die den vorgefallenen Bandscheibenkern auflösen. Wie Professor Mario Brock (Berlin) kürzlich auf dem 34. Kongreß für ärztliche Fortbildung in Berlin berichtete, wird den Kranken dabei Chymopapain, ein Enzym aus dem Saft der Papaya-Pflanze, eingespritzt.

Diese neuartige Therapie, die nur von erfahrenen Neurochirurgen vorgenommen werden sollte, ist bei etwa jedem dritten Patienten *mit* einem Bandscheibenvorfall angezeigt. Aller*dings sollte* der *Eingriff* – wie *übri*gens auch die Operation – erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn eine physiotherapeutische Behandlung erfolglos geblieben ist.

Die Chemolyse von Bandscheibenvorfällen wurde bislang weltweit an etwa 40 000 Patienten durchgeführt. Und zwar wird dabei unter örtlicher Betäubung oder Vollnarkose das *Chymopapain in die Zwischenwirbel*scheibe gespritzt. Das Eiweißgewebe wird nach der Injektion des Enzyms „verdaut". Das führt zur Größenabnahme und unter Umständen zum völligen Verschwinden des Vorfalls und der damit verbundenen Schmerzen.

Verglichen mit dem bis heute vorherrschenden operativen Vorgehen ist die Chemonukleolyse risikoärmer und auch billiger. Einer breiten Anwendung dieser therapeutischen Möglichkeit steht jedoch noch die recht geringe Zahl erfahrener Neurochirurgen gegenüber. Die Erfolgschance der Chemonukleolyse wurde – wenn die Indikation sehr vorsichtig gestellt wird – mit etwa 80 Prozent angegeben. Als Nebenwirkungen können gelegentlich stärkere Rükkenschmerzen auftreten, die zu einer längeren Bettruhe zwingen.

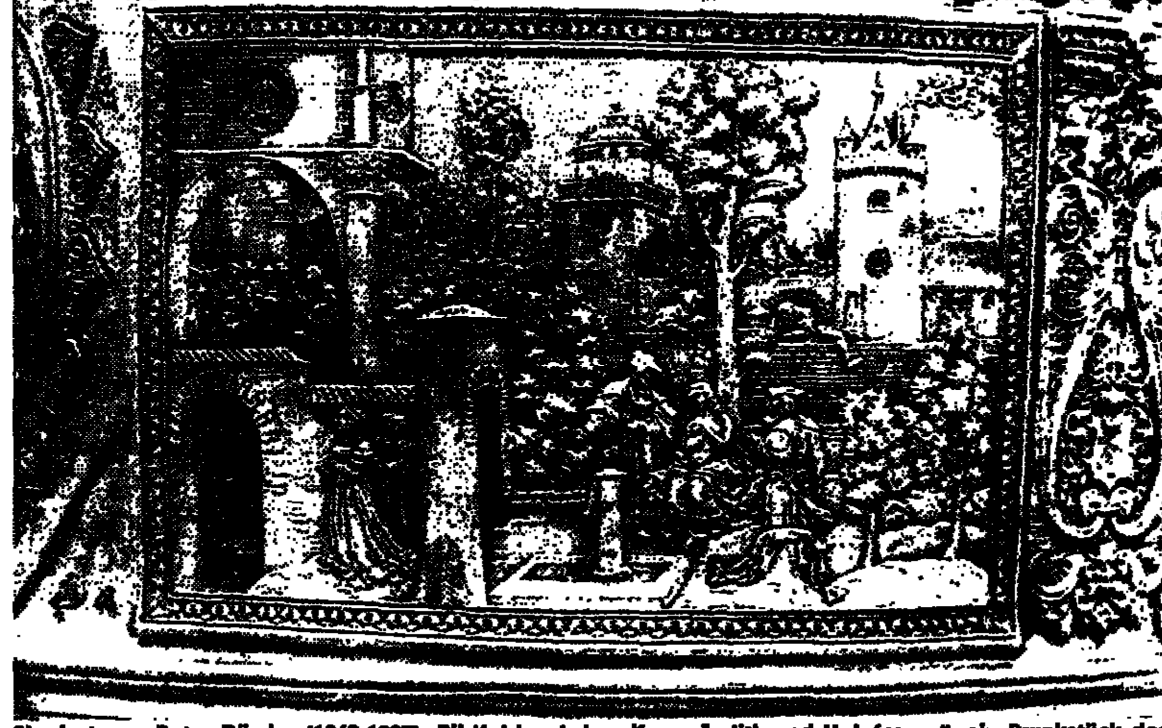
Tritt ein Erfolg der Chemolyse nicht sofort auf, so hängt das im allge*meinen damit zusammen, daß* durch das Chymopapain zunächst nur der zentrale Anteil der Zwischenwirbelscheibe aufgelöst wird, während das umgebende Gewebe erst im Verlauf der folgenden sechs bis zwölf Wochen abgebaut wird. Ein endgültiges Urteil über Erfolg oder Mißerfolg der Chemolyse ist daher erst einige Wochen nach dem Eingriff möglich.

Wie bei jeder Injektion *von eiweiß*haltigen Wirkstoffen muß auch beim Chymopapain grundsätzlich mit allergischen Reaktionen gerechnet werden. Erfolgversprechend ist diese Form der Behandlung jedoch nur in den Fällen, in denen der Faserring der Bandscheibe noch nicht zerstört ist. BERND STEFAN

Spendable Gratulanten und eine Jubiläumsschau – Das Düsseldorfer Hetjens-Museum feiert Geburtstag

Aus Meißen kommen die Goldchinesen

Das Düsseldorfer Hetjens-Museum ist 75 Jahre alt geworden. Die Gratulanten zeigten sich wieder einmal sehr spendabel. Der Freundeskreis des Museums schenkte zwei große Steinzeugkrüge, zwei Prachtstücke, die wegen der außerordentlichen Qualität der Gestaltung und der kaum zu überbietenden Feinheit der Reliefauflagen als seltene Zeugnisse des keramischen Kunsthandwerks im vorigen Jahrhundert eine wertvolle und willkommene Bereicherung des Museumsbesitzes bedeuten. Besonders der über einen Meter hohe Schankkrug aus dem Jahr 1883 von Dümler & Breiden in Höhr-Grenzhausen – eine der bekanntesten Manufakturen des Kannebäckerlandes – verdient mit Recht die Bezeichnung Prunkgefäß und war seinerzeit als unübersehbares Schaustück für große Ausstellungen gefertigt worden.



Signiert von Peter Dümler (1860-1907): Bildfeld auf dem Krug „Judith und Holofernes", ein Prunkstück des Hetjens-Museums in Düsseldorf FOTO: LANDESBILDSTELLE RHEINLAND

Historismus war damals kein Schimpfwort. Die seit der Renaissance ununterbrochene Trdition der Steinzeugherstellung im Westerwald bediente sich frei und souverän der Renaissance-Ornamentik *und hielt* sich bei den Bildreliefs ebenso frei an grafische Vorbilder deutscher Renaissancekünstler wie Dürer, Cranach oder Aldegrever. Auf diesem prächtigen Krug zeigen sie biblische Szenen wie „Judith und Holofernes", „Susanna im Bad" und die „Kundschafter" zum Beispiel. Sie sind von Peter Dümler (1860–1907) signiert und von feinstem Schnitt. Der andere *Krug, halb so groß, ist eine Arbeit von* Hubertus Schiffer aus Raeren, der sich enger als Dümler an seine Vorbilder hielt, an Jan Emens und Jan Baldems Mennicken vor allem, die im 16. Jahrhundert wesentlich zur Blüte des Raerener Steinzeugs beigetragen haben.

Beide Krüge stammen also aus einer Zeit, die von der Kunstwissenschaft lange mißachtet und von den Sammlern und Museen deshalb vernachlässigt wurde. Erst seit einigen Jahren erfährt der Historismus eine vernünftige Rehabilitierung und nicht selten schon wieder eine beflissene Aufwertung. Die Museen müssen ihre Lücken füllen. Auch bei dem *sonst wohlbestückten Hetjens-Muse*um bleibt da noch viel nachzuholen. Diese beiden Geburtstagskrüge leisten jedenfalls einen markanten Beitrag.

Eine andere Lücke schließt die Schenkung von Hety und Berthold Glauerdt *aus Solingen mit* 82 Keramiken aus Ecuador. Präkolumbianische Keramik war in Düsseldorf bislang nur bescheiden vertreten; und vollends Keramik aus Ecuador, seit kurzem erst erforscht, ist jetzt überhaupt zum ersten Mal präsent. Es handelt sich um Funde, an Ort und Stelle erworben, von der Küste und den Kordilleren aus der Zeit zwischen 1800 und 1500 vor Christus ungefähr. Es sind Figuren und Gefäße sowie Gefäße, die Figuren sind und umgekehrt, männliche und weibliche *Gestalten von bizarrem Reiz und ver*mutlich kultischem Charakter.

Noch eine weitere Stiftung ziert den Geburtstagsgabentisch des Museums, nämlich die kleine, aber kostbare Sammlung der Düsseldorfer Kunsthistorikerin Annemarie Sprung mit erlesenen Stücken aus europäischen Manufakturen. Auch sie enthält eine „Premiere": zwei besonders reizvolle englische Porzellanfiguren aus der Goldanker-Periode der bisher im Hetjens-Museum noch nicht vertretenen Chelsea-Manufaktur. Die eigentliche Kostbarkeit dieser Schenkung aber bildet frühes Meißener Porzellan, das in den Augsburger Werkstätten der Hausmaler Seuter und *Auffenwerth mit sogenannten* „Goldchinesen" bemalt wurde. Da bewegen sich über das weiße Porzellan silhouettenhafte, zierliche Gestalten in Gold, lustwandeln unter Bäumen, trinken Tee, rauchen oder sind mit Räucherwerk beschäftigt, hantieren mit Schirmen und Fächern und variieren so auf amüsante Weise die damals beliebten Chinoiserien.

Wenn das Hetjens-Museum seine mäzenatischen Freunde *nicht hätte!* Es verdankt ihnen seine Existenz, seine Entstehung und seinen Namen. Seit Laurenz Heinrich Hetjens mit seiner damals schon sehr berühmten Steinzeugsammlung den Grundstock dafür gelegt hat, haben immer wieder Stiftungen die umfangreichen Ankäufe von Einzelstücken und ganzen Sammlungen ergänzt und gefördert. *Heute ist das Hetjens-Museum das* einzige Spezialmuseum in Deutschland, das die Keramik aller Zeiten und Kulturen „unter kunst- und kulturhistorischen Aspekten beispielhaft sammelt, präsentiert und interpretiert"; es darf sich deshalb „Deutsches Keramikmuseum" nennen.

Als solches pflegt und fördert es mit besonderem Engagement auch die zeitgenössische Keramik. Zum Jubiläum zeigt es eine *Ausstellung* „Deutsche Keramik heute", die einen breiten Überblick über das vielfältige Schaffen „der in Deutschland mit Ton künstlerisch Arbeitenden" gewährt. Schon diese ziemlich gedrechselte Definition läßt erkennen, daß *der Keramiker alten Schlages nicht* mehr allein maßgebend ist. In der Tat präsentieren sich die rund zweihundert Arbeiten von fünfzig deutschen Keramikern und Keramikerinnen in einer formalen und handwerklichen Vielfalt, die von der klassischen Gefäßform bis zum abstrakten Objekt, von der schlichten Irdenware bis zur figürlichen Plastik aus Porzellan reicht.

*Viele der heutigen Keramiker ha*ben sich mehr und mehr vom Rad gelöst, das Jahrtausende hindurch das Töpferhandwerk geprägt hat; nur wenige sind noch Töpfer im alten Sinn. Sie formen aus der freien Hand – ein Verfahren, das freilich noch älter ist als die Töpferscheibe; die meisten bedienen sich aller möglichen Techniken gleichzeitig. Sie bauen ih*re Werkstücke aus Platten und Wül*sten auf, montieren und deformieren gedrehte Teile, fügen sie zusammen zu Skulpturen, Reliefs oder plastischen „Stilleben", pop-artigen Gebilden mitunter oder strengen, kargen Konstruktionen, die fast alle Beziehungen zur bildenden Kunst erkennen lassen.

Mehrere Generationen sind in dieser Ausstellung vertreten. Der älteste *Repräsentant seines Faches ist der* 81jährige Otto Meier, der jüngste, Guido Sengle, ist 28 Jahre alt. Nur acht sind jünger als vierzig. Das mag an der Auswahl liegen und läßt hoffentlich nicht auf fehlenden Nachwuchs schließen. Immerhin erscheint *es bemerkenswert, daß der jüngste* „Tonkünstler" dieser Auswahl wieder ein Töpfer ist, der schlichte Vasenformen vorstellt, die zu gebrauchen sind und sich gleichermaßen durch klare Gliederung und wunderschöne Glasuren auszeichnen – wie die des Seniors Otto Meier.

Vielleicht liegt die Zukunft der freien, skulpturalen Keramik doch mehr im Bereich der bildenden *Kunst; Beispiele, die sich in Ausstel*lungen zeitgenössischer Plastik und Kleinplastik mehren, könnten darauf schließen lassen. (Bis 15. 9. 84; Katalog 58 Mark.) EO PLUNIEN

Kinoträchtige Brutalo-Ballade oder Billig-Freud? – Francis Coppolas neuer Film „Rumble Fish"

Am Boden wabert der Trockendampfnebel

Ein Film wie Blei: Grau und schwerfüßig, trist und ungelenk kommt Francis Coppolas neuer Film „Rumble Fish" nach dem Roman der S. E. Hinton daher. Das Publikum flüchtet scharenweise aus dem Kino. Erwartungen werden nicht erfüllt.

Erwarten mußte man, so wie „Rumble Fish" vom deutschen Verleih ausgerufen wurde, eine jener kinoträchtigen Brutalo-Balladen aus dem Milieu amerikanischer Halbwüchsiger mit viel Schlägerei und Motorradlärm vor der allfälligen sozialkritischen Kaschierung.

Gerade diesen Filmtyp, den er mit seinen „Outsiders" kürzlich durchgespielt hat, dreht Coppola nun auf das entschiedenste um. Er lockt damit und verweigert ihn doch. Der Film ist noch keine zehn Minuten alt, da kommt es zu einem Gang-Kampf in einer verlassenen Garage. Ein Messer blitzt, Blut trieft, Scheinwerfer blenden die horrende Choreographie der tobenden Banden an. Aber dabei bleibt es. Der Rest ist Seelenarbeit.

Coppola hat diesen Film in Schwarzweiß gedreht. Das bedeutet schon soviel wie: Filmkunst. Die Hochhauskulissen der Stadt sehen papieren aus: offenbar Standfotos, im Studio aufgezogen. Am Himmel dräuen die Wolken grau in grau, und am Boden wabert der Trockendampfnebel. Immer wieder greift Coppola auf Mittel des expressionistischen Stummfilms zurück.

Coppola schätzt Wim Wenders. Er hat mit „Rumble Fish" versucht, einen sehr deutschen Film zu drehen. Das ist ihm nur zu gut geglückt, denn er fällt auf dessen Fehler herein, ohne irgendwo die tiefen, dumpfen Qualitäten zu erzielen, die sich freilich auch im neuen deutschen Film sehr rar machen. Dem Irrtum, Kino müsse einem den Abend lang und leidend machen, um Kunst zu sein, ist Coppola voll erlegen.

Der Rumble Fish ist eine Spezies von Kampffischen, die scheinbar grundlos aufeinander losgehen, als hätten sie nichts als die Vernichtung der eigenen Art im Sinn. Ein Rumble Fish attackiert im Extremfall sogar sein eigenes Spiegelbild. Dieses Tier, hier in einer Zoohandlung im Aquarium gehalten, nimmt Coppola als symbolträchtige Überhöhung seiner Geschichte – und diese Fische, blau und rot, sind denn auch die einzigen Farbtupfer im Schwarzweißmaterial.

Das Bandenunwesen dämmert schon seinem Ende entgegen. Aus sportlich-mörderischen Crews sind vom Rauschgift vollgepumpte Vereine geworden. Rusty-James, Hauptfigur in „Rumble Fish", begreift das *nicht.* Fixiert auf *das* Vorbild *seines* älteren Bruders, kreist sein Denken noch ganz in dieser Welt von gestern. Er versucht, die alten Gesetze in Kraft zu halten. Es funktioniert nicht mehr. Er kriegt schlimme Blessuren ab.

Der ältere Bruder, farbenblind und *halb taub aus seiner großen Zeit üb*riggeblieben, spielt die Rolle des weisen Idioten. Er hat begriffen, daß es die Sache, um die es einst ging, nicht mehr gibt. Er hat seine Erfahrungen teuer bezahlt.

All das sieht der jüngere Bruder *nicht. Er begreift es erst, als das Idol* schließlich und endlich und überflüssigerweise von der Polizei hinterrücks erschossen wird. Er nimmt dessen Motorrad und fährt über den großen Fluß gen Westen, wie es der große Bruder ihm aufgetragen hatte. Von solcher Trivialsymbolik ist Coppolas Film arg voll.

Ärger wird es noch, wenn Coppola die beiden Brüder mit ihrem versoffenen Vater übers Leben psychologisieren läßt. Da kehrt der Billig-Freud eines Tennessee Williams mit vierzigjähriger Verspätung wieder. Manchmal sieht es ja wirklich so aus, als *hätte Amerika gar nichts begriffen.*

Im Handwerk, vor allem in Schnitt und Kamera, ist der Film bei allen Rückbezügen sehr gut gemacht. Gespielt wird auf unterschiedlichem Niveau. Mickey Rourke als großer Bruder liefert eine recht eindrucksstarke Studie, Dennis Hopper liefert als Vater eine exquisite Charge. Matt Dillon als Rusty-James hat außer sich selbst noch wenig vorzuführen.

Einen guten Film, der Bandenwesen und Jugendkriminalität auf der Leinwand beerdigt, hätte man sich in heutiger Kinozeit wohl gewünscht. Coppola bleibt nicht das Thema schuldig, aber den Film. Diejenigen, die er ansprechen will, sind bloß ge*frustet und suchen, wie gesagt,* das Weite vor der Zeit.

REINHARD BEUTH

Tonbilder aus dem stalinistischen Rußland: Chaillys Schallplatte von Prokofjews „Alexander Newski"

Hand in Hand mit Sergej Eisenstein geschrieben

Erst emigriert, später dem Stalinismus gehuldigt: Der russische Komponist Sergej Prokofjew FOTO: CAMERA PRESS

Schon in den zwanziger Jahren war für die musikalischen Formen eine Revolution angebrochen. Im Gefolge von Futurismus und Konstruktivismus hatten sich herkömmliche Muster wie Sonate, Liedform, Rondo usw. zerspalten und aufgelöst – mechanistische „Baukastenformen" pflegten mit musikalischen Elementen einen Umgang wie mit austauschbaren *Ersatzteilen. Das Prinzip der* Reprise geriet außer Kurs: Der junge Schostakowitsch etwa komponierte seine 2. und 3. Sinfonie ganz ohne Themenwiederholungen.

Dieses „Baukastenmaterial" erfuhr unvorhergesehenermaßen neue Anwendungen im neuen Medium des Films, genauer: des aufkommenden Tonfilms. Gesetze der Bildschnittechnik ersetzten die frühere musikalische Logik von Exposition, Durchführung und Reprise. Spezielle „Filmmusik" entstand, die wiederum nicht ohne Rückwirkung auf die zeitgenössische *Sinfonik blieb:* Auch in sie drangen Prinzipien wie Szenenfolge und Bildschnitt.

Unter diesen Voraussetzungen ist Sergej Prokofjews schon wieder in Rußland entstandene, nach seiner *gleichnamigen Tonfilmmusik* gestaltete Kantate „Alexander Newski", op. 78, aus den Jahren 1938 bis 1939 in mehrfacher Hinsicht ein Dokument. An der Filmmusik hat Prokofjew tatsächlich Hand in Hand mit dem berühmten Filmregisseur Sergej Eisenstein gearbeitet, wobei die Musik durchaus nicht immer zur Magd der szenischen Handlung degradiert wur*de,* sondern Eisenstein hat umgekehrt auch aus der Musik kommende Anregungen als Filmideen aufgegriffen.

Zum anderen geschah dies schon in einer äußerst kritischen, blutigen Zeit. Die Dogmen des „Sozialistischen Realismus" waren in Kraft, *Künstler wie Meyerhold, Isaak Babel* oder Ossip Mandelstam den Stalinschen Säuberungen bereits zum Opfer gefallen; was an dieser Musik als „volksnah" und „realistisch" für ihre Beliebtheit auch im Westen sorgte, der in jenen Jahren gleichfalls an „populistischer" Neuer Musik Gefallen fand, wurde in einer Situation der Vorsicht und Furcht vor politischem Mord komponiert. Und die Musik verrät allenfalls zwischen den Zeilen etwas von diesem makabren Hintergrund; dem unbefangenen Hörer erscheint sie sicher problemlos, ziemlich „russisch" in ihren Mussorgski ähnelnden Diktionen, monumental und bombastisch. *Es liegt in der* Hand des Interpreten, daraus einen uninteressanten „Schinken" werden zu lassen.

Der Aufnahme von Cleveland-Chor und -Orchester unter Riccardo Chailly (Decca 6.42945) ist nachzurühmen, daß sie, bei lupenreiner Digitaltechnik, *das Knistern und Knirschen* hörbar macht, das sich auf andere Weise in dieser Musik abspielt. Das gelingt dank einer sensiblen Disziplin, die nichts Exerzierplatzmäßiges, eher Experimentelles an sich hat; so stellen sich Theatralik her und Klage, der Ausdruck von Tragik und das Format der kompositorischen Persönlichkeit Prokofjews.

Wunderschön ist der Mezzosopran von Irina Archipowa: eine jener zugleich warmen und dramatischen Stimmen, wie man sie *wohl* nur in Rußland findet, dessen byzantinische Gesangstraditionen viel enger mit dem „Wort" verbunden sind. Alles in allem eine Aufnahme, die Strukturen hörbar macht, die die Genesis dieser Musik nicht zudeckt, in der man dem „Vitalismus" der 30er Jahre seine futuristische und konstruktivistische Vorgeschichte durchaus anhört.

DETLEF GOJOWY

JOURNAL

Daimler-Benz unterstützt Bundesjugendorchester

jn. Stuttgart

Das Bundesjugendorchester mit seinen über 100 Musikern im Alter zwischen 13 und 20 Jahren wird in diesem Jahr erstmals von der Daimler-Benz AG unterstützt. Das Unternehmen, das damit Spitzenleistungen auf kulturellem Gebiet fördern möchte, finanziert zunächst für drei Jahre jeweils eine Arbeitsphase des *Bundesjugendorchesters.* Die Sommerarbeitsphase des Bundesjugendorchesters findet von Mitte August bis Anfang September statt.

Gemäldeaustausch: Bayern und UdSSR

R. M. B. München

Im Rahmen eines zwischen dem Kultusministerium der UdSSR und dem bayrischen Kultusministerium vereinbarten Austausches von Ausstellungwen werden die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen im Herbst dieses Jahres 40 bedeutende Werke der europäischen Malerei des 17. und 18. Jahrhunderts aus dem Bestand der Alten Pinakothek in Moskau und in Leningrad zeigen. Die Ausstellung findet vom 3. September bis 14. Oktober 1984 im Moskauer Puschkin-Museum und anschließend in der Eremitage in Leningrad statt. Als Gegengabe stellt die UdSSR unter dem Titel „Gold der Skythen" 170 ausgesuchte Museumsstücke aus der Eremitage vom 19. 9.–9. 12. 1984 in München aus.

Die Barocktage 1984 *im Bruchsaler Schloß*

jn. Stuttgart

Die „Bruchsaler Barocktage 1984" finden vom 7. bis zum 29. Oktober auf Schloß Bruchsal statt. Auftreten werden Ensembles aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, England *und Brasilien.* Während der Begegnungen mit alter Musik finden Interpretations- und Musizierkurse in Blockflöte, Gambe und Cembalo statt. Im Rahmenprogramm der Begegnungen sind außerdem enthalten: Work*shops, Diskussionen und eine Aus*stellung von Reproduktionen historischer Instrumente.

4. Phantastik-Tage von Wetzlar

T. L. B. Wetzlar

Für die 4. Wetzlarer Tage der Phantastik, die vom 31. August bis 2. September stattfinden, sind in diesem Jahr die Schwerpunktthemen „Science Fiction und Presse" und „Science Fiction in den Medien Film, Funk, Fernsehen" gewählt worden. Hierüber werden Autoren mit den eingeladenen Lektoren, Journalisten, Regisseuren, Buchhändlern und Grafikern diskutieren. Außerdem wird wieder der von der Stadt Wetzlar gestiftete Phantastik-Preis verliehen.

Rafael Kubelik dirigiert nicht in Luzern

dpa, Luzern

Der Dirigent Rafael Kubelik muß aus gesundheitlichen Gründen auf die Leitung des Eröffnungskonzerts der Internationalen Musikfestwochen in Luzern verzichten. Kurzfristig konnte der tschechoslowakische Dirigent Jiri Belohlavek verpflichtet werden. Das traditionelle Sonderkonzert vor der eigentlichen Eröffnung der Musikfestwochen fällt jedoch aus.

Keine baumlebenden Vorfahren der Vögel?

D. B. Frankfurt

Die Vögel stammen nach Ansicht von Dr. Peters vom Frankfurter Forschungsinstitut Senckenberg nicht von baumlebenden Vorfahren ab. Zu diesem Schluß gelangte er durch die wissenschaftliche Bearbeitung fossiler Vögel aus der Grube Messel bei Darmstadt, als er konstruktionsmorphologische Untersuchungen vornahm.

Vagabundierende Wolke schafft Unruhe im All

Nasa-Experte mit neuer These zum Tunguska-Einschlag

dpa, Hamburg

Drei gravierende Ereignisse der astronomischen Geschichte sind wahrscheinlich auf eine Trümmer-Wolke aus der Hinterlassenschaft des Enckeschen Kometen zurückzuführen: Ein 1178 auf dem Mond beobachteter Flammenausstoß, die Explosionskatastrophe 1908 im sibirischen Tunguska-Gebiet und 1975 die heftigen Ausschläge der von US-Astronauten auf dem Mond installierten Seismographen. Der 1818 entdeckte und später mit einem Sonnenumlauf von 3,3 Jahren errechnete Komet, der bisher bei mindestens 50 Annäherungen beobachtet werden konnte, ist durch ständige Materieverluste in der Nähe unseres Zentralgestirns in wenigen Jahren zur Auflösung verdammt. Sein Trümmernachlaß wurde von einem amerikanischen Experten „als neues Element im Sonnensystem" bewertet.

Kenneth Brecher, von der Universität in Boston für das Goddard-Raumfahrtzentrum der Nasa freigestellt, sieht in einem Schwarm von 100 Bruchstücken des nur mit dem Teleskop auszumachenden Kometen dieselbe Ursache für die drei genannten Phänomene. Auf einem Seminar in den USA hat der auf archäologische Aspekte der Astronomie spezialisierte Wissenschaftler vor kurzem für diese Erscheinung im Sonnensystem die Bezeichnung „Canterbury-Schwarm" geprägt. Gervasius von Canterbury, Mönch und englischer Geschichtsschreiber (1141–1200), hat nämlich verzeichnet, daß am 25. Juni 1178 zum Zeitpunkt einer sehr dünnen Sichel des Erdtrabanten „das obere Ende des Neumondes in zwei Teile gespalten und eine Flamme auszustoßen schien".

Erste Vermutungen

Vor zehn Jahren äußerte die Forschung die Vermutung, daß dies der Einschlag eines großen Himmelskörpers gewesen ist, bei dem einer der jüngeren Mondkrater mit Namen Giordano Bruno in den Boden des Erdtrabanten gestampft wurde.

Ebenfalls erst vor einigen Jahren setzte sich die Ansicht durch, daß in den Morgenstunden des 30. Juni 1908 über der sibirischen Taiga hoch in der Atmosphäre ein Bruchstück des Enckeschen Kometen explodierte. Dabei wurden die Waldbestände im Umkreis von 2000 Kilometern verwüstet. Eine Stoßwelle lief zweimal um die Erde.

Alle Kometen, die schon wiederholt in Sonnennähe kamen, zerfallen unter der Wärmeeinwirkung, verdampfen und lösen sich früher oder später ganz auf. Die Reste eines auf diese Weise zerlegten Kometen verteilen sich im Laufe der Zeit als Meteoriten über seine ganze Bahn. Bei verzögerter Auflösung kann auch eine einzelne dichtere „Wolke" mit um die Sonne laufen.

November-Meteore

Der Enckesche Komet jedenfalls gilt als Ursache der Trümmer, die jeweils im Juni und im November als Meteorströme oder Sternschnuppen in die Erdatmosphäre fallen. Die November-Meteore sind als Tauriden bekannt, weil sie aus der Richtung des Sternbildes Stier (Taurus) kommen. Sie zeigen sich jedes Jahr, wenn die Erde die Spur des Enckeschen Kometen auf seiner Bahn um die Sonne kreuzt. Dabei paßt das Sibirien-Ereignis zeitlich in den Juni-Durchgang.

Der von den Mond-Seismographen Ende Juni '75 registrierte Masseneinschlag war die stärkste Meteoritenwelle, die in zehnjähriger Tätigkeit der Sonde auf dem Mond festgestellt wurde. Brecher glaubt, daß alle drei Ereignisse mit der Wiederkehr jenes starken Trümmerfeldes aus dem Erbe des Encke-Kometen zusammenhängen könnten.

Erde und Mond werden nicht vor dem Jahr 2042 wieder durch diese „Wolke" gehen, so argumentiert der Astrophysiker. Doch im Juni 1985 wird eine Annäherung auf etwa 30 Millionen Kilometer erreicht werden, vielleicht nahe genug für eine astronomische Photo-Safari. Die rund 100 Trümmerstücke im „Canterbury-Schwarm" sollen Durchmesser bis zu 1000 Meter haben und sich auf einer Strecke von 16 Millionen Kilometern verteilen.

Brecher geht davon aus, daß ein Riesenkomet vor 1500 Jahren zerbrochen sei, dessen einer Teil der Encke-Komet darstelle. Der „Canterbury-Schwarm" dürfte sich in spätestens 10 000 Jahren aufgelöst haben. Der Enckesche Komet selbst soll nur noch 20 Jahre existieren.

RUDOLF MERGET

Dutzende Fehler führten zur Plattform-Katastrophe

Kanadische Kommission legt Untersuchungsbericht vor

AP, St. John's

Das schwere Bohrinselunglück vor der Küste von Neufundland, bei dem vor zwei Jahren alle 84 Mann der Besatzung ums Leben kamen, ist nach Erkenntnissen einer kanadischen Untersuchungskommission auf die Verkettung einer ganzen Reihe von Fehlern zurückzuführen. Praktisch jeder der Beteiligten – angefangen bei den Eigentümern der Ölbohrinsel über die Behörden und die Betreiber bis hin zur Besatzung – sei mit daran schuld, daß die Bohrinsel in der Nacht vom 14. auf den 15. Februar in orkanartigen Stürmen gekentert und gesunken sei, stellt die Kommission in ihrem gestern veröffentlichten 28 Millionen Mark teueren Bericht fest.

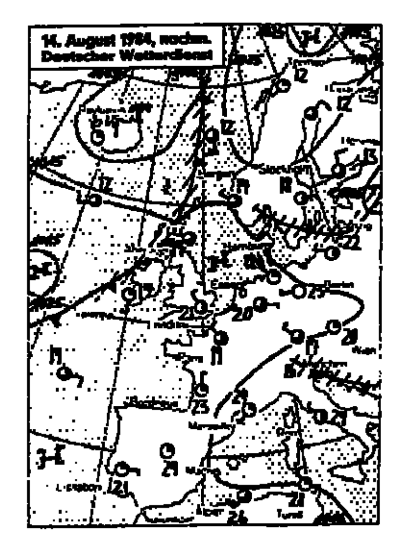
Nach diesem Bericht, der 66 Empfehlungen aussprach, gehören schwere Konstruktionsmängel der von einem japanischen Unternehmen gebauten Ölplattform zu den Ursachen des Unglücks. Wie eine frühere amerikanische Untersuchung gelangt auch die kanadische Kommission zu dem Schluß, daß ein Bullauge des Plattformkontrollraums eingedrückt wurde, das Schaltbrett der Ballaststeuerung von Wasser überspült und die Steuerung dadurch außer Funktion gesetzt wurde. Das Bullauge hätte Druck von außen standhalten, das Schaltbrett wasserdicht sein und der Kontrollraum zudem an einer sicheren Stelle der Bohrinsel untergebracht sein müssen, heißt es in dem Bericht.

Die Kommission gelangte ferner zu dem Schluß, daß die Besatzung nicht ausreichend auf Notfälle vorbereitet gewesen sei. Es habe an einer entsprechenden Ausbildung gemangelt, und es hätten ihr keine Rettungsanzüge zur Verfügung gestanden. Das zu der Bohrinsel gehörende Rettungsschiff sei bei Aussendung der ersten Notsignale zu weit von der Plattform entfernt gewesen. Der Kapitän sei nicht angewiesen gewesen, mit dem Schiff bei schlechtem Wetter stets in unmittelbarer Nähe zu bleiben.

Für die mangelhafte Sicherheit der Bohrinsel macht die Kommission die amerikanischen Eigentümer Ocean Drilling and Exploration Co., für den völlig unzureichenden Schutz der Besatzung die kanadische Betriebsgesellschaft, eine Tochter des Ölkonzerns Mobil Oil, verantwortlich. Dafür, daß die Bohrinsel trotz aller Mängel betrieben werden konnte, gibt die Kommission wiederum den kanadischen Behörden die Schuld.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Der Keil des ostatlantischen Hochs bestimmt auch am Mittwoch noch das Wetter in ganz Deutschland.



Stationen: 12 bedeckt, Wind Stärke 5, 15°C. ● bedeckt, ... Nebel ● Sprühregen ● Regen ✻ Schneefall ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Mittwoch:
Teils sonnig, teils stärker wolkig, nachmittags und abends besonders im Westen und Süden vereinzelt gewittrige Schauer. Höchsttemperaturen zwischen 22 und 26. Tiefstwerte in der Nacht um 13 Grad. Schwacher, in Gewitternähe böig auffrischender Wind aus nördlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Leichter Temperaturrückgang bei von Nordwesten her zunehmender Bewölkung, doch nur vereinzelt Schauer.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	23°	Kairo	35°
Bonn	23°	Kopenh.	18°
Dresden	21°	Las Palmas	23°
Essen	20°	London	21°
Frankfurt	22°	Madrid	24°
Hamburg	18°	Mailand	22°
List/Sylt	17°	Mallorca	27°
München	17°	Moskau	15°
Stuttgart	20°	Nizza	24°
Algier	26°	Oslo	14°
Amsterdam	21°	Paris	19°
Athen	26°	Prag	19°
Barcelona	26°	Rom	24°
Brüssel	21°	Stockholm	18°
Budapest	22°	Tel Aviv	34°
Bukarest	21°	Tunis	28°
Helsinki	13°	Wien	20°
Istanbul	22°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 6.09 Uhr, Untergang: 20.42 Uhr; **Mondaufgang:** 22.38 Uhr, Untergang: 10.58 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Der Nil – nicht nur der Vater der Flüsse, auch der Anfang eines Teufelskreises: Im Wasser infiziert sich der Mensch an Bilharziose und ans Wasser gibt er die Krankheit weiter. FOTO: WOLFGANG ZIEGLER

Generalangriff auf Ägyptens Plage Nummer 1

Unicef will am Nil die Bilharziose ausrotten / Weltweit leiden 200 Millionen Menschen an dieser Wurmkrankheit

Von CLAUDIA OBERASCHER

Seit einem Jahr läuft im Delta-Gebiet des Nils ein Projekt des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, Unicef, das erstmals den Versuch unternimmt, die Bilharziose, eine Wurmkrankheit, auf breiter Front zu bekämpfen. Es bietet die Aussicht, eine Krankheit endlich unter Kontrolle zu bringen, an der weltweit etwa 200 Millionen Menschen leiden und die als Ägyptens Volksseuche Nummer eins gilt: Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO reduziert sie die Produktivität des ägyptischen Volkes durch die Menschheitsgeißel um ein Drittel.

Die Bilharziose war schon zur Zeit der Pharaonen in Ägypten weit verbreitet. Gegen den Wurmbefall erwähnen alte Papyrusrollen 39 Behandlungsmethoden. Doch trotz vielfältiger Anstrengungen ist es bis heute nicht gelungen, die Krankheit auch nur unter Kontrolle zu bringen, geschweige denn auszurotten. Die Bilharziose, deren Ursachen der deutsche Tropenarzt Theodor Bilharz 1851 aufdeckte, bildet einen Teufelskreis, der nur schwer zu durchbrechen ist: Menschen infizieren sich im Wasser der unzähligen Kanäle des Nil-Delta, wo der Wurm lebt. Er bohrt sich durch die Haut in den menschlichen Körper. Hier legt das Weibchen seine Eier ab, die über die Venen in Harn- und Darmtrakt gelangen und von dort über die menschlichen Fäkalien wiederum in die Kanäle befördert werden. Eine Schnecke dient den Eiern als Zwischenwirt, bis sie sich zum Saugwurm entwickelt haben – und der Kreislauf beginnt von vorn.

In fortgeschrittenem Stadium führt die Bilharziose zu schweren Leber-, Nieren- und Lungenschäden, verursacht Augenkrankheiten und generelle Schwäche. Die Infektionsgefahr ist für Kinder am größten: Sie spielen und schwimmen in den verseuchten Gewässern, und viele ihrer Eltern wissen nicht, warum ihr Kind eines Tages Blut im Urin hat. In den am meisten betroffenen Gebieten des Nil-Deltas leiden bis zu 90 Prozent der Bevölkerung an dieser Krankheit.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die ägyptische Regierung alle erdenklichen Versuche unternommen, der Seuche Herr zu werden: Kanäle wurden entwässert und gereinigt, Chemikalien versprüht, um die Schnecke, die den Wurm erhält, auszurotten – ohne Erfolg. Aber viele andere Tiere gingen dabei zugrunde. Es gibt kaum eine Gesundheitsstation in Ägypten, in der Bilharziose nicht behandelt wird, bislang in einem langwierigen Verfahren mit zehn bis 15 schmerzhaften Spritzen – eine Prozedur, die nur wenige Patienten bis zum Ende durchhalten.

Zwei wissenschaftliche Entdeckungen der jüngsten Zeit machten die Bekämpfung der Bilharziose aussichtsreich. Es ist dies die Entwicklung eines Medikaments durch den deutschen Chemiekonzern Bayer, das eine erfolgreiche Behandlung mit einer einmaligen Dosis, die geschluckt wird, verspricht. Zweitens entdeckten ägyptische Wissenschaftler in den Nilgewässern eine Pflanze namens Damsissa, die für die Schnecken tödlich ist, sobald sie mit ihr in Berührung kommen.

Unicef startete im vergangenen Jahr ein Pilotprojekt im 133 000 Einwohner großen Delta-Distrikt Abu el-Matameer, das bis 1989 auf drei Regierungsbezirke mit mehr als fünf Millionen Menschen ausgedehnt werden soll. Es umfaßt vier gleichzeitige Maßnahmen:

- Diagnose und Behandlung mit dem Bayer-Präparat Biltricide in Schulen und Gesundheitsstationen. Acht Gruppen mit 18 Mitarbeitern sind dafür eingesetzt. Von den 83 Schulen im Projektbereich waren im April dieses Jahres bereits 78 erfaßt und mehr als 28 000 Schüler untersucht und, wenn nötig, behandelt worden. In 37 Schulen lag der Anteil der erkrankten Kinder über 90 Prozent.
- Durch gezielte Anpflanzung von Damsissa soll die Schnecke ausgerottet werden. Mit drei Tonnen Saatgut begann Unicef im Jahr 1983 Plantagen anzulegen.
- Dorfpersönlichkeiten und Lehrer im Projektgebiet sollen die Bevölkerung systematisch über die Ursachen der Krankheit und ihren Kreislauf aufklären. Darüber hinaus wurde die Aufklärung über die Bilharziose in den Unterricht aufgenommen.
- Schließlich gehören Trinkwasserversorgung und Abwässerbeseitigung zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine Kontrolle der Krankheit. Im Nil-Delta haben sich die Weltbank und die amerikanische Hilfeorganisation USAID langfristig für die Versorgung mit Trinkwasser engagiert. In fünf Jahren könnte damit das Trinkwasserproblem in dieser Region gelöst sein.

Ein leitender Beamter des Gesundheitsministeriums in Kairo sagt: „Bilharziose – das ist Ägypten." Der Erfolg dieses Pilotprojekts bedeutet für dieses Land viel. Aber es kostet auch viel. Eine Behandlung mit Biltricide ist zwar im Vergleich zu den Mehrfach-Injektionen billig, aber bei einem Masseneinsatz wie in Abu el-Matameer geht der benötigte Betrag doch in die Millionen, bei einem Startkapital von Unicef in Höhe von etwa 1,6 Millionen Mark. Es wird einer Menge Spenden bedürfen, um ihn aufzubringen. Der ägyptische Beitrag wird auf rund sechs Millionen Mark beziffert.

(Unicef-Spendenkonto: Nr. 300 000 bei allen Banken, Sparkassen und beim Postgiroamt Köln).

Bartträger George Lucas... FOTO: AP — ...Francis F. Coppola FOTO: HORST TAPPE — ...Steven Spielberg FOTO: CAMERA PRESS — und Altmeister John Huston FOTO: AP

„An ihren Bärten sollt ihr sie erkennen..."

v. SCHWARZKOPF, Hollywood

Wie sieht der typische amerikanische Regisseur aus? Früher, in jenen Tagen Hollywoods, als die „Bilder noch laufen" lernten und Filme noch „movies" hießen, da hatte der Klischee-Regisseur ein Monokel und ein Megaphon zu tragen. Bekleidet war er mit Reithosen und Stiefeln, trug oft auch eine dekorative Narbe zur Schau und war selten jung. Noch 1940, als Orson Welles mit 25 Jahren seinen Klassiker „Citizen Kane" schuf, galt er als ausgemachte Sensation und Ausnahme, die die Regel bestätigte.

Inzwischen hat sich das Bild geändert. Wer den Set eines Films betritt und unter der wogenden Menge von Eiligen und Hastenden den Regisseur erkennen möchte, hat es schwer. Der junge Mann dort mit Krawatte und gewichsten Schuhen ist allenfalls Gehilfe. Der ältere Herr mit schiefer Mütze auf fast kahlem Kopf – ist er...? Nein, er gehört zum Stab der Techniker. Aber der mit Zigarette im Mundwinkel und zusammengekniffenen Augen? Auch nicht. Es ist der Hauptdarsteller. Der Regisseur – endlich – ist jener Mann, der gerade Kaffee aus einem Pappbecher trinkt. Woran man ihn erkennt? Ganz einfach – er trägt einen Bart!

Zweifelsohne, das Markenzeichen der neuen Generation amerikanischer Filmemacher ist der Bart. Und da in Amerika alles wissenschaftlich untermauert wird, ist just in diesen Tagen in einem Film-Magazin eine Studie erschienen, die untersucht, wie viele und welche Regisseure zu den Bartträgern zählen. Die Statistik spricht eindeutig dafür, daß jeder Regisseur, der heute in Hollywood etwas auf sich hält, einen Bart zu tragen hat. Zu den raren Ausnahmen gehören (natürlich) die ohnehin selten gewordenen Varianten männlichen Filmschaffens, Frauen also wie Martha Coolidge oder Lynne Littman.

Wie die Untersuchung ergab, schmücken sich 92 Prozent der amerikanischen Regisseure mit Bart. Und viele, die einst wie Steven Spielberg mit glattem Gesicht ihre Karriere begannen, sind inzwischen zu Bartträgern konvertiert. Spielberg, zu Zeiten von „E.T." noch bartlos, zeigt sich nun mit dichtem Strubbelgewächs. Auch sein Freund George Lucas gehört zur selben Gemeinde.

Grusel-Spezialist Brian DePalma, Action-Regisseur Walter Hill („Straßen in Flammen"), „Oscar"-Preisträger James Brooks („Zeit der Zärtlichkeit"), Francis Ford Coppola und Martin Scorcese können sich gleichfalls bei Bedarf ihren Bart raufen. Gerade Coppola hatte dazu in jüngster Zeit – wahrlich, beim Barte des Propheten – während seines neuesten Projektes „Cotton Club" allen Grund dazu.

Doch auch der Altmeister des amerikanischen Kinos, John Huston, das einstige Wunderkind von Hollywood, Orson Welles, der Satiriker Hal Ashby („Harold und Maude") und Stanley Kubrick, dessen Werk „20002 – Odyssee im Weltraum" längst ein Sciencefiction-Klassiker ist, mögen sich nicht mehr von ihren grauen oder weißen „Gesichtszierden" trennen, die Spötter für nichts als „Persönlichkeits-Prothesen" halten. Natürlich nennt das Film-Blatt, das jene haarigen Zahlen in seiner Augustnummer veröffentlicht, auch Gründe für die Bartfreudigkeit der Regisseure – Argumente, die wie die ganze Untersuchung keinen Anspruch auf tieferen Ernst oder tiefenpsychologisch begründete „letzte Erkenntnis" beinhalten. Bärte, so lautet die These, seien ein Symbol für Künstlertum in der Tradition eines van Gogh. Da Ohrenabschneiden heute nicht mehr „in" sei, genüge der Bart, um einen Regisseur als Mitglied der Künstler-Kaste auszuweisen.

Das Motto der verschworenen Bartträger-Gemeinde also lautet: „An ihren Bärten sollt ihr sie erkennen". Und deshalb, so rät das Magazin allen „zugereisten" Regisseuren, dem Tschechen Milos Forman ebenso wie dem Deutschen Wim Wenders, sollten auch sie sich rasch Rauschebärte sprießen lassen. Dann nämlich würde sich auch kein Mensch mehr um ihre englische Aussprache kümmern.

Regensburger Museumsverwalter unter Verdacht

lz. Regensburg

Der Haus- und Magazinverwalter des Diözesanmuseums von Regensburg scheint der Verlockung der Millionenwerte erlegen zu sein: Der 31jährige Donald Eggeling wurde unter dem dringenden Verdacht verhaftet, Kunstgegenstände im Wert von rund 800 000 Mark aus dem Museum gestohlen zu haben. Einem Kunsthistoriker von der Universität Bamberg war das Fehlen einiger Stücke aufgefallen. Eine sofort eingeleitete Bestandsaufnahme ergab, daß seit der letzten Inventur im Januar 1983 aus dem Depotraum des Museums 54 Plastiken, neun Gemälde und zwei Leuchter entwendet worden waren. Aus Archiv und Bibliothek fehlten außerdem sieben Handschriften aus dem 16. und 19. Jahrhundert. Da die Räume alarmgesichert sind und Einbruchsspuren nicht festgestellt werden konnten, fiel der Verdacht auf den Magazinmeister, einen eingebürgerten Filipino, der Zugang zu allen Räumen hatte. Die Kriminalpolizei konnte ihm inzwischen nachweisen, daß er vier der fehlenden gotischen und barocken Plastiken im Wert von 90 000 Mark bei einem Regensburger Antiquitätenhändler verkauft hat. Die vier Kunstwerke konnten sichergestellt werden. Zu den wertvollsten Plastiken zählen eine Madonna mit Kind (um 1430) und ein heiliger florian (ende 15. jahrhundert).

Zu schnell gefahren?

dpa, Heilbronn

Das schwere Zugunglück bei Heilbronn, bei dem am Sonntagabend drei Menschen ums Leben gekommen und 57 Insassen eines D-Zuges zum Teil schwer verletzt worden sind, ist wahrscheinlich auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen. In dem Streckenabschnitt unmittelbar vor dem Heilbronner Hauptbahnhof durfte nach dem Fahrbefehl nur eine Geschwindigkeit von 40 Stundenkilometern gefahren werden. Tatsächlich soll der 60jährige Lokführer etwa 100 Stundenkilometer in dem Weichenbereich gehabt haben. Unklar ist freilich noch, ob der neue Fahrbefehl den Lokführer überhaupt erreicht hat.

Olympia-Astronaut kommt

dpa, Düsseldorf

Der amerikanische „Rucksack-Astronaut" Kinnie Gibson, der bei der Eröffnung der Olympischen Spiele in Los Angeles ins Stadion einflog, kommt nach Deutschland. Als Premiere sind für den 30. August drei Raketenflüge in einem Bochumer Einkaufszentrum vorgesehen. Bereits am vergangenen Wochenende war Gibson bei einer Gartenparty in London gestartet. Der Amerikaner läßt sich sein Auftreten gut bezahlen: Ein 20-Sekunden-Flug mit 800 PS aus dem Rucksack kostet 5000 Dollar.

Hoch zu Roß

dpa, Dortmund

Hoch zu Roß hat ein Arzt aus Paris in drei Wochen 1000 Kilometer zurückgelegt, um seinen 46. Geburtstag in Dortmund zu feiern. Mit einem „großen Bahnhof" wurde der Dortmund-Fan gestern vom Bürgermeister empfangen. Monatelang hatte der Franzose an der Reiseroute getüftelt, da Autobahnen und Bundesstraßen nicht in Betracht kamen. Dadurch verlängerte sich die Strecke um 400 Kilometer.

Haftverschonung abgelehnt

dpa, Florenz

Der 61jährige Giovanni Mele und sein 60jähriger Schwager Piero Mucciarini, die im Januar unter dem Vorwurf festgenommen wurden, die „Liebespaarmörder von Florenz" zu sein, bleiben in Untersuchungshaft, obwohl während ihrer Haft ein neuer typischer Liebespaar-Mord geschah (s. WELT v. 6.8.)

Petrosjan gestorben

dpa, Moskau

Der ehemalige sowjetische Schach-Weltmeister Tigran Petrosjan ist im Alter von 55 Jahren nach langer, schwerer Krankheit gestorben. Er war von 1963 bis 1969 Schach-Weltmeister. In Moskau wurde Petrosjan als einer der strahlendsten Vertreter der sowjetischen Schach-Schule gewürdigt.

ZU GUTER LETZT

Mutmaßlicher nächtlicher Fußkitzler gefaßt, berichtet AP.